



52. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Gremium: Ausschuss für Bildung und Sport
Sitzungstermin: Dienstag, 24.09.2013, 17:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.08.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Planung Sporthalle / Sportanlagen Kurfürstenstraße

- 4 Sachstand Mensa Voltaire-Gesamtschule

- 5 Nutzung der MBS Arena durch Sportvereine - Sachstandsbericht Fachbereich Bildung und Sport

- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1 Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte
13/SVV/0453 FB Soziales und Gesundheit Ges./Soz.

 - 6.2 Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule bezüglich DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764
13/SVV/0521 FB Kinder, Jugend und Familie JHA

6.3	Azubiwohnen 13/SVV/0558	FB Bildung und Sport
6.4	Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West 13/SVV/0540	Fraktion CDU/ANW KOUL, FA, SB,
6.5	Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg 13/SVV/0533	Fraktion SPD KOUL
6.6	Sitzungskalender 2014 13/SVV/0416	Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung alle Ausschüsse
6.7	Grundschulplätze im Potsdamer Norden 13/SVV/0557	FB Bildung und Sport OBR Fahrland, Marquardt, Groß Glienicke
7	Mitteilungen der Verwaltung	
7.1	Sachstand der Veranlassung zu fehlenden Hygieneplänen an Schulen	
8	Sonstiges	



Niederschrift

51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.08.2013
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister DIE LINKE Teilnahme bis 20:20 Uhr
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE Teilnahme ab 17:40 Uhr
Herr Volker Klamke SPD Teilnahme von 17:35 Uhr bis 19:15 Uhr
Frau Anke Michalske-Acioglu SPD Teilnahme von 17:35 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. FDP Teilnahme von 17:45 Uhr bis 19:40 Uhr
Sacken
Herr Sandro Szilleweit Die Andere

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller DIE LINKE Teilnahme für Frau Püschel von 17:45 Uhr bis 19:40 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich MigrantInnenbeirat
Herr Florian Engels SPD Teilnahme bis 19:00 Uhr
Frau Christiane Erning Potsdamer Demokraten
Frau Anja Heigl Die Andere
Frau Kathleen Krause SPD Teilnahme bis 20:00 Uhr
Frau Beate Kruczek FDP
Frau Dr. Manja Orlowski SPD Teilnahme bis 19:15 Uhr
Herr Dr. Alexander Steinicke DIE LINKE
Herr Daniel Zeller Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU/ANW

Gast

Herr Diemar Weiberlenn FB Bildung und Sport
Herr Torsten Gessner BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer Volkshochschule
Herr Eckhard Dörnbrack Staatliches Schulamt

Dr. Uwe Reclin	Vors. Weiterbildungs- beirat
Frau Karin Krusemark	FB 93
Herr Wilfried Böhme	EWP
Herr Ralf Zeretzke	EWP
Herr Bernd Kahle	FB 461
Dr. Lutz Henrich	Stadtsporbund
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ingrid Püschel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Hannelore Knoblich	SPD	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Ge- schäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	--------------------------------------	--------------

Schriftführerin: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Regionalen Weiterbildungsbeirates
- 4 Sachstand Sportplatz Potsdam West
siehe Sitzung am 18.06.2013 TOP 5
- 5 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
bzgl. 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister
- 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0538
Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad

- 6 Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais
Vorlage: 13/SVV/0281
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7 Bildungsforum Potsdam - Status und Ausblick;
Information über das neue Jahresprogramm der Volkshochschule
- 8 Bildungsstandards
Herr Menzel
bzgl. DS 12/SVV/0881
- 9 Hygienepläne
Herr Menzel
bzgl. DS 11/SVV/0269 u. DS 13/SVV/0225
- 10 Schulessen
(Qualität und Preise nach neuen Vorgaben)
Herr Menzel
- 11 Sachstand nach der Brandschau in der Motorhalle
- 12 Mitteilungen der Verwaltung
- 12.1 Information zum Potsdamer Weiterbildungstag am 02.09.2013
- 13 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 14 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung kann keine Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

Von Frau Krause ist am heutigen Tag eine Mail mit Fragen zur Schulwegsicherung eingegangen. **Herr Dünn** fragt die Verwaltung, ob unter TOP Sonstiges darauf geantwortet werden kann. Grundsätzlich merkt er an, Anfragen in Zukunft fristgemäß zu übergeben. Weiterhin verweist er auf einen Brief der Familie Neumann vom 05.07.2013, der an alle Fraktionen gerichtet war, und bittet Herrn Dörnbrack zum Sachverhalt um eine Antwort.

Zu TOP 3 soll Dr. Uwe Rechlin Rederecht erhalten, dem zugestimmt wird.

Um 17.35 Uhr sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Der Ausschussvorsitzende stellt Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen und des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013. Insofern wird Einvernehmen darüber hergestellt, beide Teile der Niederschrift zusammen abzustimmen.

Herr Dünn bittet um Abstimmung der Niederschrift.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift des öffentlichen Teils und des nicht öffentlichen Teils der Sitzung am 18.06.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3 Vorstellung des neuen Vorsitzenden des Regionalen Weiterbildungsbeirates

Herr Dünn bedankt sich bei Herrn Ziebarth für die Begleitung und die geleistete Arbeit als Vorsitzender des Regionalen Weiterbildungsbeirates.

Herr Dr. Rechlin erhält das Wort und macht kurze Ausführungen zu seiner Person. Er ist als freiberuflicher Dozent für Betriebswirtschaft und Rechnungswesen tätig und möchte seine Kenntnisse gern einbringen. Am 20.06.2013 hat er die Tätigkeit als Vorsitzender des Regionalen Weiterbildungsbeirates übernommen. Er geht auf die nächsten Aufgaben ein. Der Potsdamer Weiterbildungstag, der am Montag, den 02. September 2013, beginnt sei gut organisiert. Weiterhin wolle man die Bildungsmesse konzeptionell neu ausrichten und auf die Beine stellen, um sicherzustellen, dass sie im nächsten Jahr wieder in Potsdam stattfinden kann.

Herr Dünn bedankt sich für die Ausführungen und wünscht viel Erfolg für die zukünftige Arbeit.

**zu 4 Sachstand Sportplatz Potsdam West
siehe Sitzung am 18.06.2013 TOP 5**

Frau Krusemark informiert, dass die Verhandlungen mit der Wohnungsbaugesellschaft über die Dienstbarkeit bezüglich des Wegerechtes noch nicht abgeschlossen seien. Sie hofft, bis zum Jahresende eine Einigung zu erlangen.

Herr Zeller informiert, dass sich die Westkurve in den letzten zwei Jahren zu einem gut angenommenen Begegnungsort im Stadtteil entwickelt hat. Der Spielplatz werde täglich angenommen, auf dem Sportplatz finde Training statt. Die Bemühungen in den Landessportbund aufgenommen zu werden, seien bisher gescheitert, werden aber fortgeführt. Treffen im Einklang mit der Nachbarschaft haben sich intensiviert und es gibt auch kleine Nachbarschaftsinitiativen. Aufgrund der guten Entwicklung sollte der Platz erhalten werden.

- zu 5 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes bzgl. 12/SVV/0390 und 12/SVV/0515
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0500
Oberbürgermeister**

Dieser Tagesordnungspunkt wird mit TOP 5.1 behandelt.

- zu 5.1 Sport- und Freizeitbad Brauhausberg - Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs, Fortschreibung des Finanzierungs- und Betreiberkonzeptes
Vorlage: 13/SVV/0538
Oberbürgermeister, Projektteam Sport- und Freizeitbad**

Herr Böhme stellt an Hand einer Präsentation den Sachstand dar. Er erläutert die Ausgangssituation und stellt die Wettbewerbsergebnisse vor. Es sei nicht automatisch festgelegt, dass einer der drei Siegerentwürfe gebaut werde. Das solle sich entscheiden, wenn weitere Schritte festgelegt sind. Er geht weiter auf die Ergebnisse der Plausibilitätsprüfungen, der Kostenschätzungen und die Wirtschaftlichkeit ein. In der vorliegenden Beschlussvorlage habe man versucht, darzustellen, wo es Probleme gibt und komme auf eine Größenordnung von 3,7 Mio. Euro. Er bittet um Beschlussempfehlung durch die Stadtverordnetenversammlung und verweist darauf, dass der Finanzausschuss unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss zugestimmt habe. Für den Fall, dass das alte Bad Am Brauhausberg nur saniert würde, führt er aus, dass eine unterbrechungsfreie Zeit sicher nicht einzuhalten ist. Man rechne dann mit einer Bauzeit von 1,5 Jahren als untere Grenze und einem Investitionsvolumen von mindestens 13 Mio. Euro. Der Bereich Sport müsse sich dann um Kapazitäten für das Schulschwimmen im Umland bemühen. Für die Transporte würden entsprechende Kosten anfallen. Insofern gehe man davon aus, dass der jährliche Zuschussbedarf bei Sanierung der alten Schwimmhalle bei ca. 3,3 Mio. Euro liegen könnte. Man müsse sich fragen, ob das eine Alternative zu dem entstehenden Neubau ist.

Herr Klamke erklärt, dass es im Finanzausschuss Irritationen gegeben habe. Er wundert sich über die Offenlegung der Zahlen, vor den Verhandlungen mit den Architekturbüros.

Herr Böhme erklärt, dass man die Auslobung vorgenommen habe. Danach sei man verpflichtet, die Ergebnisse bekannt zu geben. In der Auslobung wurde allen Bewerbern klar gemacht, dass die Investitionssumme nur ein Faktor ist. Entscheidend für die Auftragsvergabe kann am Schluss die Plausibilität der Wirtschaftlichkeit sein.

Frau Erning fragt, woher das Geld für die Bezuschussung kommen soll.

Herr Gessner antwortet, dass die gleiche Frage im Hauptausschuss und im Finanzausschuss gestellt wurde. Der Oberbürgermeister habe im Hauptausschuss geantwortet, dass der Zuschuss aus dem städtischen Haushalt insgesamt, konkret dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport zufließen werde, aber nicht zu Lasten anderer Projekte oder gar des Breitensports. Damit werde man sich in der Haushaltsdebatte 2017 befassen müssen.

Es schließen sich weitere Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die Herr Böhme und Herr Gessner beantworten.

Frau Michalske fragt nach, wie realistisch es sei, dass die 3.5 Mio. Euro, welche die Landeshauptstadt Potsdam finanzieren müsse, nicht steigen.

Herr Böhme erklärt, er habe die Berechnung schmal gehalten. Die Obergrenze könne er heute nicht absolut benennen. Im Finanzausschuss wurde darauf hingewiesen, dass der endgültige Vertrag im Hauptausschuss vorzustellen ist. Die Berechnung wird als Anlage zur Niederschrift ausgereicht.

Herr Szilleweit fragt bezüglich der 4 Mio. Euro für Parkplätze nach und verweist darauf, dass in kurzer Entfernung ca. 1.500 Parkplätze existieren, die nicht genutzt werden. Außerdem habe das jetzige Bad auch keine Parkplätze.

Herr Böhme erklärt, dass man Erfahrungen anderer Badbetreiber herangezogen habe. Besucher des Bades, die in Sauna und Fitnessbereiche gehen, wollen mit dem Auto vorfahren. Ohne Parkplätze verliere man Kundschaft.

Herr Kahle ergänzt, dass die Parkplätze im Bahnhof durch eine Baugenehmigung gebunden seien und die Parkplätze vor dem Bahnhof durch den beschlossenen B-Plan zukünftig entfallen werden. In einem Teil des Parkhauses am Bahnhof soll ein Fahrradparkhaus eingerichtet werden. Insofern werden am Bahnhof Parkplätze verschwinden. Außerdem verweist er auf die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Stellplatzsatzung.

Herr Dünn bedankt sich für die Diskussion und bittet um Abstimmung der vom Finanzausschuss geänderten Fassung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) wird ermächtigt, zur Umsetzung eines der drei Entwürfe der Preisträger Verhandlungen mit den 3 Preisträgern aufzunehmen und einen Generalplanervertrag **unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Hauptausschuss** zu schließen.
2. Die jährliche Bezuschussung der SWP durch die Landeshauptstadt Potsdam für den Betrieb der Bäder darf nach Inbetriebnahme des neues Sport- und Freizeitbades Am Brauhausberg (SFB) 3,5 Mio. EUR jährlich nicht übersteigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

zu 6

Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais

Vorlage: 13/SVV/0281

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kahle wirbt um die Zustimmung zur Verwaltungsvorlage. Herr Gessner habe im Bauausschuss deutlich gemacht, dass es mit dem Sportfördergesetz des Landes eine rechtliche Grundlage dafür gebe, dass das Land wegfallende Sportflächen ersetzen müsse. Das wurde bisher nicht so gesehen. Der Bereich Recht habe geprüft und festgestellt, dass auch Flächen für den Freizeitsport durch das Land ersetzt werden müssen. In der Kaiser-Friedrich-Straße und im Ortsteil Golm gebe es Flächen, die dafür genutzt werden könnten. Das müsse in Gesprächen mit dem Land geklärt werden.

Herr Menzel merkt an, dass es im Bauausschuss keine Antwort darauf gab, wie groß die Flächen seien. Im Paragraphen 5 des Sportfördergesetzes stehe „...in der Regel angemessene Flächen zur Verfügung stellen...“. Er möchte wissen, was in der Regel und angemessen in der Umsetzung heißt und setzt sich dafür ein, dass die drei Nutzergruppen keine Verschlechterung erfahren.

Herr Klamke kündigt an, dass es von der SPD-Fraktion einen entsprechenden Ergänzungsantrag geben werde.

Herr Wollenberg erklärt, dass es auch von der Fraktion DIE LINKE einen Änderungsantrag geben wird. Eine Verlagerung der Sportflächen an den Kuhforter Damm sei von der Lage her nicht vorstellbar. Für die Kaiser-Friedrich-Straße gibt es Signale des Ortsbeirates, dass man die Fläche kritisch sehe. Der Änderungsantrag ziele darauf ab, dass nutzungsfähige Ersatzflächen in gleicher Größe und Qualität zu schaffen seien, bevor die alten Flächen vernichtet werden. Er spricht sich weiterhin gegen die Beseitigung des Wohnheimes aus.

Herr Kahle erklärt, dass den Mitgliedern des Bauausschusses zur Kaiser-Friedrich-Straße ein entsprechendes Schreiben zugegangen sei. Der Einwand zum Studentenwohnheim sei berechtigt. Man bemühe sich, gemeinsam mit dem Land studentischen Wohnraum zu schaffen, das sei aber nicht im Zeitplan enthalten.

Herr Wollenberg meint, dann sollte man es streichen.

Dr. Henrich bittet die Stadtverordneten den Stadtsportbund dabei zu unterstützen, den Vereinen zu ermöglichen, dass sie weiterhin Sport treiben können. So konnte zum Beispiel in Babelsberg bisher keine Ersatzsportstätte zur Verfügung gestellt werden. Es sollte im Vorfeld klar sein, wo die Sportstätten hin sollen und ob die Vereine einverstanden sind.

Herr Kahle verweist auf den Zeitplan, wonach das Vorhaben erst in 4 bis 5 Jahren passieren solle. Das Land habe erklärt, dass es vorher nicht an die Flächen gehe. In der Vereinbarung stehe die Ersatzbeschaffung vor der Wegnahme. Es müsse ein fließender Übergang gewährleistet sein.

Herr Dünn bittet um Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Planungsziele des Rahmenplans gemäß Anlage der Verwaltungsvereinbarung zwischen

dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes
Brandenburg
der Universität Potsdam
dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum
der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
und der Landeshauptstadt Potsdam

werden gebilligt.

Die zwischen den Vereinbarungsparteien einvernehmlich angestrebte Entwicklung soll auf der planungsrechtlichen Grundlage des § 35 BauGB gesteuert werden.

Der Oberbürgermeister wird zur Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung ermächtigt, die diesen Zielen Rechnung trägt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

**zu 7 Bildungsforum Potsdam - Status und Ausblick;
Information über das neue Jahresprogramm der Volkshochschule**

Frau Dr. Voigtländer informiert anhand einer Präsentation über das Bildungsforum, das am 7. September 2013 eröffnet wird. Dabei geht sie auf die Ausgangslage sowie die Kernaufgaben der Partner im Bildungsforum ein. Das Bildungsforum vereint die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, die Volkshochschule „Albert Einstein“ und die Wissenschaftsetage. Es werden besondere Profile des Bildungsforums und gemeinsame Veranstaltungen vorgestellt.

Weiterhin stellt sie das neue Jahresprogramm der Volkshochschule vor und verweist auf neue Programmangebote, wie zum Beispiel das Lunchpaket im Bildungsforum.

Die Ausschussmitglieder erhalten die Möglichkeit Fragen zu stellen.

zu 8 Bildungsstandards
Herr Menzel
bzgl. DS 12/SVV/0881

Herr Dörnbrack führt aus, dass eine konkrete Antwort schwierig sei. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage hat der Leiter des Staatlichen Schulamtes darauf verwiesen, das Thema nicht weiter auszuführen, es sei denn es gebe konkrete Fragen. Zudem wurde die Möglichkeit der Teilnahme an den Beratungen der Netzwerke angeboten. Trotzdem sei er bereit, die Grundtendenz nochmals dar-

zustellen. Ausgangspunkt seien von der KMK festgelegte Bildungsstandards. Weiterhin gibt es Rahmenpläne des Landes, woraus Rahmenpläne der Schule entwickelt werden. Zu den schulinternen Rahmenplänen gibt es Fachkonferenz- und Lehrerkonferenzbeschlüsse, die umgesetzt werden. Die externe Überprüfung erfolgt durch die Schulvisitation. Im Netzwerkbereich finden Erfahrungsaustausche statt. Zusammenfassend kann man sagen, dass es seitens des Ministeriums entsprechende Überprüfungsmechanismen gibt. Er verweist auf das Grundschulgutachten sowie Lernstandsanalysen und Vergleichsarbeiten in verschiedenen Jahrgangsstufen. Es gebe weiterhin zentrale Schwerpunkte, die in den Netzwerken thematisiert werden.

Herrn Menzel interessiert, wie der Schulträger unterstützend wirken kann, dass Bildungsstandards in der Schule gelebt werden.

Frau Erning informiert, dass Standards in der Praxis so eingehalten werden. Es gibt die Pflicht der Schule, sich mit Eltern in Verbindung zu setzen. Zum Beispiel haben Eltern das Recht zwei Elternsprechtage im Schuljahr wahrzunehmen. Die Schule ist verpflichtet mit Eltern Rücksprache zu nehmen.

Herr Dörnbrack erklärt, es gibt Visitation und es gibt entsprechende Standards. Wenn die Standards nicht eingehalten werden, muss das Staatliche Schulamt tätig werden. Dafür gebe es entsprechende Beratungssysteme. Er schlägt vor, im Einzelfall die Schule zu benennen, damit man dem Problem nachgehen könne. Die Fragestellung müsse konkret sein. Die Bildungsstandards könne man im Internet nachlesen.

Herr Dünn bittet Herrn Dörnbrack an dieser Stelle auf die Beantwortung des Briefes der Familie Neumann einzugehen. Den Brief haben alle Fraktionen und auch den Ausschuss für Bildung und Sport erhalten. Vom Bildungsausschuss hat die Familie eine Abgabennachricht an das Staatliche Schulamt bekommen. Er fragt, ob das Schulamt geantwortet habe.

Herr Dörnbrack erklärt, dass laut Brandenburgischem Schulgesetz grundsätzlich der Schulleiter die Schüler aufnimmt. Ihn verwundert, wie Eltern, die bestimmte Wünsche haben, mit einer subjektiven Darstellung an politische Gremien gehen, um ihre Interessen durchzusetzen. Der betreffende Antrag ist nie an das Staatliche Schulamt, sondern an die Waldstadt-Grundschule gestellt worden. Die Schulleiterin hat der Mutter am 31.07.2013 geantwortet, dass ein Einstieg in Klasse 4 an der Waldstadt-Grundschule nicht möglich ist. An dieser Schule gibt es zwei 4. Klassen mit 25 und 24 Schülern, in denen auch Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen. Es wurde mitgeteilt, dass keine Aufnahme möglich ist, man die Schülerin aber auf der Warteliste behalte. Hinzu kam dass an der Fontane Oberschule zum damaligen Zeitpunkt nur 21 Schüler in der 4. Klasse waren. Mittlerweile sind dort 23 Schüler in der Klasse. Die Schülerin erhält in der Oberschule Theodor Fontane seit dem 2. Schuljahr durchgängige Förderung in Mathematik und bekommt diese auch in diesem Schuljahr. Die Klassenlehrerin schätzt ein, dass das Mädchen in der Klasse einen guten Kontakt hat. Die Eltern erlauben keine Teilnahme an der Klassenfahrt. Seitens des Schulamtes besteht keine Veranlassung zu handeln.

Frau Frevert ergänzt, dass auch der Kreislehrerrat diesen Brief erhalten hat. Man sollte vorsichtig mit solchen Briefen umgehen. In diesem Fall sehe sie, dass alles richtig gemacht wurde.

Herr Dünn stellt fest, dass der Ausschuss für Bildung und Sport von der Verwaltung über den rechtlichen Weg aufgeklärt wurde. Das Problem fällt nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses.

Der Ausschuss für Bildung und Sport kommt zu dem Schluss, dass das Problem nicht in seine Zuständigkeit fällt.

zu 9

Hygienepläne

Herr Menzel

bzgl. DS 11/SVV/0269 u. DS 13/SVV/0225

Herr Menzel erklärt, dass er zur Kenntnis genommen habe, dass es an einigen Schulen keine Hygienepläne gibt.

Herr Weiberlenn informiert, dass der Fachbereich Bildung und Sport ebenfalls nur durch Abfrage der Schulen feststellen könne, was im Ergebnis der DS 13/SVV/0225 dargestellt wurde. Auf der Schulleiterberatung wurde das Thema angesprochen. Der Fachbereich Bildung und Sport werde die Liste an das Gesundheitsamt übergeben, mit der Bitte, die säumigen Schulen aufzufordern die entsprechenden Pläne vorzulegen. Er schlägt vor, die Schulen ohne Pläne aufzufordern, diese zu erstellen und nach einem Jahr zu prüfen, ob diese vorliegen. Eventuell sollte man die Schulaufsicht damit konfrontieren. Es sei ein Versäumnis der Schulleiter.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Herr Dünn fasst zusammen, dass die Unterlagen an das Gesundheitsamt übergeben werden mit der Bitte, die Schulen nochmals aufzufordern Hygienepläne einzureichen. **In der Sitzung am 24.09.2013 ist ein Sachstand über die Veranlassung der Verwaltung zu fehlenden Hygieneplänen an Schulen zu geben.**

Dagegen gibt es keine Einwände.

zu 10

Schulessen

(Qualität und Preise nach neuen Vorgaben)

Herr Menzel

Herr Gessner verweist auf die Mitteilungsvorlage 13/SVV/0147, die sich mit der Förderung der regionalen Schulessenversorgung befasste. Dem ging die Befragung aller Schulen voraus. Daraufhin wurden Versorgungsverträge seitens einiger Schulen bzw. einiger Caterer gekündigt. Der Fachbereich Bildung und Sport hat Gespräche mit den Schulleitern geführt und insgesamt für 19 Schulen die Versorgung mit Schulessen neu ausgeschrieben. Die Preise sind ca. 40 Prozent höher als vorher. Die Qualität des Schulessens kann nach 2 Schulwochen nicht beurteilt werden. Weitere Informationen werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Frau Kruszek findet, dass die Fragebogenaktion an den Schulen gut gelaufen ist. Eltern konnten sich entscheiden. Das Essen sei zwar teurer, die Rückmeldung der Kinder gehe aber in die Richtung, dass das Essen besser ist.

Herr Wollenberg möchte der Verwaltung für die Durchführung des Verfahrens ebenfalls ein Lob aussprechen. Perspektivisch sollte man jedoch die Preisent-

wicklung im Auge behalten. Es sei Sorge zu tragen, dass jedes Kind gutes Essen erhält.

Frau Erning meint, dass erfahrungsgemäß die Essenversorgung in den ersten Wochen des Schuljahres gut laufe. Sie bittet, darum den Tagesordnungspunkt in einem halben Jahr erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

zu 11 Sachstand nach der Brandschau in der Motorhalle

Herr Gessner informiert, dass am 13.05.2013 eine Brandverhütungsschau mit der Bauaufsicht, dem KIS und dem Verein Motor Babelsberg stattgefunden hat. Mängel, die festgestellt wurden, waren bis zum 01.07.2013 abzustellen bzw. Stellung zu nehmen, welche Maßnahmen zur Sicherung des Brandschutzes eingeleitet wurden. Der KIS steht mit der Bauaufsicht in Kontakt, um ein Brandschutzkonzept mit dem Ziel zu entwerfen, gravierende Mängel abzustellen. Ob es zu Schließungen von eventuell 2 bis 3 Räumen kommen muss, hänge von der Positionierung der Bauaufsicht ab. Diese liege noch nicht abschließend vor.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass die Verwaltung aufgefordert berichten sollte, wenn es einen neuen Kenntnisstand gibt.

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

zu 12.1 Information zum Potsdamer Weiterbildungstag am 02.09.2013

Herr Weiberlenn informiert, dass der 3. Potsdamer Weiterbildungstag am 2. September von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr in den Potsdamer Bahnhofspassagen stattfinden wird. Veranstaltet wird der Aktionstag vom Regionalen Weiterbildungsbeirat der Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit dem Projekt Weiterbildung Brandenburg der LASA Brandenburg GmbH. Aus den verschiedensten Branchen bieten 33 Aussteller Gespräche über ihre Tätigkeitsfelder an. Moderiert wird die Veranstaltung, an der weitere Prominente teilnehmen, von Attila Weidemann.

zu 13 Sonstiges

Herr Wollenberg fragt nach, ob es einen neuen Sachstand bezüglich der Umkleidemöglichkeiten auf dem Sportplatz Nowawes gebe.

Herr Gessner informiert, dass gemäß Schreiben der Ministerin des MWFK die Sanitärstrecke im nahe gelegenen Strandbad nachgewiesen werden soll. Die Verwaltung werde dazu Kontakt zur Bäderlandschaft GmbH aufnehmen.

Frau Erning bittet darum, in der Septembersitzung einen Sachstand zur Sporthalle Kurfürstenstraße und zum Essengebäude an der Voltaire-Gesamtschule zu geben und entsprechende Tagesordnungspunkte aufzunehmen.

Herr Weiberlenn geht auf die Fragen zur Schulwegsicherung von Frau Krause ein. Durch Presse und Fernsehen wurde kommuniziert, dass es eine Umfrage gab, wo Eltern von 9.500 Grundschulern zum Schulweg befragt worden sind. Es gab einen Rücklauf von 54 Prozent. Das Ergebnis wurde durch den Bereich Sta-

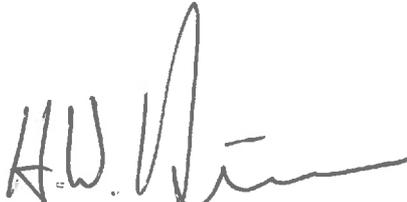
tistik und Wahlen der Landeshauptstadt Potsdam in einem Bericht ausgewertet. Zum Ergebnis wurde seitens des Fachbereiches mit den Schulen, dem Bereich Stadtplanung und Stadtentwicklung, der Straßenverkehrsbehörde, dem Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen und dem KIS kommuniziert. In der Schulleiterberatung am 28.05.2013 wurde darüber gesprochen. Auch der Kreiselternrat und der Kreisschulberat haben das Ergebnis ausgewertet. Die Unterlagen wurden an die Verkehrsbetriebe und die Verkehrswacht geschickt.

Anmerkung:

Aufgrund der Neugestaltung der Internetseiten der Landeshauptstadt Potsdam ist der Bericht derzeit nicht abrufbar und wird daher als Anlage beigelegt. Für Nachfragen steht der Fachbereich Bildung und Sport gern zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2013 stehen gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erstmalig 50.000 Euro zur Verfügung, die für Schulwegsicherung eingesetzt werden. Für 2014 sind ebenfalls 50.000 Euro eingestellt. Ein neues Schulwegsicherungskonzept sollte man erst schreiben, wenn das alte Konzept abgearbeitet ist. Insofern besteht aus Sicht der Verwaltung derzeit kein Bedarf.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

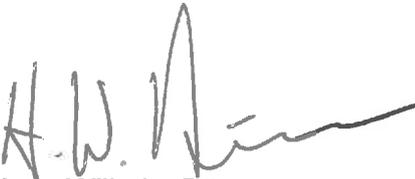

Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin

Nicht öffentlicher Teil

zu 14 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.06.2013

Die Bestätigung der Niederschrift erfolgte bereits im öffentlichen Teil.


Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0453

Betreff:

Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte

öffentlich

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 01.08.2013

Eingang 902: 01.08.2013

Einreicher: FB Soziales und Gesundheit

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

„Erster Potsdamer Gesundheitsatlas - ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte“.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Zahlreiche (Fach-)Bereiche und Organisationseinheiten der Landeshauptstadt Potsdam sowie das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (Abteilung Gesundheit) haben sich an der Erarbeitung des „Ersten Potsdamer Gesundheitsatlas“ beteiligt. Dieser verschränkt zum ersten Mal gesundheitliche Daten mit sozialen Indikatoren und stadträumlichen Strukturen, um eine passgenauere Steuerung zu ermöglichen.

Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** setzt sich aus drei Teilen zusammen.

Im TEIL A werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung für die gesamte Landeshauptstadt im Zeitraum von 2008 bis 2012 präsentiert. Nach Möglichkeit erfolgt eine differenzierte Darstellung nach dem Geschlecht der Kinder bzw. dem Sozialstatus der Eltern.

Im darauffolgenden TEIL B werden die Sozial- und Planungsräume für das Jahr 2012 miteinander verglichen. Hier erfährt die Öffentlichkeit mehr über stadträumliche Unterschiede bezogen auf die Sozialstruktur, die Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen sowie ausgewählte medizinische Befunde.

Im letzten TEIL C werden die Ergebnisse in einer Kurzübersicht stichpunktartig zusammengefasst.

Im Sinne der Gesundheitsberichterstattung nach § 9 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) beobachtet und bewertet der Potsdamer Gesundheitsatlas die gesundheitlichen Verhältnisse, ohne in detaillierte Handlungsempfehlungen zu münden.

In einem dafür notwendigen zweiten Schritt sind konzeptionelle Ideen der Gesundheitsförderung zu entwickeln sowie Impulse anderer Städte vergleichend heranzuziehen. Insbesondere gilt es, kooperative Maßnahmen und Projekte zu initiieren, die den erhöhten Gesundheitsrisiken von Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus begegnen. Dazu gehört die Reduzierung von sprachlichen Defiziten sowie emotionalen und sozialen Störungen. Hier ist die Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürgerschaft gefragt.

ANLAGE

Erste Potsdamer Gesundheitsatlas. Ausgewählte Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung 2008 bis 2012 unter Berücksichtigung kleinräumiger Aspekte



Landeshauptstadt
Potsdam

ERSTER POTSDAMER GESUNDHEITSATLAS

**AUSGEWÄHLTE ERGEBNISSE
DER SCHULEINGANGSUNTERSUCHUNG
2008 BIS 2012 UNTER BERÜCKSICHTIGUNG
KLEINRÄUMIGER ASPEKTE**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER	Landeshauptstadt Potsdam Der Oberbürgermeister Fachbereich Soziales und Gesundheit Fachstelle Gesunde Landeshauptstadt Servicebereich Verwaltungsmanagement Bereich Statistik und Wahlen
ERARBEITET VON	Andrea Dorschner Gabriele Gast Magdolna Grasnick Heike Gumz Karin Juhász Dr. Sylvia Klarenbeek Gerhard Meck Juliane Nachtmann Birgit Ukrow
KOOPERATIONSPARTNER	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (LUGV), Abteilung Gesundheit Karin Lüdecke
ANSPRECHPARTNERIN	Juliane Nachtmann Fachstelle Gesunde Landeshauptstadt Gesundheits- und Sozialplanung Hegelallee 6-10, Haus 2 14469 Potsdam Telefon: 0331 / 289 2448 E-Mail: Juliane.Nachtmann@Rathaus.Potsdam.de
DATENQUELLE	Landeshauptstadt Potsdam Fachbereich Soziales und Gesundheit Bereich Gesundheit, Arbeitsgruppe Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche
REDAKTIONSSCHLUSS	Juli 2013
DRUCK	<i>(Name der Druckerei)</i>
AUFLAGE	<i>(Höhe der Auflage)</i>

GRÜßWORT

Kinder bilden das Fundament unserer Zukunft. Deshalb gehört es zur Daseinsvorsorge der Landeshauptstadt Potsdam, sie zu schützen und ihnen ein gesundes, glückliches Aufwachsen zu ermöglichen. Doch der Start ins Leben ist durch ungleiche Vorzeichen geprägt, und das hat Konsequenzen. So wies das DEUTSCHE INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (2012) unlängst nach, dass Personen mit niedrigem Einkommen eine geringere Lebenserwartung haben. Ein wichtiger Beleg für das mittlerweile unbestrittene Zusammenspiel aus Armut-, Bildungs- und Gesundheitsfaktoren.

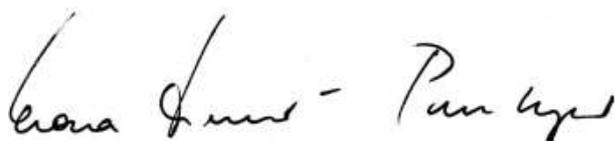
Um diesem Trend frühzeitig begegnen zu können, brauchen wir gesicherte Erkenntnisse über die gesundheitliche Situation von Kindern und zur Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt dafür bildet die Schuleingangsuntersuchung, die jedes Kind durchläuft, bevor es den Schulbesuch antritt. Auf dieser Datengrundlage lassen sich zielgerichtete Strategien ableiten und konkrete Präventions- und Interventionsmaßnahmen umsetzen.

Der vorliegende **Erste Potsdamer Gesundheitsatlas** ist ein Schritt in diese Richtung. Er zeigt, dass die Landeshauptstadt Potsdam auf einem guten Weg ist. So haben sich beispielsweise die sprachlichen und motorischen Fähigkeiten der Schulanfängerinnen und Schulanfänger gesamtstädtisch verbessert. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es stadträumliche Unterschiede gibt und sozial benachteiligte Kinder erhöhten Risiken ausgesetzt sind. Zudem müssen wir neue Trends und Entwicklungen antizipieren. Das betrifft insbesondere die abnehmenden emotionalen und sozialen Fähigkeiten unserer Kinder.

Lassen Sie uns auf der Grundlage der vorliegenden Analysen gemeinsam Schlussfolgerungen ziehen, Handlungsempfehlungen ableiten und bedarfsgerechte Angebote der Gesundheitsförderung entwickeln. Nur so können wir präventiv dazu beitragen, dass eine gesunde Entwicklung aller Potsdamer Kinder frühzeitig gesichert wird.

Die im „Netzwerk Gesunde Kinder und Familien“ auf vielfältige Weise zusammenwirkenden Bündnisse, Fachbereiche, anerkannten Träger, Institutionen und Initiativen geben mir die Gewissheit, gemeinsam mit den Stadtverordneten, Potsdam auch künftig als eine der kinder- und familienfreundlichsten Städte in Deutschland zu profilieren.

Es lohnt sich. **Denn die Kinder dieser Stadt sind unser Reichtum und unsere Zukunft.**



Elona Müller-Preinesberger

Beigeordnete für Soziales, Jugend,
Gesundheit und Ordnung

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	6
Teil A Ausgewählte Indikatoren der Schuleingangsuntersuchung im Zeitverlauf	8
1 <i>Potsdamer Schulanfängerinnen und Schulanfänger</i>	8
2 <i>Sozialstruktur</i>	9
3 <i>Früherkennung und Vorsorge</i>	10
4 <i>Impfungen</i>	14
5 <i>Häufigste Befunde</i>	17
5.1 SPRACH- UND SPRECHSTÖRUNGEN	19
5.2 EMOTIONALE UND SOZIALE STÖRUNGEN	20
5.3 ALLERGIEN.....	21
5.4 EINNÄSSEN	22
5.5 ERHEBLICHES ÜBER- UND UNTERGEWICHT	23
5.6 AUFMERKSAMKEITSDEFIZIT- / HYPERAKTIVITÄTSSTÖRUNG	25
5.7 HÄUFIGSTE BEFUNDE NACH SOZIALSTATUS	26
6 <i>Fördermaßnahmen</i>	27
7 <i>Unfälle</i>	28
Teil B Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich.....	32
8 <i>Sozialstruktur nach Planungs- und Sozialräumen</i>	33
9 <i>Vorsorge, Impfungen und Befunde nach Sozial- und Planungsräumen</i>	35
10 <i>Ausgewählte Förderungen nach Sozial- und Planungsräumen</i>	40
Teil C Zusammenfassung der Ergebnisse	42
ANHANG: PLANUNGSRÄUME IM BLICK	43
ANHANG: ERLÄUTERUNG DER FACHBEGRIFFE.....	62
ANHANG: ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	64
ANHANG: QUELLENVERZEICHNIS	65

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Untersuchte Kinder 2008 bis 2012	8
Abbildung 2: Kinder nach Einschulungsjahr und Empfehlung 2008 bis 2012.....	9
Abbildung 3: Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern 2008 bis 2012	10
Abbildung 4: Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U6 2008 bis 2012.....	11
Abbildung 5: Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen U7 bis U9 2008 bis 2012.....	12
Abbildung 6: Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U7a 2010 bis 2012	13
Abbildung 7: Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U6 nach dem Sozialstatus der Eltern 2012	13
Abbildung 8: Vorsorgeuntersuchungen U7 bis U9 nach dem Sozialstatus der Eltern 2012	14
Abbildung 9: Impfquoten für Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten, Kinderlähmung, Hib und Hepatitis B 2008 bis 2012	15
Abbildung 10: Impfquoten für Pneumokokken, Masern, Mumps, Röteln (MMR), Windpocken und Meningokokken 2008 bis 2012.....	16
Abbildung 11: Impfquoten nach dem Sozialstatus der Eltern 2012.....	16
Abbildung 12: Vorsorgeuntersuchungen und Impfstatus 2012	17
Abbildung 13: Kinder mit und ohne medizinisch relevanten Befund 2008 bis 2012	18
Abbildung 14: Sprach- und Sprechstörungen 2008 bis 2012.....	19
Abbildung 15: Emotionale und soziale Störungen 2008 bis 2012.....	21
Abbildung 16: Allergien 2008 bis 2012	22
Abbildung 17: Einnässen 2008 bis 2012.....	23
Abbildung 18: Erhebliches Übergewicht 2008 bis 2012.....	24
Abbildung 19: Erhebliches Untergewicht 2008 bis 2012.....	24
Abbildung 20: Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörung 2008 bis 2012.....	25
Abbildung 21: Häufigste Befunde der Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern 2012.....	26
Abbildung 22: Förderung der Kinder nach ausgewählten Behandlungen 2008 bis 2012.....	27
Abbildung 23: Kinder mit einem oder mehreren Unfällen 2008 bis 2012.....	28
Abbildung 24: Planungsräume der Landeshauptstadt Potsdam	32
Abbildung 25: Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012.....	34
Abbildung 26: Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012.....	37
Abbildung 27: Häufigste Befunde - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012 ...	39
Abbildung 28: Förderungen - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012	41

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Datenübersicht aller Indikatoren aus Teil A.....	29
Tabelle 2: Sozialstatus der Eltern nach Planungs- und Sozialräumen 2012.....	33
Tabelle 3: Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen nach Sozial- und Planungsräumen 2012	36
Tabelle 4: Häufigste Befunde nach Sozial- und Planungsräumen 2012	38
Tabelle 5: Ausgewählte Förderungen nach Sozial- und Planungsräumen 2012.....	40

EINLEITUNG

Bevor ein Kind den Schulbesuch antritt, wird es im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung (SEU) ärztlich untersucht.¹ Die Teilnahme daran ist für alle einzuschulenden Kinder verpflichtend. Die rechtlichen Grundlagen dafür bilden das Brandenburgische Gesundheitsdienstgesetz (§ 6 Abs. 2 BbgGDG), das Brandenburgische Schulgesetz (§ 37 Abs. 1 BbgSchulG) sowie die Grundschulverordnung des Landes Brandenburg (§ 4 Abs. 4 GV).

Mit der Durchführung, Datenerfassung und Dokumentation der Schuleingangsuntersuchung ist der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD) der Landeshauptstadt Potsdam beauftragt. Das Team aus Kinderärztinnen, Kinderärzten und Arzthelferinnen prüft dabei die altersgerechte Entwicklung des Kindes. Im Mittelpunkt stehen neben der körperlichen und geistigen auch die emotionale und soziale Gesundheit. Werden im Rahmen der SEU gesundheitliche Auffälligkeiten identifiziert, empfiehlt der KJGD die Einleitung entsprechender Fördermaßnahmen bzw. therapeutischer Behandlungen.

Um die Vergleichbarkeit der Potsdamer Untersuchungsergebnisse mit anderen brandenburgischen Kommunen zu gewährleisten, hat das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ein Qualitätshandbuch mit „Leitlinien zur einheitlichen Durchführung und Dokumentation der kinder- und jugendärztlichen Untersuchungen“ entwickelt.² Überdies leiten die kommunalen Gesundheitsämter ihre Untersuchungsergebnisse an das LUGV weiter. Aufbereitet erhalten sie die Daten zurück und können eigene Auswertungen vornehmen.

ZIEL DES POTSDAMER GESUNDHEITSATLAS

Aus ersten Projekttreffen im Sommer 2011, an denen sich zahlreiche (Fach-)Bereiche und Organisationseinheiten der Landeshauptstadt Potsdam sowie das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg beteiligten, erwuchs eine Idee. Wir erarbeiten gemeinsam einen **Potsdamer Gesundheitsatlas**. Dieser verschränkt gesundheitliche Daten mit sozialen Indikatoren und stadträumlichen Strukturen, um eine passgenauere Steuerung zu ermöglichen.

Im Sinne der Gesundheitsberichterstattung nach § 9 Abs. 2 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz beobachtet und bewertet der **Potsdamer Gesundheitsatlas** die gesundheitlichen Verhältnisse ohne selbst detaillierte Handlungsempfehlungen abzuleiten. Ein solcher zweiter, konzeptioneller Schritt muss sich anschließen. Hier sind Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung, Fachwelt und Bürgerschaft gefragt, kooperative Maßnahmen und Projekte zu initiieren sowie Impulse anderer Städte vergleichend heranzuziehen.

Das kurzfristige Ziel ist, die Daten der Schuleingangsuntersuchung jährlich fortzuschreiben. Mittel- bis langfristig können die Zeitreihen um die Ergebnisse der kinderärztlichen Untersu-

¹ Ein Jahr vor der Einschulung melden die Eltern ihr Kind an einer für den Wohnsitz zuständigen Grundschule an. Diese übermittelt die Daten der Schulanfänger an das Gesundheitsamt. Durch dessen Kinder- und Jugendärztlichen Dienst erfolgt eine schriftliche, mit einem Elternfragebogen versehene Einladung zur Schuleingangsuntersuchung. Zum Termin sind das „gelbe“ Vorsorgeheft, das Impfbuch und der ausgefüllte Elternfragebogen mitzubringen.

² Das Handbuch für den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst im Land Brandenburg kann unter http://www.gesundheitsplattform.brandenburg.de/media_fast/5510/Handbuch_Aug_2010_endv.pdf abgerufen werden. Zudem stehen auf der Internetseite www.gesundheitsplattform.brandenburg.de allen Interessierten weitere Informationen zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Brandenburger Bevölkerung frei zur Verfügung.

chung zwischen dem 30. und 42. Lebensmonat, der Schulabgangsuntersuchung sowie der Befunde des Zahnärztlichen Dienstes (ZÄD) ergänzt werden.

GESUNDHEITSZIELE

Gesundheitsziele dienen der Gesundheitspolitik als Werkzeug zur Steuerung. Sie bilden die Grundlage für ein abgestimmtes Verfahren, das die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure beschreibt.

Im Jahr 2000 initiierten der Bund und die Länder das Forum „gesundheitsziele.de“.³ Zeitnah gründete sich auf Landesebene 2003 das Bündnis „Gesund Aufwachsen im Land Brandenburg“ (BGA). „Die Mitglieder des Bündnisses setzen sich gemeinsam dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Brandenburg gesund aufwachsen. Zu diesem Zweck vereinbaren sie auf der Grundlage der verfügbaren Daten gemeinsame Ziele und Aktivitäten“ (vgl. Geschäftsordnung des BGA). Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** verweist an den entsprechenden Stellen auf diese Gesundheitsziele. Schließlich erleichtert das die Einordnung der Untersuchungsergebnisse.

AUFBAU DES POTSDAMER GESUNDHEITSATLAS

Der **Potsdamer Gesundheitsatlas** setzt sich aus drei Teilen zusammen. Im **TEIL A** werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung für die gesamte Landeshauptstadt im Zeitraum von 2008 bis 2012 präsentiert. Nach Möglichkeit erfolgt eine differenzierte Darstellung nach dem Geschlecht der Kinder bzw. dem Sozialstatus der Eltern. Um die Vergleichbarkeit der Daten sicher zu stellen, handelt es sich in der Regel um prozentuale Angaben, die teilweise durch absolute, in Klammern gesetzte Zahlen ergänzt werden. Allen die sich für die Gesamtheit des vielschichtigen Zahlenmaterials interessieren, empfehlen wir den Blick in die tabellarischen Übersichten am Ende des ersten Teils (vgl. Tabelle 1, S. 29 ff.).

Im darauffolgenden **TEIL B** werden die Sozial- und Planungsräume für das Jahr 2012 miteinander verglichen. Hier erfahren Sie mehr über die stadträumlichen Unterschiede bezogen auf die Sozialstruktur, die Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen sowie ausgewählte medizinische Befunde plus Fördermaßnahmen. Wer sich eingehender mit den einzelnen Planungsräumen beschäftigen möchte, den erwartet im Anhang für jeden der insgesamt 18 Planungsräume ein separates Datenblatt.⁴ Im letzten **TEIL C** werden die Ergebnisse in einer Kurzübersicht stichpunktartig zusammengefasst.

Abschließend möchten wir uns bei Frau Lüdecke vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (LUGV), Abteilung Gesundheit, bedanken. Sie hat uns die Daten für den Potsdamer Gesundheitsatlas in aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt.

Zu guter Letzt bleibt uns, Ihnen eine spannende Lektüre zu wünschen aus der Sie hoffentlich neue Erkenntnisse und Anregungen für Ihre persönliche Arbeit ziehen können. Für Hinweise und Rückmeldungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihre Projektgruppe **Potsdamer Gesundheitsatlas**

³ Vgl. HESS 2012

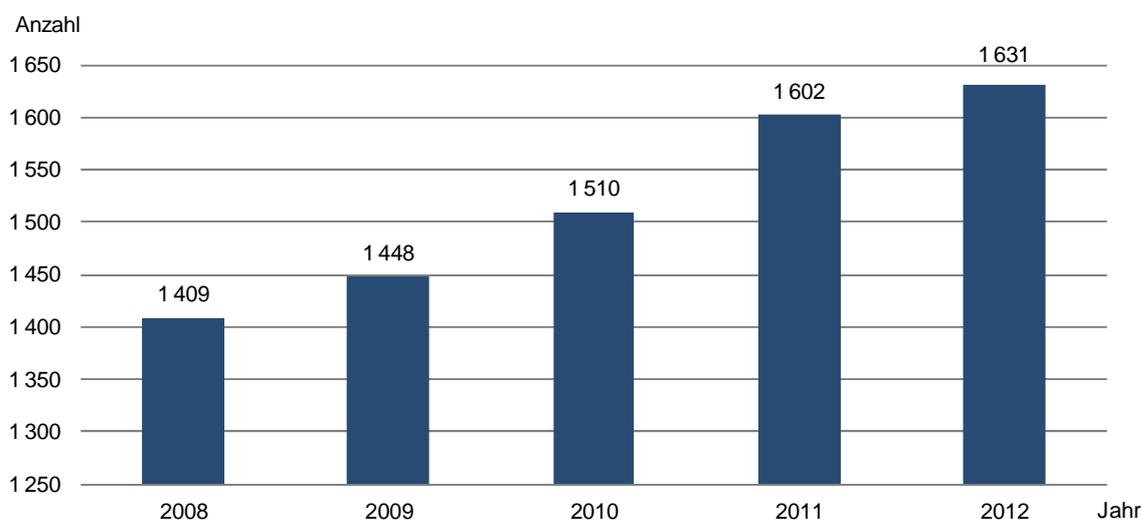
⁴ Der Anhang des **Potsdamer Gesundheitsatlas** enthält darüber hinaus das Abkürzungs- und Quellenverzeichnis sowie eine Erläuterung der medizinischen Fachbegriffe. Sie lassen sich vor dem Hintergrund der komplexen Thematik nicht immer vermeiden.

Teil A Ausgewählte Indikatoren der Schuleingangsuntersuchung im Zeitverlauf

1 Potsdamer Schulanfängerinnen und Schulanfänger

Dass Potsdam wächst, kann man auch an den Daten der Schuleingangsuntersuchung ablesen. So stieg in den letzten Jahren auf Grund der positiven Geburtenentwicklung sowie der anhaltenden Bevölkerungszuwanderung die Zahl der künftigen Erstklässler kontinuierlich; von insgesamt 1.409 Kindern im Jahr 2008 auf 1.631 Kinder im Jahr 2012 (vgl. Abbildung 1). Dieser Trend hat unmittelbare Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung.

Abbildung 1: Untersuchte Kinder 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

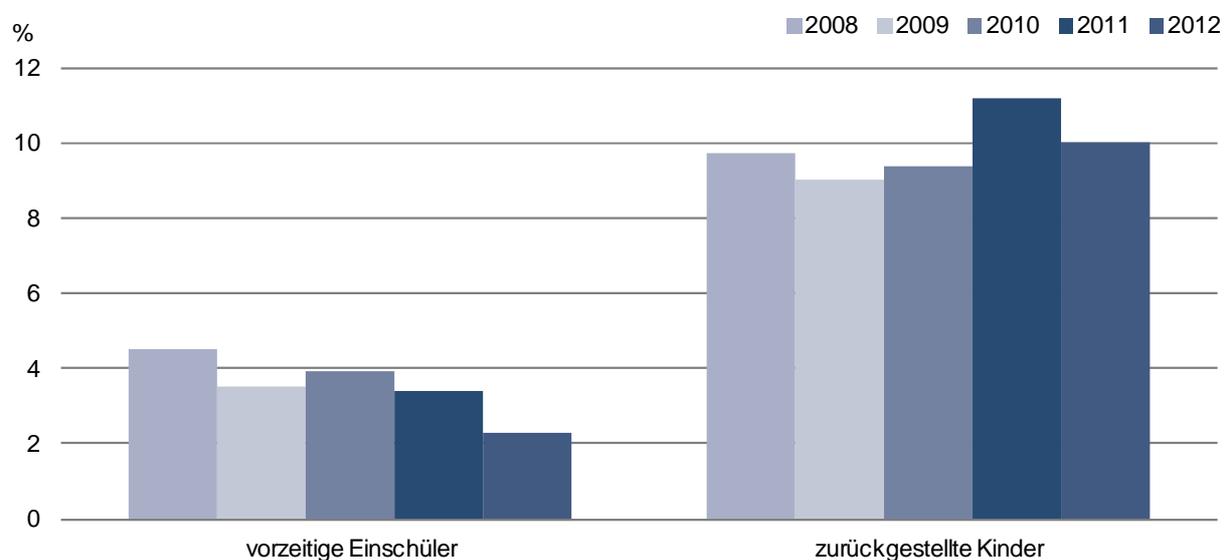
Von den einzuschulenden Kindern 2012 waren 767 (47,0 %) Mädchen und 864 (53,0 %) Jungen. Die Kinder sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung zwischen 5 und 6 Jahre alt. Aussagen zum Migrationshintergrund sind im Anamnesebogen bisher nur über die Angaben zur Muttersprache möglich. Hier geben 2012 insgesamt 7,2 % (111) an, dass die Muttersprache des Kindes nicht Deutsch ist. Darüber hinaus enthält die Schuleingangsuntersuchung Informationen zur Dauer des Kita-Besuches. Den Daten kann entnommen werden, dass die überwiegende Mehrheit der Kinder (80,2 %) die Kita vier Jahre besuchte.

Auf Antrag der Eltern kann der Schulstart vorzeitig beginnen. Dafür müssen die Kinder in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember das sechste Lebensjahr vollenden (§ 37 Abs. 3 BbgSchulG). In der Landeshauptstadt Potsdam sind zwischen 2008 und 2012 die Anträge auf vorzeitigem Schulbeginn von 4,5 % (63) auf 2,3 % (30) deutlich gesunken (vgl. Abbildung 2). Im Gegensatz dazu ist bei den Zurückstellungen kein einheitlicher Trend zu beobachten. Die Werte schwanken in ihren Ausprägungen zwischen minimal 9,0 % (130) und maximal 11,2 % (179). Im Jahr 2012 wur-

Kurz gesagt: Seit 2008 steigt die Zahl der einzuschulenden Kinder; die der vorzeitigen Einschulungen sinkt.

de jedes 10. Kind zurückgestellt. Die Entscheidung hierüber trifft die Schulleitung, die sich mit dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst, der Kita und den Eltern abstimmen kann.

Abbildung 2: Kinder nach Einschulungsjahr und Empfehlung 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

2 Sozialstruktur

Ebenfalls im Rahmen der Einschulungsuntersuchung werden die Eltern gebeten, Angaben zu ihrer eigenen Schulbildung und aktuellen Erwerbssituation zu machen.⁵ Diese sogenannte Sozialanamnese erlaubt die Bildung eines additiven Sozialindex (vgl. Anhang: Erläuterung der Fachbegriffe, S. 63). Auf dessen Basis können die Familien der Schulanfängerinnen und Schulanfänger nach einem niedrigen, mittleren oder hohen Sozialstatus unterschieden werden.⁶ Mit Blick auf die nachfolgenden Kapitel erlaubt eine solche Einteilung die Analyse der Chancengleichheit Potsdamer Kinder.

Vergleicht man die Jahre 2008 bis 2012 bezogen auf die soziale Lage der Familien miteinander, zeigen sich klare Veränderungen. So sank der niedrige Sozialstatus in den zurückliegenden Jahren von 8,6 % (117) in 2008 auf 6,1 % (87) in 2012.

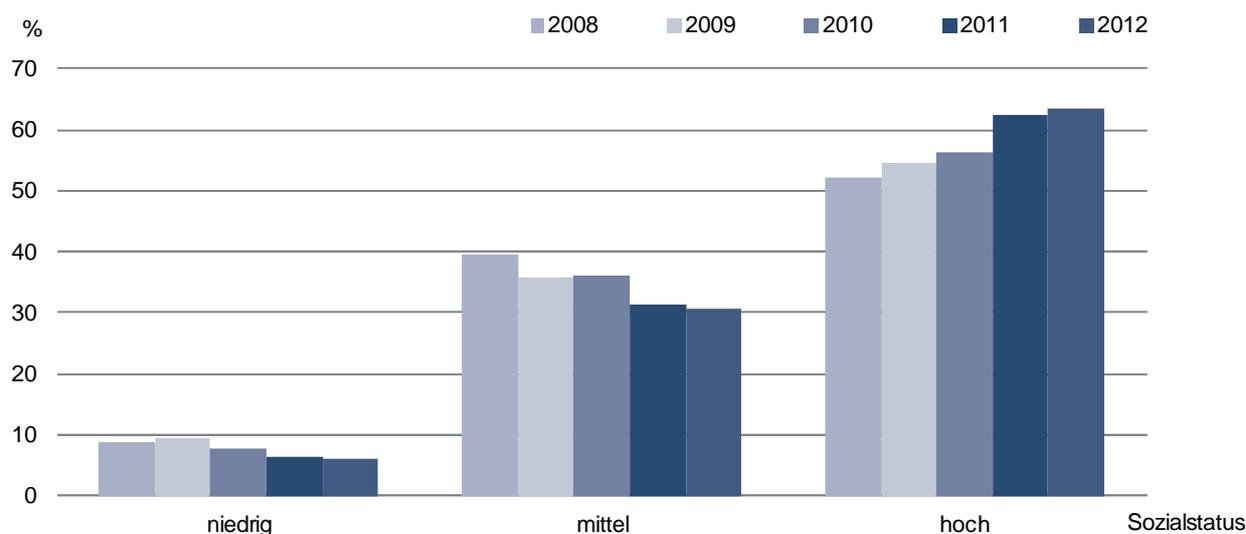
Gleichzeitig ist der Elternanteil mit mittlerem Sozialstatus um nahezu 9 % zurückgegangen. Diese

Entwicklungen führten zur Zunahme von Familien mit hohem Sozialstatus. Ihr Anteil stieg von 52,0 % (705) in 2008 auf 63,3 % (909) in 2012 (vgl. Abbildung 3, S. 10).

Kurz gesagt: Zwischen 2008 und 2012 sind der niedrige und mittlere Sozialstatus der Eltern zugunsten des hohen Sozialstatus gesunken.

⁵ Die Angaben der Eltern sind freiwillig. Der Anteil fehlender Werte ist in der Landeshauptstadt Potsdam schwankend. Im Beobachtungszeitraum lag der niedrigste Wert bei 3,8 % (2008), der höchste Wert bei 14,4 % (2011).

⁶ Den Indikator Sozialstatus entwickelte die Abteilung Gesundheit des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg (LUGV).

Abbildung 3: Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern 2008 bis 2012

(Die Abb. umfasst alle Kinder mit Angaben zum Sozialstatus.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Die Ursachen für diesen positiven Trend liegen möglicher Weise in der höheren Schulbildung nachkommender Elterngenerationen und der ansteigenden Erwerbstätigkeit von Frauen⁷ begründet.

3 Früherkennung und Vorsorge

Gesundheitsziel des „Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg“:
Die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 werden landesweit zu 95 % in Anspruch genommen.

Für die Gesundheitsvorsorge im Kindesalter spielen die gesetzlichen, kostenfreien Früherkennungsuntersuchungen (kurz „U“ genannt) eine wesentliche Rolle. Das bundeseinheitliche Programm umfasst zehn freiwillige Früherkennungsuntersuchungen (U1 bis U9, seit 2008 neu U7a) zwischen der Entbindung und dem 64. Lebensmonat.⁸

Die Durchführung obliegt in der Regel zu Beginn den Geburtskliniken (U1, U2) und später den niedergelassenen Vertragsärztinnen und Vertragsärzten. Die Früherkennungsuntersuchungen dienen der Diagnose und ggf. der frühzeitigen Behandlung von Erkrankungen bzw. Entwicklungsverzögerungen.

Im Sinne des Kinderschutzes sind sie ein geeignetes Instrument, Anzeichen von Kindesvernachlässigung oder -misshandlung aufzudecken.⁹

⁷ Mütter einzuschulender Kinder geben 2012 zu 83,5 % an, erwerbstätig zu sein. Das ist im Vergleich zu 2008 eine Steigerung um 7,4 % (76,1 %).

⁸ U1: direkt nach der Geburt, U2: 3. bis 10. Tag, U3: 4. bis 5. Woche, U4: 3. bis 4. Monat, U5: 6. bis 7. Monat, U6: 10. bis 12. Monat, U7: 21. bis 24. Monat, seit 2008 neu U7a: 34. bis 36. Monat, U8: 46. bis 48. Monat, U9: 60. bis 64. Monat

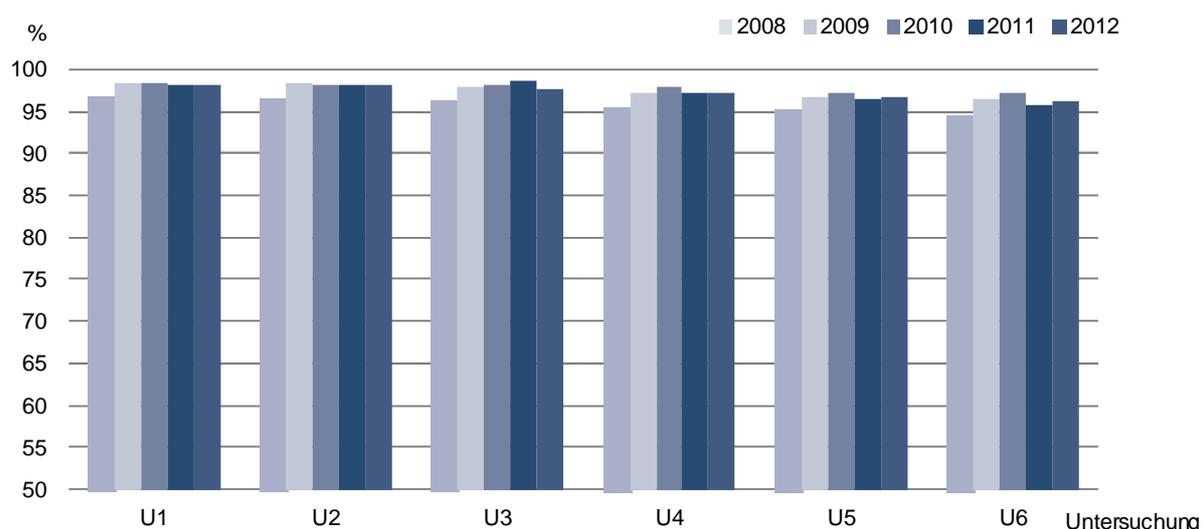
⁹ Vgl. THAISS, KLEIN, SCHUMANN et al. 2010

Seit 2008 gibt es im Land Brandenburg ein **Zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen** (ZER), das auf eine erhöhte Teilnahmequote der Eltern zu den Früherkennungsuntersuchungen U6 bis U9 und J1¹⁰ abzielt (§ 7 BbgGDG). Dabei lädt eine zentrale Stelle im LUGV die Eltern mit einem persönlichen Anschreiben ein. Hat die Früherkennungsuntersuchung stattgefunden, bestätigen das die Ärztinnen und Ärzte für die U6, U7 und U8 verpflichtend per Fax an das LUGV zurück. Liegt auch nach einem zweiten, sogenannten Erinnerungsschreiben keine ärztliche Rückmeldung vor, übersendet das LUGV die Daten des Kindes an das zuständige Gesundheitsamt. Hier liegt es im Verantwortungsbereich der jeweiligen Kommune, welche geeigneten Maßnahmen zur nachhaltigen Steigerung der Teilnehmeraten an den Früherkennungsuntersuchungen unternommen werden (z. B. weitere schriftliche Informationen, Hausbesuche etc.).

Die nachfolgenden drei Abbildungen spiegeln das Inanspruchnahmeverhalten Potsdamer Eltern an allen zehn Früherkennungsuntersuchungen (U1 bis U6, U7 bis U9, U7a) wider.¹¹

In Abbildung 4 wird sichtbar, dass sich die Teilnahmequoten an den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U6 auf einem sehr hohen Niveau bewegen.

Abbildung 4: Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U6 2008 bis 2012



(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

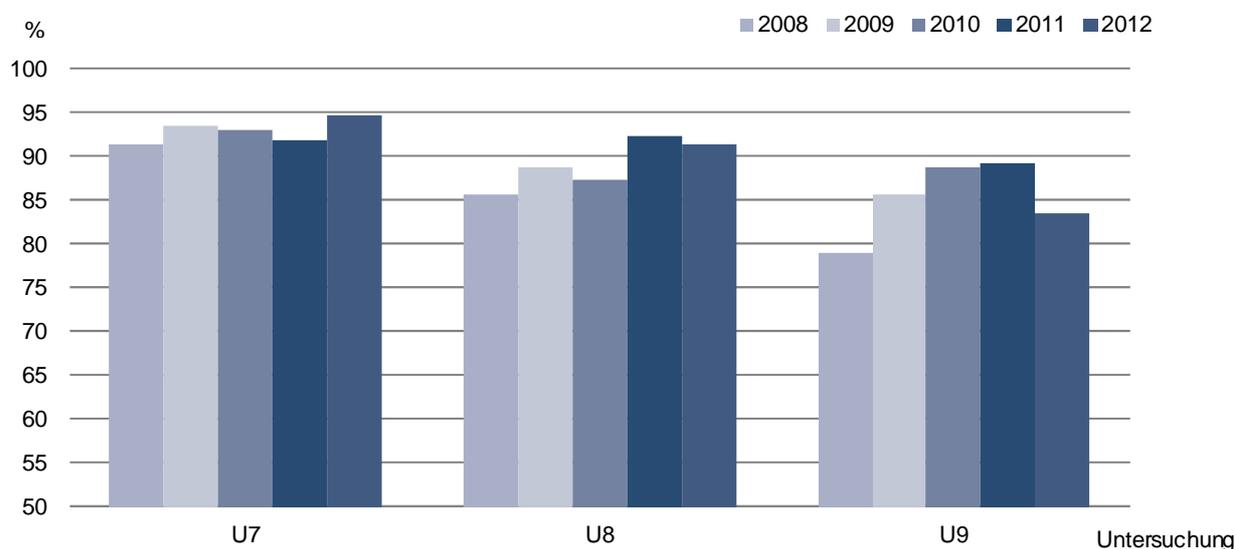
Allerdings nehmen sie tendenziell nach den ersten U-Untersuchungen, d.h. mit zunehmendem Alter der Kinder leicht ab. Unter das Gesundheitsziel von 95 % sinken die Teilnahmequoten erstmalig im Rahmen der Früherkennungsuntersuchung U7 (2012: 94,8 %). Die niedrigsten Quoten weisen mit aktuell 91,3 % bzw. 83,6 % die U8 im 4. Lebensjahr und U9 im 6. Lebensjahr auf (vgl. Abbildung 5, S. 12).

¹⁰ Die Jugenduntersuchung J1 wird für 12- bis 14-Jährige empfohlen. Überprüft werden u. a. der Impfstatus und die körperliche Entwicklung der Teenager. Die Ergebnisse der J1 sind nicht Gegenstand des **Potsdamer Gesundheitsatlas**.

¹¹ Als Grundlage hierfür dient das von den Eltern mitgeführte sogenannte „gelbe“ Vorsorgeheft, welches im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung ausgewertet wird. Im Idealfall dokumentiert es jede U-Untersuchung. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass durchschnittlich für jedes 10. Kind ein solches Dokument von den Eltern nicht vorgelegt werden konnte.

Positiv festzuhalten bleibt, dass die Einführung des Zentralen Einladungs- und Rückmeldewesen im Zeitverlauf dennoch deutliche Effekte hinterlässt. So ist die Inanspruchnahme der U7 und U8 zwischen 2008 und 2012 um mehrere Prozentpunkte, nämlich 3,6 % bzw. 5,7 %, angestiegen. Allein die U9 konnte den positiven Aufwärtstrend der letzten Jahre in 2012 nicht beibehalten. Hier sank die Teilnahmequote von 89,2 % in 2011 auf 83,6 % in 2012.¹²

Abbildung 5: Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen U7 bis U9 2008 bis 2012



(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

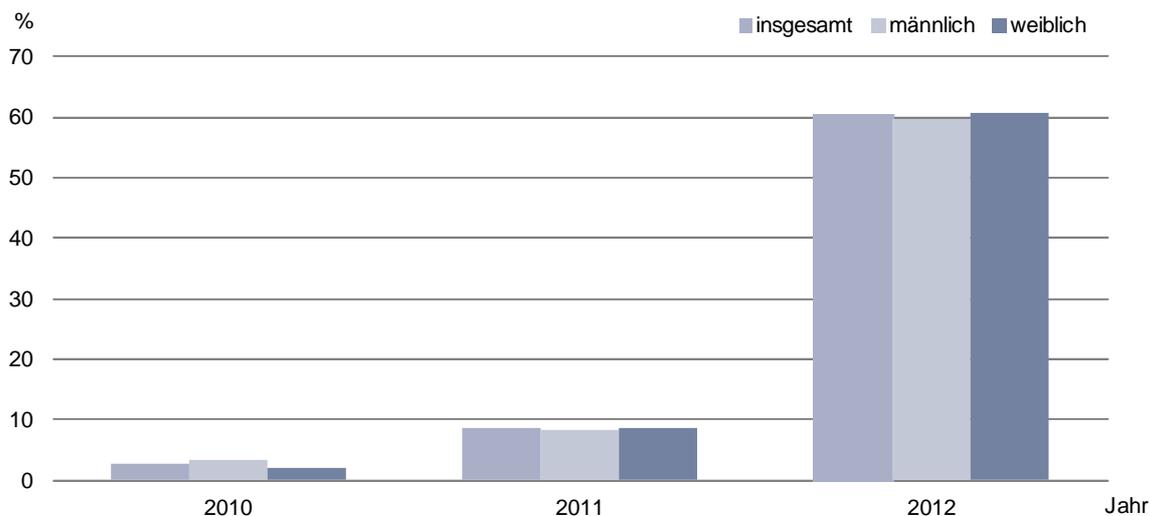
Kurz gesagt: Die Teilnahmequoten an den Früherkennungsuntersuchungen sinken mit zunehmendem Alter der Kinder; erstmalig im Rahmen der U7 unter das Gesundheitsziel von 95 %.

An der 2008 neu eingeführten Vorsorgeuntersuchung U7a¹³, die zwischen dem 34. und 36. Lebensmonat stattfindet, haben im letzten Jahr 60,3 % aller Kinder teilgenommen (vgl. Abbildung 6, S. 13). Das ist im Vergleich zu den beiden Vorjahren ein enormer Anstieg. Damit konnte in der Landeshauptstadt Potsdam die Teilnahmequote zwischen 2011 und 2012 mehr als versiebenfacht werden. Insgesamt gilt es, die U7a weiter zu etablieren.

¹² Eine Ursache könnte das Alter der Kinder sein. Möglicher Weise ist ein Teil von ihnen zum Zeitpunkt der Einschulungsuntersuchung für die U9 noch nicht alt genug.

¹³ Die zusätzliche Vorsorgeuntersuchung U7a schließt eine Lücke. Denn wichtige Entwicklungsprozesse finden in dieser Altersphase statt. Die eingehende Untersuchung überprüft u. a. die Körpermaße des Kindes, kontrolliert die Sinnesorgane, die Motorik, die Zahngesundheit und erhebt Verhaltensauffälligkeiten (vgl. G-BA 2008).

Abbildung 6: Teilnahme an der Vorsorgeuntersuchung U7a 2010 bis 2012



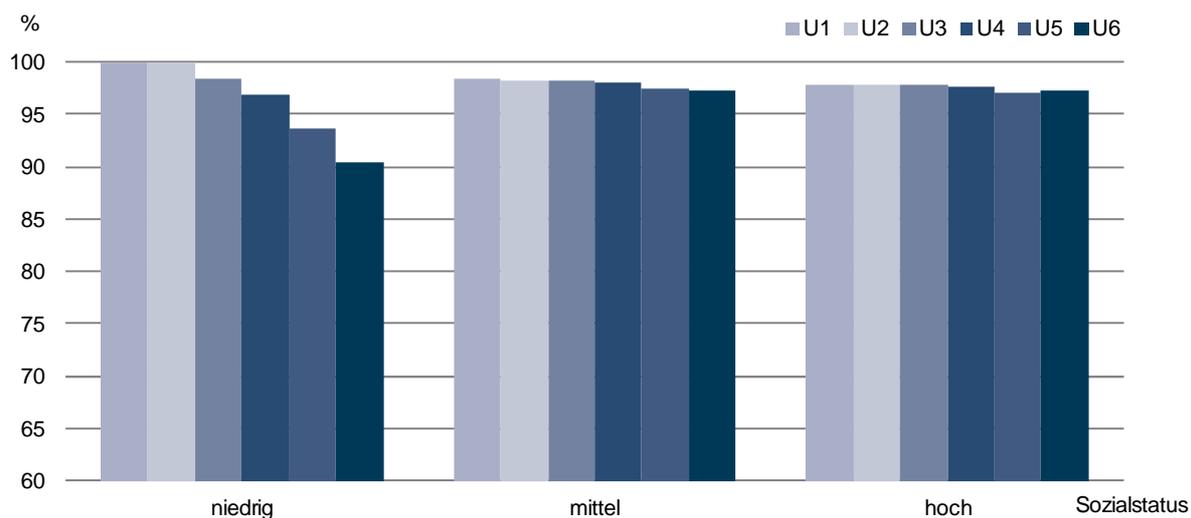
(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Während bei der Inanspruchnahme der U7a nur marginale Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen erkennbar sind, zeigt sich bei einer Differenzierung nach dem Sozialstatus der Eltern für die Früherkennungsuntersuchungen 2012 (U1 bis U9) dieses Bild (vgl. Abbildung 7 und Abbildung 8, S. 14):

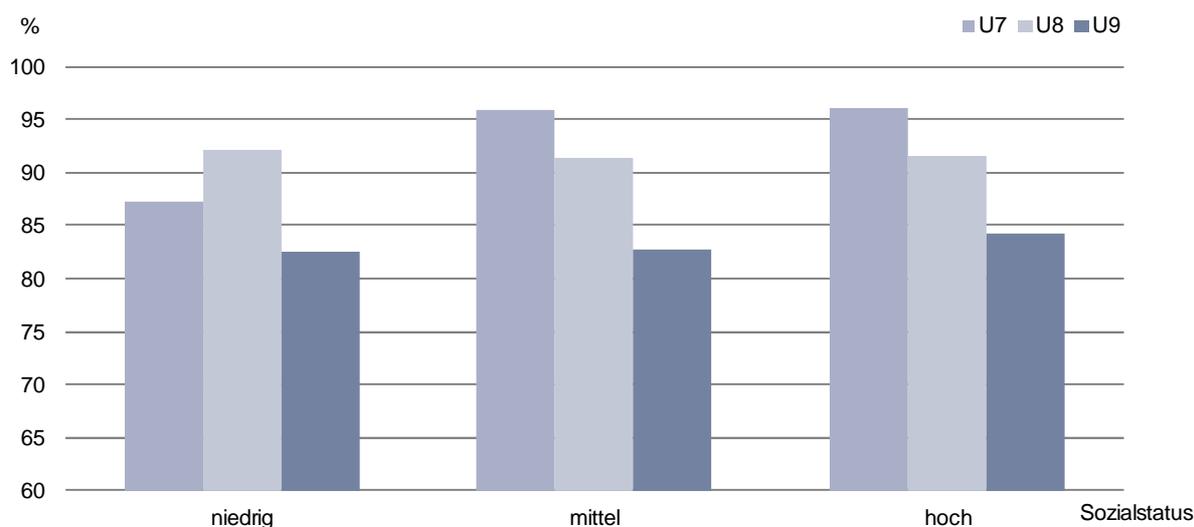
- Familien mit niedrigem Sozialstatus erreichen im Rahmen der U1 bis U3 die höchsten Teilnahmequoten.
- Ab der U4 bis zur U7 wendet sich das Blatt. Kinder aus sozial benachteiligten Familien werden dann weniger gut erreicht.

Abbildung 7: Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U6 nach dem Sozialstatus der Eltern 2012



(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Abbildung 8: Vorsorgeuntersuchungen U7 bis U9 nach dem Sozialstatus der Eltern 2012

(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

- Die größten Unterschiede zeigen sich in der Inanspruchnahme der U7. Sie erfolgt bei Kinder aus Familien mit mittlerem bzw. hohem Sozialstatus zu 95,9 % bzw. 96,2 %; bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus nur zu 87,3 %.
- Insgesamt weisen Kinder aus Familien mit mittlerem bzw. hohem Sozialstatus bei der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen kaum Unterschiede auf.

Kurz gesagt: Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus nehmen 2012 die Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U7 deutlich weniger in Anspruch als Kinder aus Familien mit mittlerem und hohem Sozialstatus.

4 Impfungen

Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO): Mindestens 95 % der Bevölkerung sind gegen Masern-Mumps-Röteln (MMR) geimpft.

Neben den Vorsorgeuntersuchungen wird bei der Schuleingangsuntersuchung an Hand des mitgebrachten Impfbuches der Impfstatus der Kinder überprüft.¹⁴ Das Ziel der in Deutschland freiwilligen Impfungen ist, vor Infektionskrankheiten zu schützen. In diesem Zusammenhang empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert Koch Institut, alle Säuglinge und Kleinkinder gegen Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten (Pertussis), Hib (Haemophilus influenzae Typ b), Kinderlähmung (Poliomyelitis), Hepatitis B, Pneumokokken,

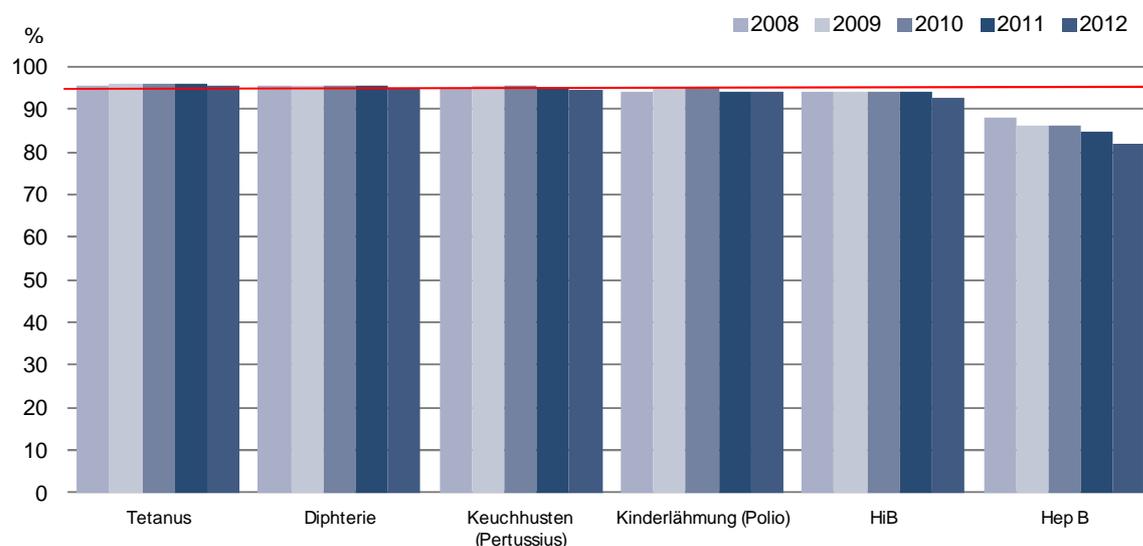
¹⁴ Auch hier zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass durchschnittlich die Eltern jedes 10. Kindes der Bitte um Vorlage des Impfbuches bei der Schuleingangsuntersuchung nicht nachkommen. Eine vollständige Informationslage zur gesamtstädtischen Qualität des Impfschutzes bei allen Schulanfängerinnen und Schulanfängern ist daher nicht gegeben.

Meningokokken, Masern, Mumps, Röteln (MMR) und Windpocken (Varizellen) zu impfen (vgl. Anhang: Erläuterung der Fachbegriffe, S. 62 ff.).¹⁵

Die beiden Abbildungen 9 und 10 (S. 16) geben einen Überblick über die Durchimpfungsraten in der Landeshauptstadt Potsdam im Zeitverlauf.

Bei den Schutzimpfungen gegen Tetanus, Diphtherie und Keuchhusten sind gleichbleibend hohe Durchimpfungsraten erzielt worden. Leicht unter der WHO-Empfehlung liegen die Werte für Kinderlähmung und Hib. Auffällig ist der kontinuierliche Rückgang der Hepatitis B Impfung um insgesamt 6 Prozentpunkte von 88,1 % in 2008 auf 82,1 % in 2012 (vgl. Abbildung 9).

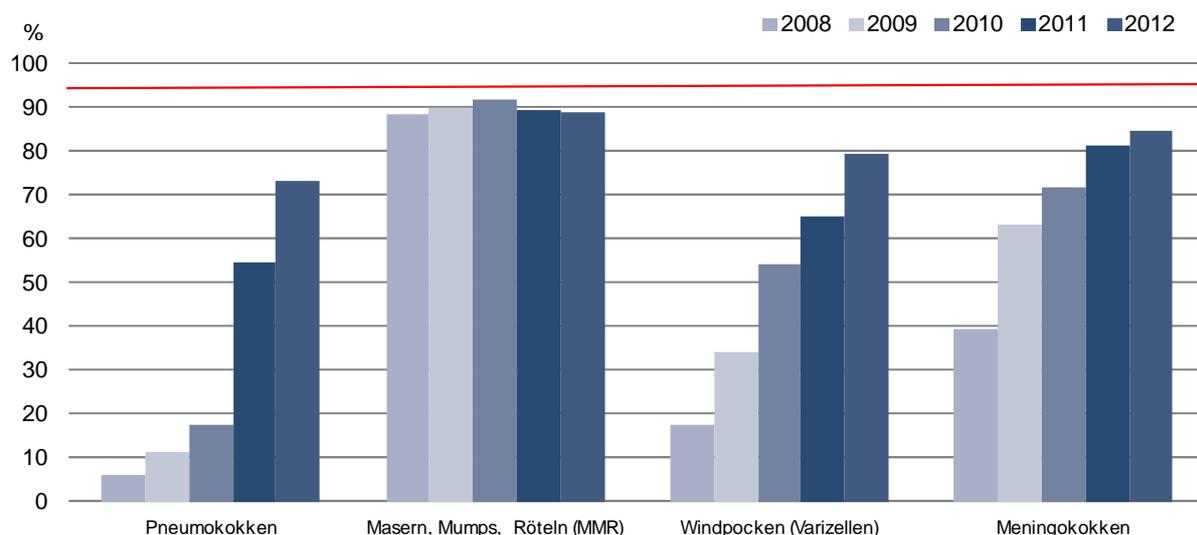
Abbildung 9: Impfquoten für Tetanus, Diphtherie, Keuchhusten, Kinderlähmung, Hib und Hepatitis B 2008 bis 2012



(rote Linie: WHO Empfehlung >95 %; Die Abb. umfasst alle Kinder mit Impfbuch und abgeschlossener Grundimmunisierung.)
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Hinsichtlich der Schutzimpfung gegen Windpocken gilt zu berücksichtigen, dass sie 2004 für alle Kinder ab dem 2. Lebensjahr neu eingeführt wurde. Vor diesem Hintergrund klärt sich die sprunghafte Impfbeteiligung zwischen 2009 (34,3 %) und 2010 (54,0 %) auf. Ab diesem Zeitpunkt nehmen die Geburtsjahrgänge 2003-2004 an der Schuleingangsuntersuchung teil (vgl. Abbildung 10, S. 16). Seither ist, wie auch bei den Meningokokken und Pneumokokken, eine ansteigende Quote zu verzeichnen.

¹⁵ Bestehende Impflücken können ggf. bei den Früherkennungs- oder der Schuleingangsuntersuchung geschlossen werden.

Abbildung 10: Impfquoten für Pneumokokken, Masern, Mumps, Röteln (MMR), Windpocken und Meningokokken 2008 bis 2012

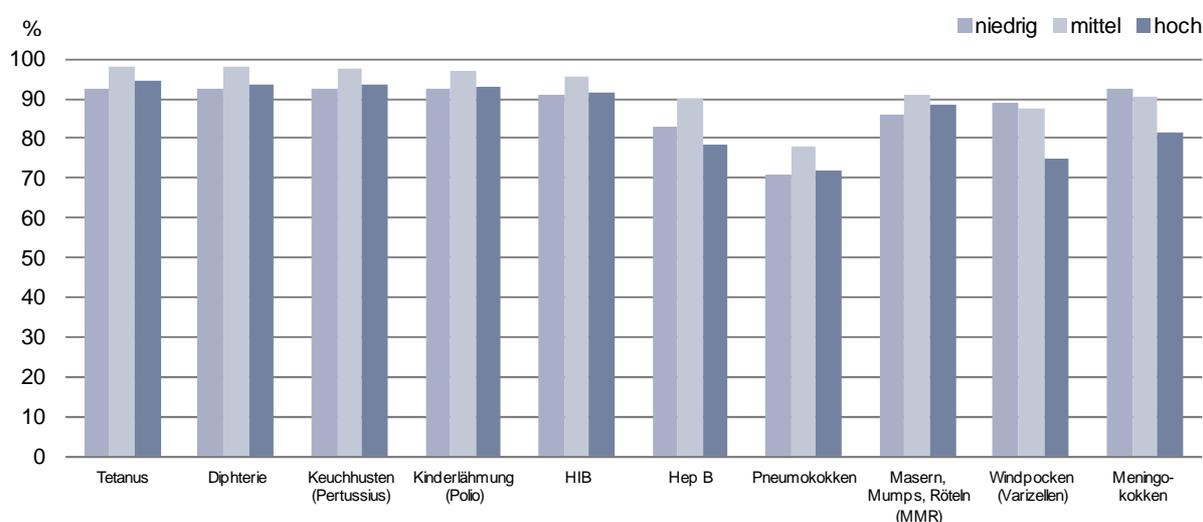
(rote Linie: WHO Empfehlung >95 %; Die Abb. umfasst alle Kinder mit Impfbuch und 2-fach Impfschutz.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Um sich vor den gefährlichen Komplikationen einer Masern-, Mumps-, Rötelninfektion vollständig zu schützen, bedarf es einer zweimaligen Impfung. Bislang hat die Landeshauptstadt Potsdam das Ziel der WHO, mindestens 95 % der Bevölkerung gegen MMR zu immunisieren, nicht erfüllt (2012: 89,1 %).

Kurz gesagt: Die Impfquoten für MMR liegen unter der WHO Empfehlung von mindestens 95 %.

Betrachtet man die Impfquoten nach dem Sozialstatus der Eltern 2012 fällt auf, dass Kinder aus Familien mit mittlerem Sozialstatus nahezu überall die höchsten Durchimpfungsraten erzielen (vgl. Abbildung 11). Die einzigen Ausnahmen sind die Impfungen gegen Windpocken und Meningokokken. Hier sind Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus häufiger geimpft.

Abbildung 11: Impfquoten nach dem Sozialstatus der Eltern 2012

(Die Abb. umfasst alle Kinder mit Impfbuch und Angaben zum Sozialstatus.)

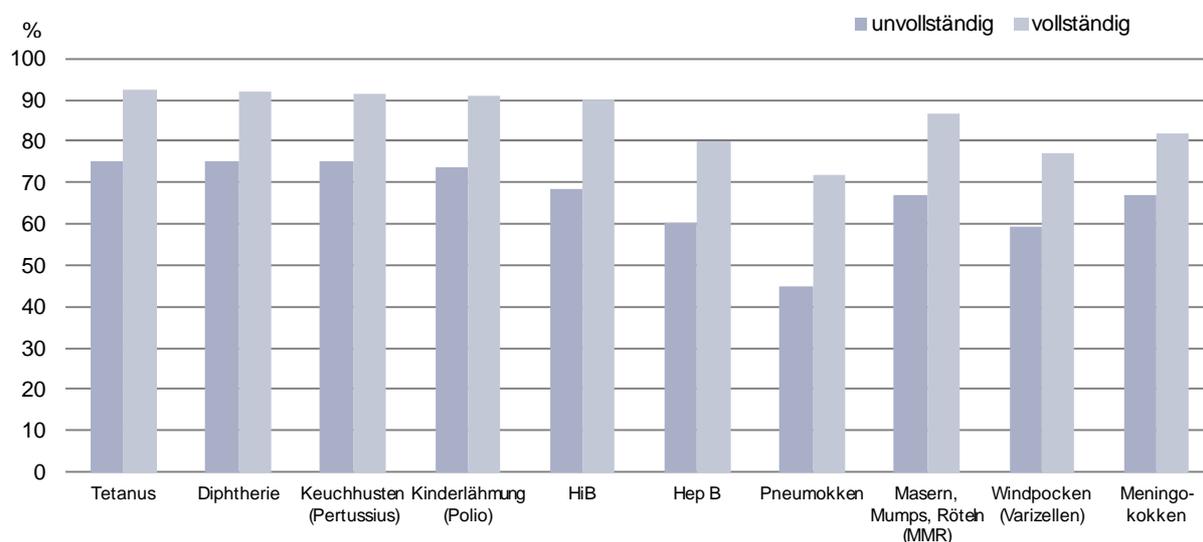
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Für Kinder aus Familien mit hohem Sozialstatus gilt, dass die Teilnahmequoten in Abhängigkeit von der Impfung schwanken. Geringere Durchimpfungsraten weisen sie, im Vergleich zu den beiden Sozialstatusgruppen niedrig und mittel, bei Hepatitis B, Windpocken und Meningokokken auf.

Zum Abschluss des Kapitels werden die Vorsorgeuntersuchungen und der Impfstatus für das Jahr 2012 miteinander ins Verhältnis gesetzt. Hier interessiert der Zusammenhang zwischen einem U1 bis U6 unvollständigen bzw. U1 bis U6 vollständigem „gelbem“ Vorsorgeheft und den einzelnen Impfungen. Schaut man sich Abbildung 12 an, ist zwischen den beiden Indikatoren eine klare Wechselbeziehung zu erkennen.

Alle Kinder, für die hinsichtlich der U1 bis U6 ein vollständiges „gelbes“ Vorsorgeheft vorgelegt wurde, haben klar bessere Impfquoten. Im Umkehrschluss heißt das: mit der Inanspruchnahme aller frühkindlichen Vorsorgeuntersuchungen steigen die Impfquoten der Schulanfängerinnen und Schulanfänger.

Abbildung 12: Vorsorgeuntersuchungen und Impfstatus 2012



(Die Abb. umfasst alle Kinder, für die das „gelbe“ Vorsorgeheft und der Impfbuch vorgelegt wurden.)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

5 Häufigste Befunde

Das fünfte Kapitel widmet sich den häufigsten, schulrelevanten Defiziten, die bei der Schuleingangsuntersuchung diagnostiziert wurden. Dazu gehören Sprach- und Sprechstörungen, Verhaltensauffälligkeiten (emotionale und soziale Störungen, Einnässen, Aufmerksamkeitsstörungen), Allergien und Über- bzw. Untergewicht.¹⁶

Im Gegensatz zum Sozialbericht 2008/2009 wird auf die Wiedergabe bestimmter Befunde der Schuleingangsuntersuchung verzichtet; so etwa wegen ihres gesunkenen Vorkommens auf Bewegungsstörungen (2012: 1,6 %) und Hörstörungen (2012: 3,0 %).

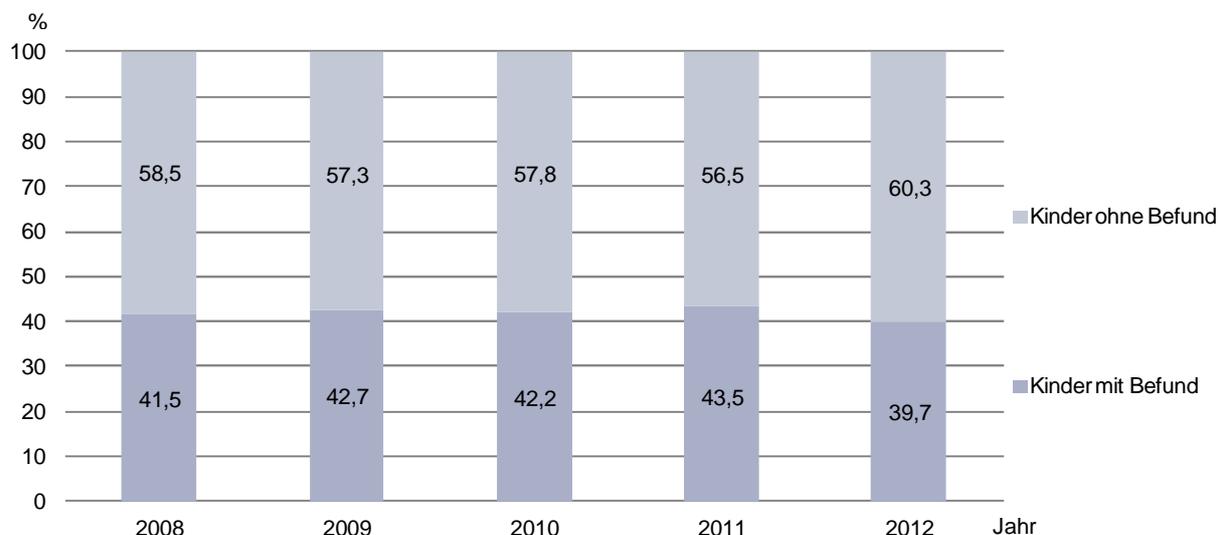
¹⁶ Für die jeweiligen Diagnosebereiche kommen unterschiedliche Tests zum Einsatz, die dem Kinder- und Jugendärztlichen Dienst eine Einschätzung des Entwicklungsstandes erlauben.

Auch die Illustration von Sehfehlern entfällt. Die Begründung ist, dass sich trotz des hohen Anteils an Kindern mit einem medizinisch relevanten Befund (2012: 8,7 %), in der Mehrzahl der Fälle die Diagnose durch die Fachärztin, den Facharzt nicht bestätigt. Schließlich geht der Potsdamer Gesundheitsatlas auf den Indikator umschriebene Entwicklungsstörungen nicht näher ein. Diese Gruppe umfasst eher isolierte Leistungsstörungen als umschriebene Entwicklungsstörungen der Sprache und des Sprechens, der motorischen Funktionen sowie der schulischen Fertigkeiten.¹⁷ Alternativ werden Sprach- und Sprechstörungen separat analysiert (vgl. Kapitel 5.1).

Wie auch für die vorangegangenen Ausführungen werden die sogenannten „medizinisch relevanten Befunde“¹⁸ im Zeitverlauf (2008 bis 2012) dargestellt und zusätzlich nach geschlechtsspezifischen Aspekten und dem sozialen Status der Familien betrachtet (vgl. Abbildung 21, S. 26). Die Reihenfolge innerhalb des Kapitels orientiert sich am Ausmaß des jeweiligen Befundes, d.h. es werden die häufigsten zuvorderst beschrieben.

Insgesamt stellten die Kinderärztinnen und Kinderärzte im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen bei 39,7 % der Schulanfängerinnen und Schulanfänger einen „medizinisch relevanten Befund“ fest (vgl. Abbildung 13). Im Umkehrschluss bedeutet das: 60,3 % der Kinder sind ohne Befund. Das ist die überwiegende Mehrheit. Der Anteil befundeter Kinder ist damit leicht rückläufig.

Abbildung 13: Kinder mit und ohne medizinisch relevanten Befund 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Kurz gesagt: Bei etwa vier von zehn Kindern liegt am Ende der Schuleingangsuntersuchung ein medizinisch relevanter Befund vor.

¹⁷ vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 34

¹⁸ Als „medizinisch relevante Befunde“ bezeichnet man „Befunde, die ernstere Beeinträchtigungen für die Kinder bedeuten und bei denen ein medizinischer Handlungsbedarf besteht“ (vgl. LANDESMITTEL FÜR VERSORGUNG UND SOZIALES 2012: 165).

5.1 SPRACH- UND SPRECHSTÖRUNGEN

Sprachdefizite erschweren den Start ins Schulleben. Deshalb wird bei der Schuleingangsuntersuchung auf die Sprachkompetenzen der Kinder ein besonderes Augenmerk gelegt. Zum Einsatz kommen Testverfahren, die sowohl den Wortschatz (Grammatiktest) als auch die Aussprache (Artikulationstest) der Kinder überprüfen.¹⁹ Sind beide Tests auffällig, liegt eine Sprach- und Sprechstörung vor.

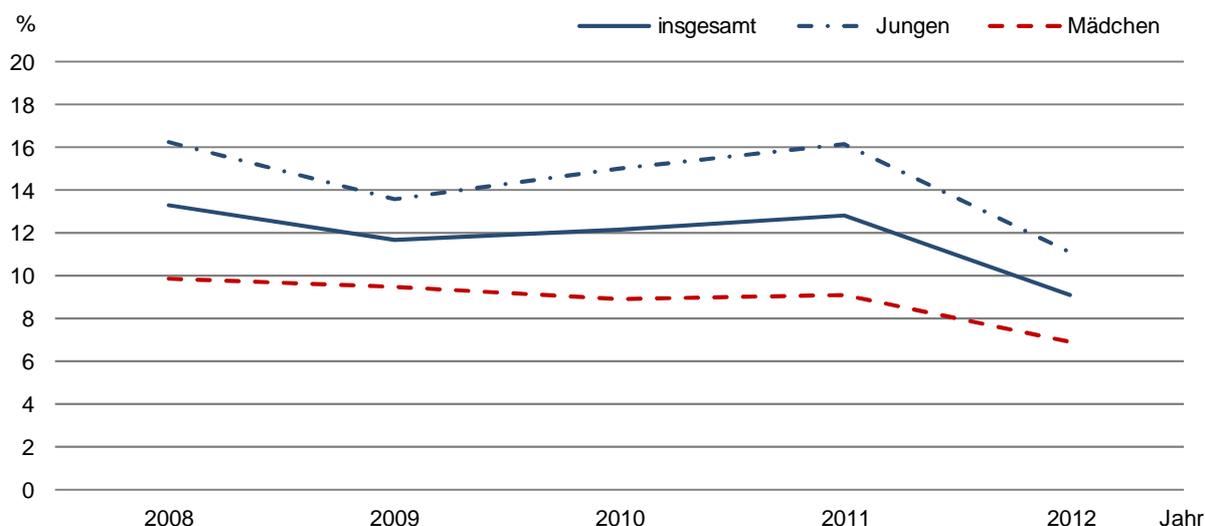
Betrachtet man die Sprachprobleme der zukünftigen Erstklässler, liegen die Anteilswerte für 2012 mit 9,1 % auf dem niedrigsten Niveau seit Jahren (vgl. Abbildung 14). Auch bezogen auf das Land Brandenburg (16,9 %) ist das hinter dem Landkreis Oberhavel (7,7 %) der zweite Platz.

Trotz des positiven Trends dürfen zwei Aspekte nicht verschwiegen werden.

Noch immer ...

- wird aktuell etwa jedes 11. Kind (149) mit Auffälligkeiten bei der Sprache und beim Sprechen befundet.
- sind mit 11,1 % (96) Jungen deutlich häufiger betroffen als gleichaltrige Mädchen. Sie weisen nur zu 6,9 % (53) Sprach- und Sprechstörungen auf.

Abbildung 14: Sprach- und Sprechstörungen 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

EXKURS: FRÜHKINDLICHE SPRACHENTWICKLUNG

Seit 2006 gibt es im Land Brandenburg drei Projekte, die sich mit dem Thema frühkindliche Sprachentwicklung auseinandersetzen.

¹⁹ Zukünftig wird es ein erweitertes Testverfahren geben, bei dem die Kinder gebeten werden, Pseudowörter nachzusprechen. Das erlaubt insbesondere bei Schulanfängerinnen und Schulanfängern mit Migrationshintergrund eine verbesserte Einschätzung ihrer sprachlichen Kompetenzen.

Im Modellprojekt „Prävention von Sprachentwicklungsstörungen“ PräSES²⁰, welches die Überregionale Arbeitsstelle Frühförderung Brandenburg (ÜAFB) durchführte, wurden Erzieherinnen und Erzieher im Kita-Jahr 2006/2007 fortgebildet. Sie sollten befähigt werden, den Kita-Alltag sprachförderlicher zu gestalten.²¹

Das zweite Vorhaben namens „Kompensatorische Sprachförderung im Jahr vor der Einschulung“ ist ebenfalls als Qualifizierungsprogramm konzipiert und wird seit dem Schuljahr 2009/10 im Land Brandenburg flächendeckend umgesetzt. Hier werden durch das Berliner Institut für Frühpädagogik (BlfF) aus jeder Kita eine Erzieherin bzw. ein Erzieher in den Bereichen Sprachentwicklung, Sprachstandsfeststellung und kitaintegrierte Sprachförderung weiter gebildet.²² In Potsdam starteten die Fortbildungen bereits 2007, so dass bis 2010 in allen Kitas mindestens eine Erzieherin bzw. ein Erzieher qualifiziert werden konnten.

Auf Basis des Evaluationsberichtes²³ zur kompensatorischen Sprachförderung ist vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) ein „Konzept zur Weiterentwicklung der Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung“ erarbeitet worden. Im Kern des neuen Landesprogramms geht es um die Stärkung der frühen alltagsintegrierten Sprachförderung. Zu diesem Zweck werden die Kitas bei der Sprachförderung nunmehr durch Sprachberaterinnen und -berater unterstützt. Von ihnen gibt es fünf in Potsdam.

Kurz gesagt: Sprach- und Sprechstörungen gehen zurück. Aktuell wird jedes 11. Kind mit einer Auffälligkeit befundet; Jungen um das 1,6fache häufiger als Mädchen.

5.2 EMOTIONALE UND SOZIALE STÖRUNGEN

Die wichtigsten emotionalen Störungen des Kindes- und Jugendalters sind Angststörungen, Phobien, depressive Störungen und Zwangsstörungen. Verhaltensauffälligkeiten dieser Art sind nach Aussagen des KJGD HANDBUCHS (2010: 37) „der häufigste Anlass für die Vorstellung von Kindern und Jugendlichen zur kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnostik und Behandlung“.

Im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung werden emotionale und soziale Störungen anhand eines Fragenkomplexes zum Verhalten des Kindes, der Teil des Elternfragebogens ist,

²⁰ Vgl. <http://www.ses-praevention.de>

²¹ Vgl. SIEGMÜLLER, FRÖHLING, GIES et al. 2007: 90

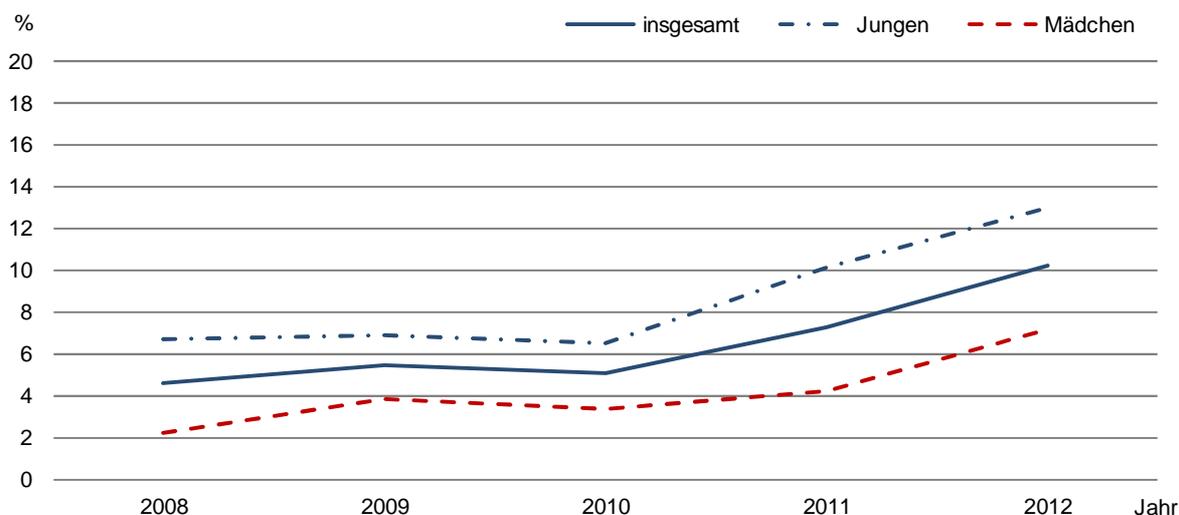
²² Für die verpflichtende Sprachstandsfeststellung, die auch für Kinder außerhalb von Kindertagesstätten gilt, ist ein zweistufiges Verfahren vorgesehen. Zuerst stellen die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas „durch allgemeine Entwicklungsbeobachtungen oder mit Hilfe systematischer Verfahren“ (vgl. § 4 Abs. 3 Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und kompensatorischen Sprachförderung) fest, welche Kinder in ihrer Sprachentwicklung auffällig sind. Bei ihnen kommt ein zweiter Test namens KISTE („Kindersprachtest für das Vorschulalter“) zum Einsatz. Anschließend erhalten alle Kinder mit einem identifizierten Sprachförderbedarf eine entsprechende Sprachförderung.

²³ Im Rahmen einer Evaluation konnten für das gesamte Land Brandenburg „keine nachhaltigen Effekte der kompensatorischen Sprachförderung auf erste Lernerfolge in der Schule nachgewiesen werden“ (vgl. WOLF, STANAT & WENDT 2011: 55).

ermittelt. Darin werden die Eltern gebeten, auf angeführte Probleme zu antworten z. B. „Mein Kind ist zu Hause häufig ungehorsam“, „Mein Kind prügelt sich häufig mit anderen Kindern“ oder „Mein Kind wird von anderen Kindern häufig geärgert, gehänselt, geprügelt“. Das Verfahren selbst stellt keine Diagnose. Diese ist jedoch bei auffälligen Kindern angezeigt.

Wie Abbildung 15 entnommen werden kann, steigt in der Landeshauptstadt Potsdam die Bedeutung emotionaler und sozialer Störungen stark an. So haben sich die Anteile zwischen 2008 (4,6 %) und 2012 (10,2 %) mehr als verdoppelt. Zwischen den Geschlechtern sind die Unterschiede sehr deutlich ausgeprägt. Jungen leiden mit 13,0 % (112) fast doppelt so häufig an emotionalen und sozialen Störungen wie Mädchen mit 7,2 % (55).

Abbildung 15: Emotionale und soziale Störungen 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

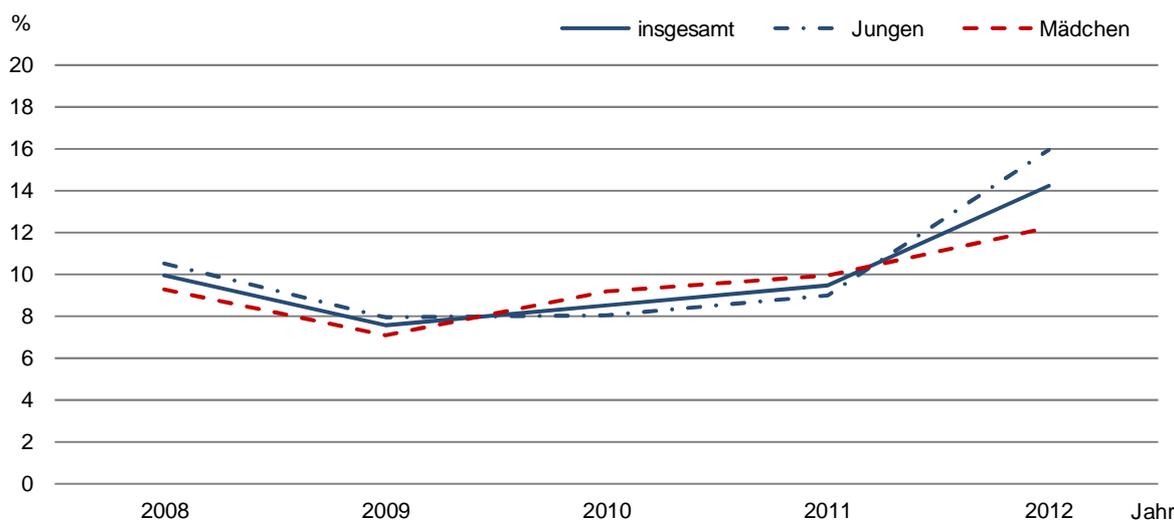
Kurz gesagt: *Emotionale und soziale Störungen haben sich zwischen 2008 und 2012 mehr als verdoppelt. Jungen sind im Vergleich zu Mädchen um das Zweifache gefährdet.*

5.3 ALLERGIEN

Allergien sind „eine spezifische Veränderung der Immunitätslage im Sinne einer krankmachenden Überempfindlichkeit. [...]“.²⁴ Sie gehören zu den häufigsten chronischen Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter.

In Abbildung 16 (S. 22) wird die Verbreitung von Allergien unter Potsdamer Schulanfängerinnen und Schulanfängern betrachtet. Im Detail verbergen sich dahinter atopische Dermatitis, Allergische Rhinitis (Schnupfen), Asthma bronchiale (Asthma) und Nahrungsmittelallergien. Als Datenquelle zur Erfassung allergischer Einschränkungen stehen im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung entweder der ärztliche Befund oder der Elternfragebogen (ausgenommen Nahrungsmittelallergien) zur Verfügung.

²⁴ Vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 58

Abbildung 16: Allergien 2008 bis 2012

(Die Abb. umfasst alle Kinder mit Atopischer Dermatitis, Allergischer Rhinitis, Asthma bronchiale und Nahrungsmittelallergie.)
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Nachdem zwischen 2008 (9,9 %) und 2009 (7,5 %) ein gesamtstädtischer Rückgang der allergischen Befunde zu verzeichnen war, zeigt sich seither eine kontinuierliche Steigerung; zwischen 2009 und 2011 um jährlich 1,0 %, zwischen 2011 und 2012 um 5,0 %. Zum letzten Erhebungszeitpunkt litten 14,5 % der Schulanfängerinnen und Schulanfänger an Allergien. Entgegen des Trends der zurückliegenden Jahre lag 2012 der Anteil betroffener Jungen (16,0 %) über dem der Mädchen (12,3 %).

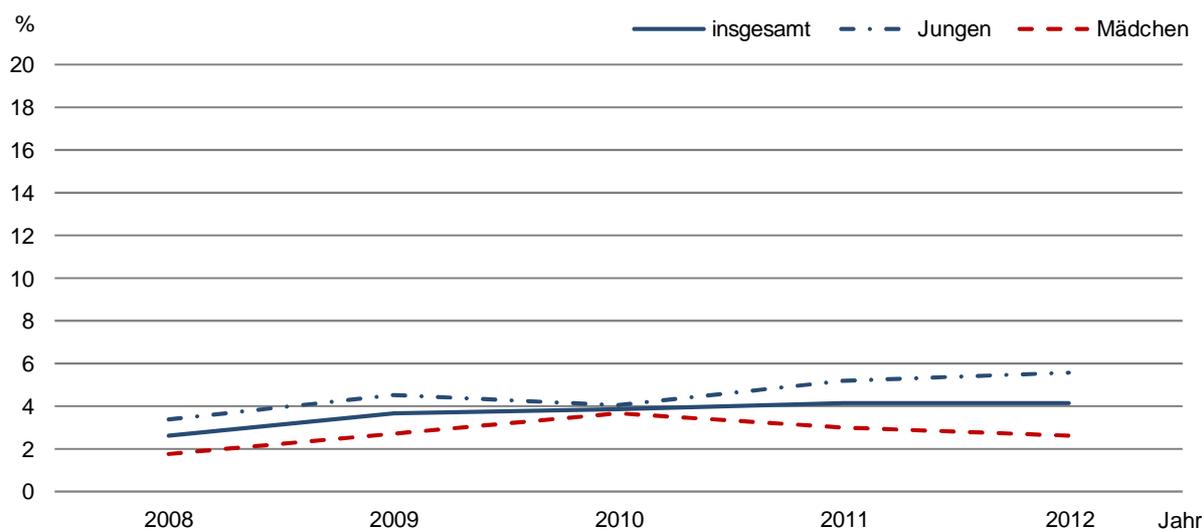
Kurz gesagt: Allergien sind zwischen 2011 und 2012 um 5 % angestiegen. Insbesondere bei den Jungen liegt nahezu eine Verdopplung des Anteils vor.

5.4 EINNÄSSEN

Wiederholtes, unwillkürliches und vollständiges Entleeren der Blase „am falschen Platz und zur falschen Zeit“²⁵ kann für Kinder bei der Bewältigung des Schulalltages besonders belastend sein und schränkt u. U. ihre Leistungsfähigkeit ein. Das eher nachts und weniger tagsüber auftretende Einnässen betrifft 2012 in der Landeshauptstadt Potsdam 4,2 % (68) aller untersuchten Kinder.²⁶ Ihr Anteil ist zwischen 2008 und 2012 leicht gestiegen (vgl. Abbildung 17, S. 23). Geschlechtsspezifische Unterschiede treten auch hier sehr deutlich zu Tage. Jungen waren mit 5,6 % (48) deutlich häufiger betroffen als Mädchen mit 2,6 % (20).

²⁵ Vgl. SCHREINER-ZINK, FUHRMANN & VON GONTARD 2009: 382

²⁶ Medizinisch relevant ist wöchentliches Einnässen. Ausgenommen sind organische Leiden (vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 46).

Abbildung 17: Einnässen 2008 bis 2012

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Kurz gesagt: Der Anteil von Kindern, die einnässen, steigt seit 2008. Jungen sind im Jahr 2012 mehr als doppelt so häufig betroffen wie Mädchen.

5.5 ERHEBLICHES ÜBER- UND UNTERGEWICHT

In der Gesundheitsforschung werden verschiedenste Ursachen für Gewichtsprobleme angeführt. Neben genetischen Faktoren zählt das soziale Umfeld der Kinder z. B. die familiären Ernährungsweisen und Bewegungsgewohnheiten zu den maßgeblichen Einflussgrößen auf deren Körpergewicht.

In den Medien ist häufig von der steten Zunahme stark übergewichtiger Kinder die Rede. Für die hiesigen Schulanfängerinnen und Schulanfänger trifft das jedoch nicht zu. Der Anteil adipöser²⁷ Kinder ist seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Abgesehen vom Untersuchungszeitraum 2011 (2,5 %) liegt die Landeshauptstadt Potsdam unter einem Anteil von 2 % und nimmt damit im Land Brandenburg den ersten Platz ein.

Unterschiede zwischen den Geschlechtern existieren seit zwei Jahren nur noch marginal (vgl. Abbildung 18, S. 24). So sind 2012 jeweils 1,7 % (13) der Mädchen und 1,7 % (15) der Jungen erheblich übergewichtig. Für diese Kinder gilt allerdings, dass sie im weiteren Lebensverlauf erhöhten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Laut der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kinder- und Jugendalter (AGA) sind als unmittelbare Folge der Ge-

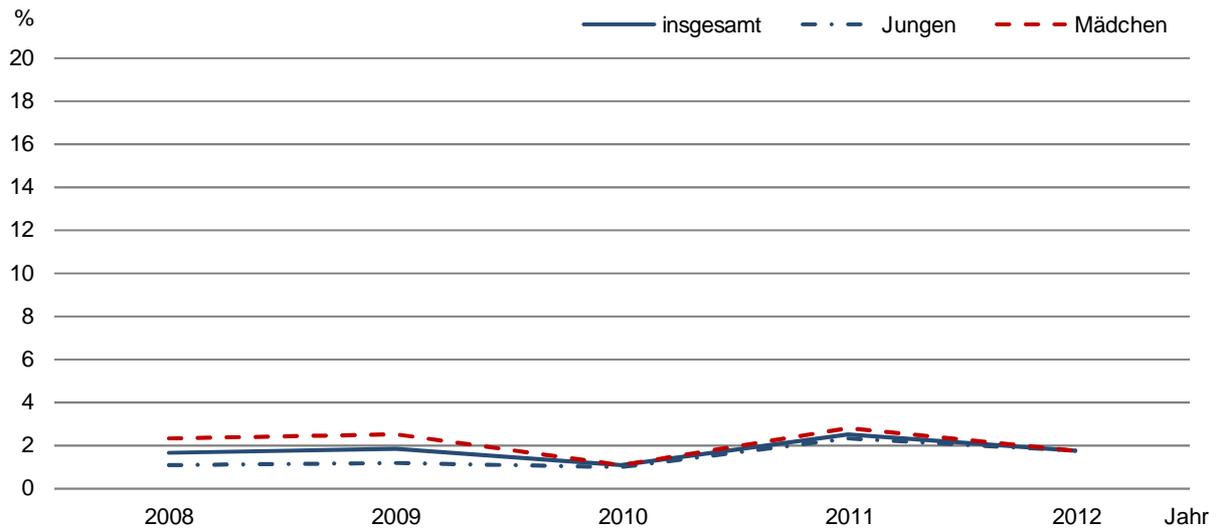
²⁷

Die Bewertung des Verhältnisses von Körpergewicht zur Körpergröße fußt auf dem Body-Maß-Index (BMI) sowie dem alters- und geschlechtsspezifischen Referenzsystem von Kromeyer-Hauschild (2001). Danach werden alle Kinder, deren BMI über dem 90. Perzentil liegt als übergewichtig bezeichnet. Ab dem 97. Perzentil spricht man von erheblichem Übergewicht oder Adipositas. Dabei signalisieren die Perzentilgrenzen, wie viel Prozent der Kinder unter dem betreffenden Wert geblieben sind. Das gleiche Verfahren wird für die Bemessung von Untergewicht angewendet. Das ist unterhalb des 10. Perzentils gegeben. Ab einem Wert unterhalb des 3. Perzentils spricht man von erheblichem Untergewicht.

wichtspröbleme orthopädische Störungen, Stoffwechsellkrankungen aber auch Stigmatisierungen zu erwarten.²⁸

Insgesamt liegt der Anteil erheblich übergewichtiger Kinder 2012 mit 1,7 % (28) leicht unter dem Anteil erheblich untergewichtiger Kinder mit 1,8 % (30). Die Zahlen sind jedoch nahezu identisch. Dennoch ist das entgegengesetzte Phänomen, nämlich untergewichtige Kinder, nicht minder bedeutsam. Auch hier kann sich das Gewichtsproblem auf den allgemeinen Gesundheitszustand, die Entwicklung und die Lebensqualität der Kinder auswirken.

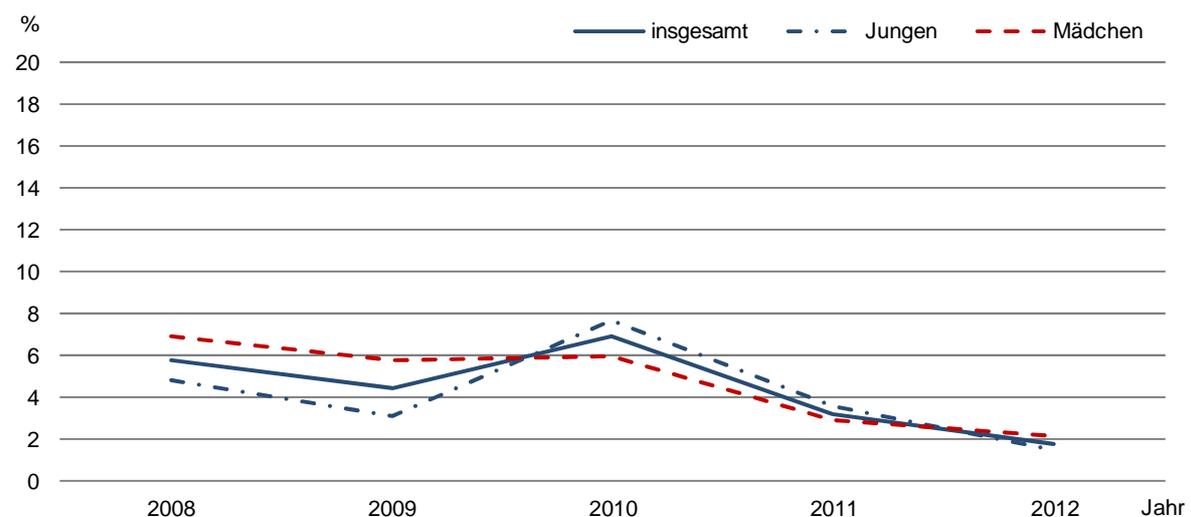
Abbildung 18: Erhebliches Übergewicht 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Gesamtstädtisch betrachtet, ist die Zahl untergewichtiger Kinder nach einem deutlichen Anstieg in 2010 (6,9 %) stark rückläufig. Eine Annäherung zwischen Jungen und Mädchen ist zu beobachten (vgl. Abbildung 19).

Abbildung 19: Erhebliches Untergewicht 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

²⁸ Vgl. Leitlinien der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter (AGA) 2012: 17

Kurz gesagt: Erhebliches Über- und Untergewicht sind mit 1,7 % bzw. 1,8 % auf einem niedrigen Niveau. Es gibt kaum Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen.

5.6 AUFMERKSAMKEITSDEFIZIT- / HYPERAKTIVITÄTSSTÖRUNG

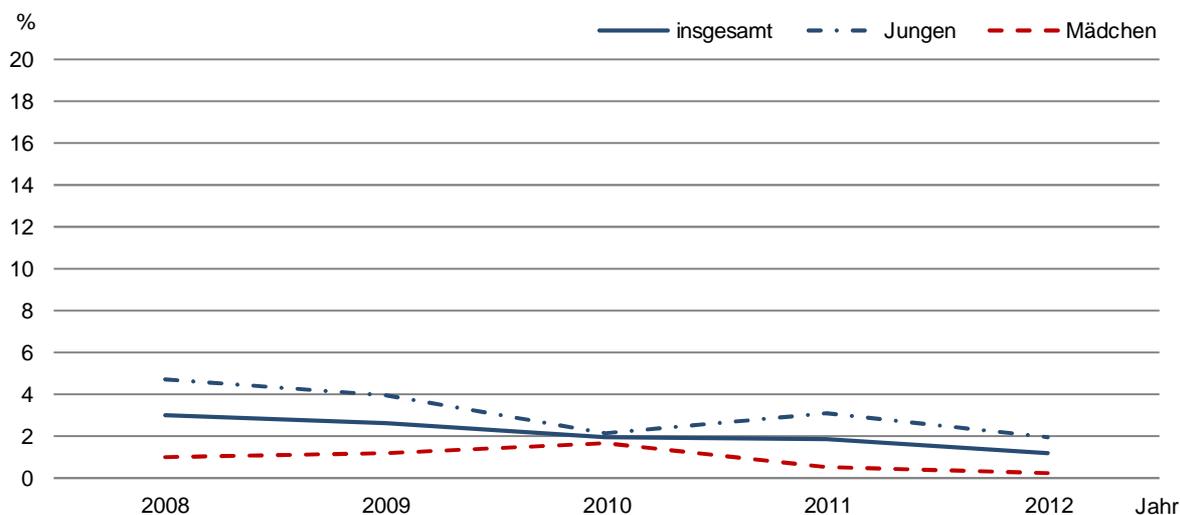
„Leitsymptome der hyperkinetischen Störung sind Unaufmerksamkeit (Aufmerksamkeitsstörung, Ablenkbarkeit), Überaktivität (Hyperaktivität, motorische Unruhe) und Impulsivität“.²⁹

Eine Befundung erfolgt über die Auswertung der Verhaltensfragen im Elternfragebogen (z. B. „Mein Kind ist im Kindergarten sehr leicht ablenkbar und unkonzentriert.“) und Anhaltspunkten während der Schuleingangsuntersuchung ggf. ergänzt durch Informationen der pädagogischen Fachkräfte aus den Kitas.³⁰

In der Landeshauptstadt Potsdam weisen im Jahr 2012 allein 1,2 % (19) der untersuchten Kinder Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) auf. Damit hat sich ihr Anteil seit 2008 (3,0 %) mehr als halbiert (vgl. Abbildung 20). Damit liegt Potsdam im Vergleich der Brandenburger Kommunen auf dem 5. Platz.

Trotz dieser positiven Entwicklung unterscheiden sich Mädchen (2012: 0,3 %) und Jungen (2012: 2,0 %) stark voneinander. Letztere sind rund siebenmal häufiger betroffen.

Abbildung 20: Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörung 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Kurz gesagt: Der Anteil von Kindern mit einer Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörung (ADHS) hat sich seit 2008 mehr als halbiert.

²⁹ vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 12

³⁰ Die Einschätzung im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung ersetzt nicht die medizinische Diagnose durch kinderpsychiatrische Spezialistinnen und Spezialisten.

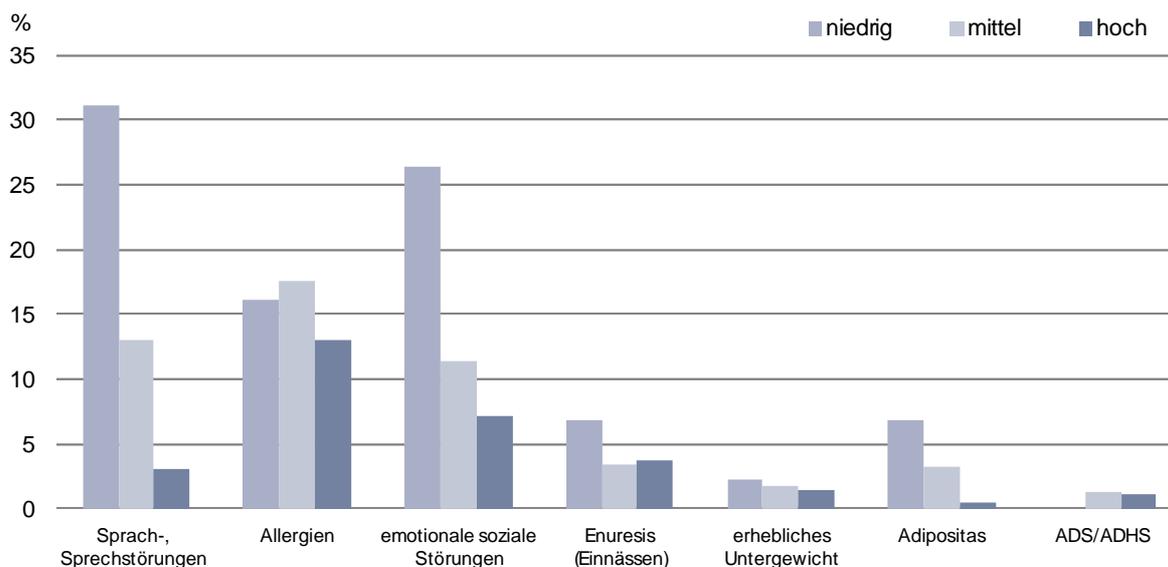
5.7 HÄUFIGSTE BEFUNDE NACH SOZIALSTATUS

Wie in den Jahren zuvor, gibt es zwischen den häufigsten Befunden (vgl. Kapitel 5.1 bis 5.6) und dem Sozialstatus der Kinder einen klar erkennbaren Zusammenhang.³¹ Das sich wiederholende Muster zeigt: **Kinder aus sozial benachteiligten Familien tragen ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Sie sind stärker von gesundheitlichen Beeinträchtigung betroffen** (vgl. Abbildung 21).

Am deutlichsten tritt das Wechselspiel aus sozialen und gesundheitlichen Faktoren bei Sprach- und Sprechstörungen, Verhaltensauffälligkeiten (emotionale und soziale Störungen, Einnässen) und Gewichtsproblemen zutage. Erstere betreffen um ein 10-faches häufiger Kinder mit niedrigem Sozialstatus (31,0 %) im Gegensatz zu Kindern mit einem hohem Sozialstatus (3,1 %). Auch bei den emotionalen und sozialen Störungen variieren die Anteile zwischen den drei Sozialstatusgruppen sehr stark (niedriger Sozialstatus: 26,4 %, mittlerer Sozialstatus: 11,4 %, hoher Sozialstatus: 7,2 %).

Die einzigen Ausnahmen bilden Allergien und Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörungen (ADHS). Hier sind Kinder aus Familien mit mittlerem Sozialstatus am stärksten betroffen.

Abbildung 21: Häufigste Befunde der Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern 2012



Quelle Landeshauptstadt Potsdam

EXKURS: BETREUUNGSCONTROLLING

Schulanfängerinnen und Schulanfänger mit einem auffälligen Befund werden in das sogenannte Betreuungscontrolling aufgenommen. Grundsätzlich können dabei durch den Kinder- und Jugendärztlichen Dienst zwei Möglichkeiten ausgelöst werden:

- Erstens: Das Kind wird weiter beobachtet. Die Eltern des Kindes sprechen zu einem späteren Zeitpunkt zur Kontrolle erneut vor.

³¹ Vgl. LANDESHAUPTSTADT POTSDAM 2009: 87

- Zweitens: Aus dem auffälligen Befund lässt sich ein konkreter Handlungsbedarf ableiten, der bislang nicht gedeckt wird. Das kann z. B. in eine Empfehlung münden, zur weiteren Diagnostik und ggf. therapeutischen Behandlung, eine Fachärztin bzw. einen Facharzt oder eine Fördereinrichtung aufzusuchen.

Als Kernelement des Betreuungscontrollings gilt die Rückmeldung der entsprechenden Institution, ob „diese Kinder tatsächlich die notwendigen therapeutischen bzw. Fördermaßnahmen erhalten“ hat.³²

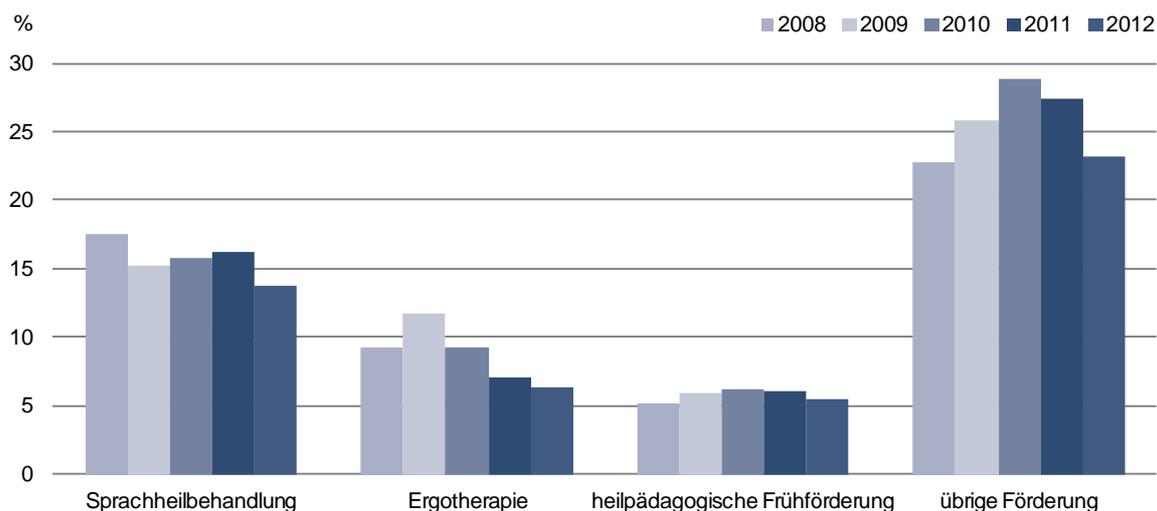
6 Fördermaßnahmen

Alternativ sind zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung die Kinder bereits in therapeutischer Behandlung oder nehmen Maßnahmen der Förderung in Anspruch. Zu den Fördermaßnahmen gehören Sprachheilbehandlungen, Ergotherapie und heilpädagogische Frühförderung. Unter „übrige Förderung“ sind die ärztliche Behandlung, die Sprachförderung in der Kita, Physiotherapie, die psychologische Behandlung, die Komplexleistung Frühförderung sowie sonstige Behandlungen zusammengefasst (vgl. Abbildung 22).

Am häufigsten, wenn auch im Rückwärtstrend begriffen, kommt mit 13,7 % (223) die Sprachheilbehandlung vor. Seltener werden die Kinder im Einschulungsalter durch Ergotherapie (2012: 6,3 %) oder heilpädagogische Frühförderung (2012: 5,5 %) bereits behandelt. Die Inanspruchnahme ergotherapeutischer Maßnahmen ist zudem zwischen 2009 (11,7 %) und 2012 (6,3 %) um nahezu die Hälfte gesunken.

Anteilig an allen untersuchten Schulanfängerinnen und Schulanfängern wird in der Landeshauptstadt Potsdam derzeit jedes dritte Kind (33,4 %) vor Antritt des Schulbesuches gefördert oder behandelt.

Abbildung 22: Förderung der Kinder nach ausgewählten Behandlungen 2008 bis 2012



(Zu den übrigen Förderungen zählen: ärztliche Behandlung, Sprachförderung in der Kita, Physiotherapie, psychologische Behandlung, sonstige Behandlung, Komplexleistung Frühförderung. **Mehrfachzählungen sind in der Darstellung möglich.**)

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

³² vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 138

7 Unfälle

In der Landeshauptstadt Potsdam haben Unfälle³³, an denen Kinder beteiligt waren, im Zeit-

Gesundheitsziel des „Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg“:

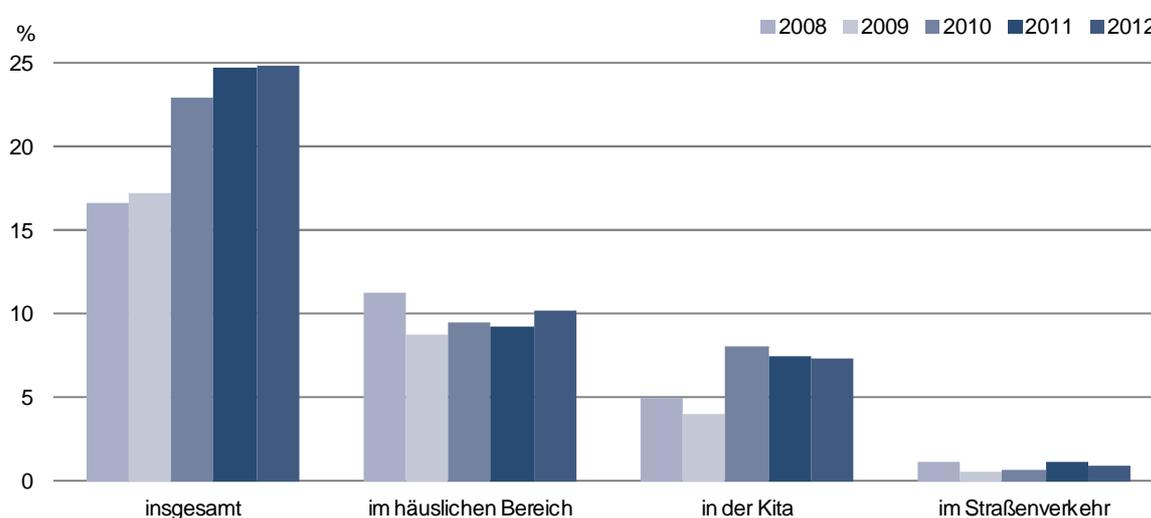
Kinder und Jugendliche werden zu Hause, auf Spielplätzen, in Schulen und im Straßenverkehr vor Risiken und Verletzungsgefährdungen sicher geschützt und entwickeln sich unter gewaltfreien Bedingungen.

verlauf deutlich zugenommen; von insgesamt 16,6 % in 2008 auf 24,8 % in 2012 (vgl. Abbildung 23).

Mit anderen Worten: etwa jedes vierte Kind erleidet bis zur Einschulung mindestens einen Unfall, der ärztlich behandelt werden musste. Die größten Gefahren für Unfälle bergen das eigene Zuhause (2012: 10,2 %) und die Kita (2012: 7,3 %). Nur eine kleine Minderheit ist

von Unfällen im Straßenverkehr betroffen (2012: 0,9 %).

Abbildung 23: Kinder mit einem oder mehreren Unfällen 2008 bis 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Kurz gesagt: Seit 2008 ist der Anteil verunfallter Kinder stark gestiegen. Derzeit erleidet jedes 4. Kind bis zur Einschulung mindestens einen Unfall, der einer ärztlichen Behandlung bedarf.

³³

Die Unfalldaten von Schulanfängerinnen und Schulanfängern werden systematisch durch den Elternfragebogen erfasst (Unfallort und Art der Verletzung). Alle Angaben durch die Eltern beruhen auf Freiwilligkeit.

Potsdamer Gesundheitsatlas
TEIL B Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

Tabelle 1: Datenübersicht aller Indikatoren aus Teil A

	2008		2009		2010		2011		2012	
	Anzahl	%								
Untersuchte Kinder	1 409	100,0	1 448	100,0	1 510	100,0	1 602	100,0	1 631	100,0
Jungen	741	52,6	755	52,1	812	53,8	842	52,6	864	53,0
Mädchen	668	47,4	693	47,9	698	46,2	760	47,4	767	47,0
Kinder mit Angaben zur Muttersprache	1 358	96,4	1 414	97,7	1 468	97,2	1 444	90,1	1 537	94,2
deutsch	1 290	95,0	1 334	94,3	1 368	93,2	1 376	95,3	1 426	92,8
nichtdeutsch	68	5,0	80	5,7	100	6,8	68	4,7	48	3,1
mehrsprachig									63	4,1
Kinder mit Angaben zum Kita-Besuch	1 369	97,2	1 428	98,6	1 472	97,5	1 552	96,9	1 542	94,5
unter 2 Jahre	22	1,6	17	1,2	28	1,9	29	1,9	30	1,9
2 Jahre	48	3,5	39	2,7	46	3,1	38	2,4	54	3,5
3 Jahre	276	20,2	316	22,1	211	14,3	182	11,7	221	14,3
4 Jahre	1 023	74,7	1 056	73,9	1 187	80,6	1 303	84,0	1 237	80,2
Kinder mit Angaben zum Sozialstatus	1 356	96,2	1 377	95,1	1 436	95,1	1 372	85,6	1 435	88,0
niedrig	117	8,6	130	9,4	111	7,7	87	6,3	87	6,1
mittel	534	39,4	494	35,9	519	36,1	429	31,3	439	30,6
hoch	705	52,0	753	54,7	806	56,1	856	62,4	909	63,3
vorzeitige Einschüler	63	4,5	51	3,5	59	3,9	54	3,4	38	2,3
Kinder mit Angaben zum Sozialstatus	59	93,7	50	98,0	59	100,0	44	81,5	30	78,9
niedrig	-	-	3	6,0	2	3,4	-	-	-	-
mittel	7	11,9	7	14,0	8	13,6	7	15,9	5	16,7
hoch	52	88,1	40	80,0	49	83,1	37	84,1	25	83,3
zurückgestellte Kinder	137	9,7	130	9,0	142	9,4	179	11,2	163	10,0
Kinder mit Angaben zum Sozialstatus	126	92,0	118	90,8	130	91,5	137	76,5	138	84,7
niedrig	21	16,7	26	22,0	20	15,4	19	13,9	17	12,3
mittel	64	50,8	52	44,1	60	46,2	55	40,1	51	37,0
hoch	41	32,5	40	33,9	50	38,5	63	46,0	70	50,7
Vorsorgeuntersuchungen										
Kinder mit Vorlage U-Heft	1 268	90,0	1 326	91,6	1 363	90,3	1 415	88,3	1 431	87,7
U1	1 226	96,7	1 306	98,5	1 342	98,5	1 387	98,0	1 406	98,3
U2	1 223	96,5	1 305	98,4	1 339	98,2	1 387	98,0	1 403	98,0
U3	1 219	96,1	1 297	97,8	1 338	98,2	1 397	98,7	1 398	97,7
U4	1 212	95,6	1 290	97,3	1 333	97,8	1 374	97,1	1 390	97,1
U5	1 207	95,2	1 282	96,7	1 324	97,1	1 366	96,5	1 385	96,8
U6	1 199	94,6	1 278	96,4	1 323	97,1	1 355	95,8	1 378	96,3
U7	1 157	91,2	1 239	93,4	1 267	93,0	1 300	91,9	1 356	94,8
U7a					37	2,7	120	8,5	863	60,3
U8	1 086	85,6	1 177	88,8	1 189	87,2	1 307	92,4	1 306	91,3
U9	1 000	78,9	1 135	85,6	1 210	88,8	1 262	89,2	1 196	83,6
U1 bis U6 vollständig	1 169	92,2	1 241	93,6	1 284	94,2	1 323	93,5	1 355	94,7
mit Angaben zum Sozialstatus	1 137	89,7	1 191	89,9	1 230	90,2	1 162	82,1	1 208	84,4
hoch	594	92,7	667	94,5	712	95,3	742	94,4	778	95,9
mittel	464	94,1	431	94,1	443	94,5	365	94,8	374	95,4
niedrig	79	83,2	93	86,1	75	86,2	55	82,1	56	88,9
U7 bis U9 vollständig	884	69,7	1 013	76,4	1 058	77,6	1 142	80,7	1 128	78,8
mit Angaben zum Sozialstatus	861	97,4	974	96,2	1 016	96,0	1 014	88,0	1 005	89,1
niedrig	47	49,5	67	62,0	51	58,6	41	61,2	46	73,0
mittel	362	73,4	363	79,3	372	79,3	312	81,0	307	78,3
hoch	452	70,5	544	77,1	593	79,4	661	84,1	652	80,4

(Berechnung an Kindern mit U-Heft in dem jeweiligen Sozialstatus)

Potsdamer Gesundheitsatlas
TEIL B Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

	2008		2009		2010		2011		2012		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Vorsorgeuntersuchungen und Impfstatus 2012											
	Impfstatus										
Impfungen	unvollständig										
	vollständig										
HiB	52	68,4	1 224	90,3							
Diphtherie	41	53,9	818	60,4							
Keuchhusten (Pertussius)	39	51,3	810	59,8							
Tetanus	39	51,3	825	60,9							
Kinderlähmung (Polio)	52	68,4	1 218	89,9							
Hep B	46	60,5	1 083	79,9							
Pneumokokken	34	44,7	975	72,0							
Masern, Mumps, Röteln (MMR)	51	67,1	1 176	86,8							
Windpocken (Varizellen)	45	59,2	1 047	77,3							
Meningokokken	51	67,1	1 111	82,0							
Kinder mit Impfausweis	1 272	90,3	1 310	90,5	1 343	88,9	1 426	89,0	1 445	88,6	
Impfquoten											
HiB	1 197	94,1	1 233	94,1	1 262	94,0	1 344	94,2	1 339	92,7	
Diphtherie	1 213	95,4	1 252	95,6	1 283	95,5	1 360	95,4	1 371	94,9	
Tetanus	1 215	95,5	1 255	95,8	1 289	96,0	1 367	95,9	1 380	95,5	
Keuchhusten (Pertussius)	1 211	95,2	1 252	95,6	1 283	95,5	1 355	95,0	1 366	94,5	
Kinderlähmung (Polio)	1 199	94,3	1 243	94,9	1 275	94,9	1 345	94,3	1 359	94,0	
Hep B	1 121	88,1	1 126	86,0	1 154	85,9	1 211	84,9	1 187	82,1	
Masern, Mumps, Röteln (MMR)	1 122	88,2	1 179	90,0	1 231	91,7	1 275	89,4	1 288	89,1	
Windpocken (Varizellen)	221	17,4	449	34,3	725	54,0	931	65,3	1 148	79,4	
Meningokokken	449	39,2	829	63,3	964	71,8	1 162	81,5	1 225	84,8	
Pneumokokken	77	6,1	151	11,5	232	17,3	782	54,8	1 061	73,4	
Impfquoten nach dem Sozialstatus											
2012	niedrig		mittel		hoch						
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%					
Kinder mit Impfausweis	65		398		816						
HiB	59	90,8	380	95,5	746	91,4					
Diphtherie	60	92,3	391	98,2	764	93,6					
Tetanus	60	92,3	391	98,2	773	94,7					
Keuchhusten (Pertussis)	60	92,3	389	97,7	761	93,3					
Kinderlähmung (Polio)	60	92,3	387	97,2	759	93,0					
Hep B	54	83,1	358	89,9	640	78,4					
Masern, Mumps, Röteln (MMR)	56	86,2	363	91,2	721	88,4					
Windpocken (Varizellen)	58	89,2	349	87,7	613	75,1					
Meningokokken	60	92,3	361	90,7	667	81,7					
Pneumokokken	46	70,8	310	77,9	587	71,9					
Befunde											
Kinder ohne med. relevanten Befunden	824	58,5	829	57,3	873	57,8	905	56,5	983	60,3	
Kinder mit med. relevanten Befunden	585	41,5	619	42,7	637	42,2	697	43,5	648	39,7	
Sprach-, Sprechstörungen	187	13,3	169	11,7	184	12,2	205	12,8	149	9,1	
Allergien	140	9,9	109	7,5	129	8,5	152	9,5	232	14,5	
emotionale soziale Störungen	65	4,6	79	5,5	77	5,1	117	7,3	167	10,2	
Enuresis (Einnässen)	37	2,6	53	3,7	59	3,9	67	4,2	68	4,2	
erhebliches Untergewicht	81	5,7	63	4,4	104	6,9	52	3,2	30	1,8	
Adipositas	23	1,6	26	1,8	16	1,1	40	2,5	28	1,7	
ADS/ADHS	42	3,0	38	2,6	30	2,0	30	1,9	19	1,2	

Potsdamer Gesundheitsatlas
TEIL B Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

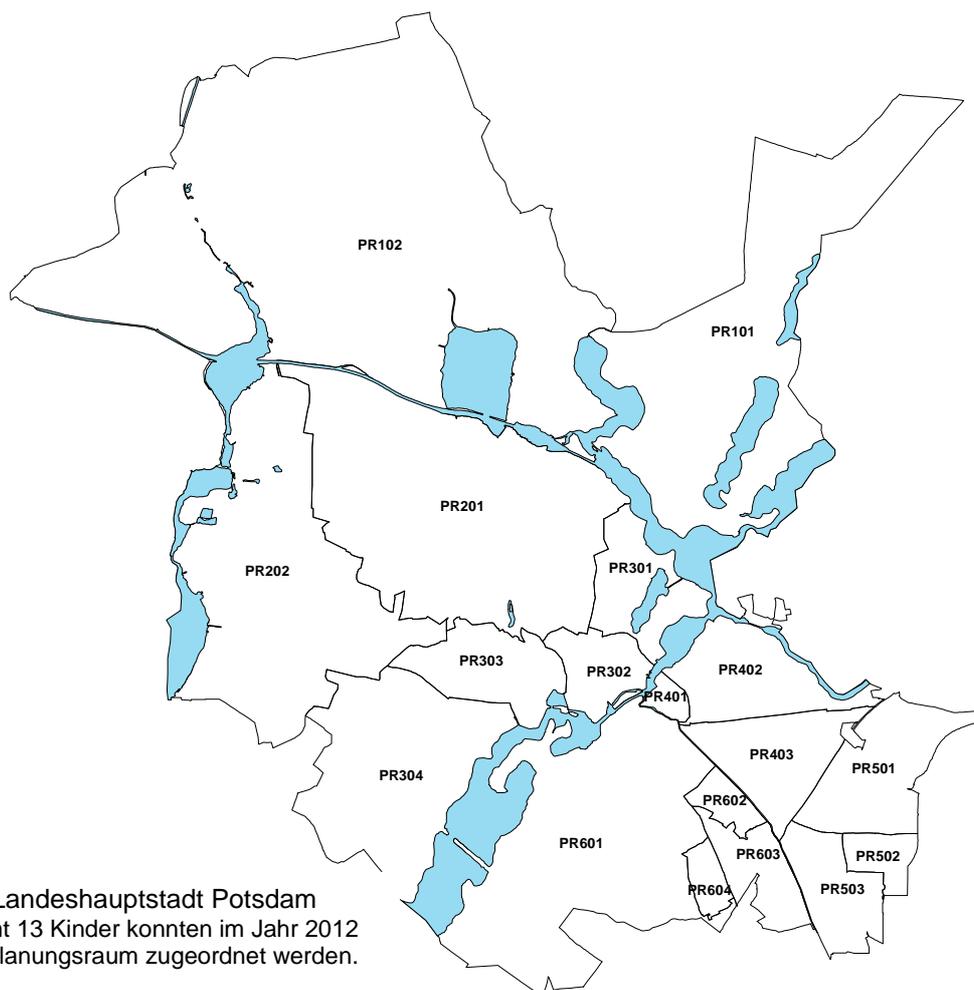
	2008		2009		2010		2011		2012	
	Anzahl	%								
Befunde Jungen										
Sprach-, Sprechstörungen	121	16,3	103	13,6	122	15,0	136	16,2	96	11,1
Allergien	78	5,5	60	4,1	65	4,3	76	4,7	138	8,5
emotionale soziale Störungen	50	6,7	52	6,9	53	6,5	85	10,1	112	13,0
Enuresis (Einnässen)	25	3,4	34	4,5	33	4,1	44	5,2	48	5,6
erhebliches Untergewicht	35	4,8	23	3,1	62	7,7	30	3,6	13	1,5
Adipositas	8	1,1	9	1,2	8	1,0	19	2,3	15	1,7
ADS/ADHS	35	4,7	30	4,0	18	2,2	26	3,1	17	2,0
Befunde Mädchen										
Sprach-, Sprechstörungen	66	9,9	66	9,5	62	8,9	69	9,1	53	6,9
Allergien	62	4,4	49	3,4	64	4,2	76	4,7	94	5,8
emotionale soziale Störungen	15	2,2	27	3,9	24	3,4	32	4,2	55	7,2
Enuresis (Einnässen)	12	1,8	19	2,7	26	3,7	23	3,0	20	2,6
erhebliches Untergewicht	46	6,9	40	5,8	42	6,0	22	2,9	17	2,2
Adipositas	15	2,3	17	2,5	8	1,1	21	2,8	13	1,7
ADS/ADHS	7	1,0	8	1,2	12	1,7	4	0,5	2	0,3
medizinisch relevante Befunde										
mit Angaben zum Sozialstatus	556		581		598		594		557	
niedrig	63	53,8	74	56,9	71	64,0	56	64,4	49	56,3
mittel	244	45,7	233	47,2	256	49,3	208	48,5	205	46,7
hoch	249	35,3	274	36,4	271	33,6	330	38,6	303	33,3
Befunde (2012)										
mit Angaben zum Sozialstatus	87		439		909					
Sprach-, Sprechstörungen	27	31,0	57	13,0	28	3,1				
Allergien	14	16,1	77	17,5	119	13,1				
emotionale soziale Störungen	23	26,4	50	11,4	65	7,2				
Enuresis (Einnässen)	6	6,9	15	3,4	34	3,7				
erhebliches Untergewicht	2	2,3	8	1,8	14	1,5				
Adipositas	6	6,9	14	3,2	5	0,6				
ADS/ADHS	0	0,0	6	1,4	10	1,1				
Förderung der Kinder										
Kinder mit Förderung					590	39,1	585	36,5	545	33,4
mit 1 Förderung					385	25,5	360	22,5	393	24,1
mit 2 Förderung					127	8,4	150	9,4	94	5,8
mit 3 Förderung					52	3,4	56	3,5	43	2,6
mit 4 und mehr Förderungen					26	1,7	19	1,2	15	0,9
Förderung der Kinder nach ausgewählten Behandlungen										
Sprachheilbehandlung (Logopädie)	247	17,5	221	15,3	239	15,8	260	16,2	223	13,7
Ergotherapie	131	9,3	170	11,7	140	9,3	114	7,1	103	6,3
heilpädagogische Frühförderung	73	5,2	85	5,9	93	6,2	97	6,1	89	5,5
übrige Förderung	320	22,7	373	25,8	435	28,8	440	27,5	377	23,1
Kinder mit Angaben zu Unfällen										
Kinder mit einem oder mehreren Unfällen	226	16,6	243	17,2	336	22,9	361	24,7	388	24,8
im häuslichen Bereich	153	11,3	124	8,8	140	9,5	135	9,2	160	10,2
in der Kita	68	5,0	57	4,0	118	8,0	110	7,5	114	7,3
im Straßenverkehr	16	1,2	9	0,6	10	0,7	17	1,2	14	0,9
an einem anderen Ort	.	.	61	4,3	96	6,5	109	7,5	105	6,7

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Teil B Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

Im **TEIL B** werden die 18 Potsdamer Planungsräume und 6 Sozialräume (vgl. Abbildung 24) miteinander verglichen, um stadträumliche Unterschiede sichtbar zu machen. Daraus lassen sich zukünftig lokale Handlungsempfehlungen für die präventive Schwerpunktarbeit vor Ort ableiten. Die Schwerpunkte der räumlichen Betrachtung liegen auf den Indikatoren Sozialstatus (vgl. Kapitel 8), Vorsorgeuntersuchungen, Masern sowie Tetanus Impfung, Allergien, Sprach- und Sprechstörungen, emotionalen und sozialen Störungen (vgl. Kapitel 9) sowie Fördermaßnahmen (vgl. Kapitel 10).

Abbildung 24: Planungsräume der Landeshauptstadt Potsdam



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam
Insgesamt 13 Kinder konnten im Jahr 2012
keinem Planungsraum zugeordnet werden.

Sozialraum 1	Nördliche Ortsteile, Sacrow	Sozialraum 4	Babelsberg, Zentrum Ost
PR 101	Groß Glienicke, Krampnitz, Sacrow	PR 401	Zentrum Ost
PR 102	Neu Fahrland, Fahrland, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren	PR 402	Babelsberg Nord, Klein Glienicke
Sozialraum 2	Potsdam Nord	PR 403	Babelsberg Süd
PR 201	Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen	Sozialraum 5	Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld
PR 202	Eiche, Grube, Golm	PR 501	Stern
Sozialraum 3	Potsdam West, Innenstadt, Nördliche Vorstädte	PR 502	Drewitz
PR 301	Nauener und Berliner Vorstadt	PR 503	Alt Drewitz, Kirchsteigfeld
PR 302	Innenstadt, Am Weinberg	Sozialraum 6	Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd
PR 303	Brandenburger Vorstadt	PR 601	Hauptbahnhof, Brauhausberg, Templiner und Teltower Vorstadt
PR 304	Potsdam West	PR 602	Schlaatz
		PR 603	Waldstadt I, Industriegelände
		PR 604	Waldstadt II

8 Sozialstruktur nach Planungs- und Sozialräumen

Wie in Kapitel 2 beschrieben, ist vor dem Bildungshintergrund und dem Erwerbsstand der Eltern eine Aufteilung der Familien in die drei Sozialstatusgruppen niedrig, mittel und hoch möglich.

Vor diesem Hintergrund existiert in der Landeshauptstadt Potsdam ein deutliches Gefälle (vgl. Tabelle 2). So gehört im Schlaatz (PR 602) jedes dritte Kind (35,0 %) zur niedrigen Sozialstatusgruppe. Auch in der Waldstadt II (PR 604) und in Drewitz (PR 502) leben 23,3 % bzw. 20,0 % der einzuschulenden Kinder in Familien mit niedrigen Bildungsabschlüssen, die zumeist von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Gegensatz dazu sind im Sozialraum 4 (Babelsberg, Zentrum Ost) überproportional viele Kinder aus Familien mit einem hohen Sozialstatus zu Hause.

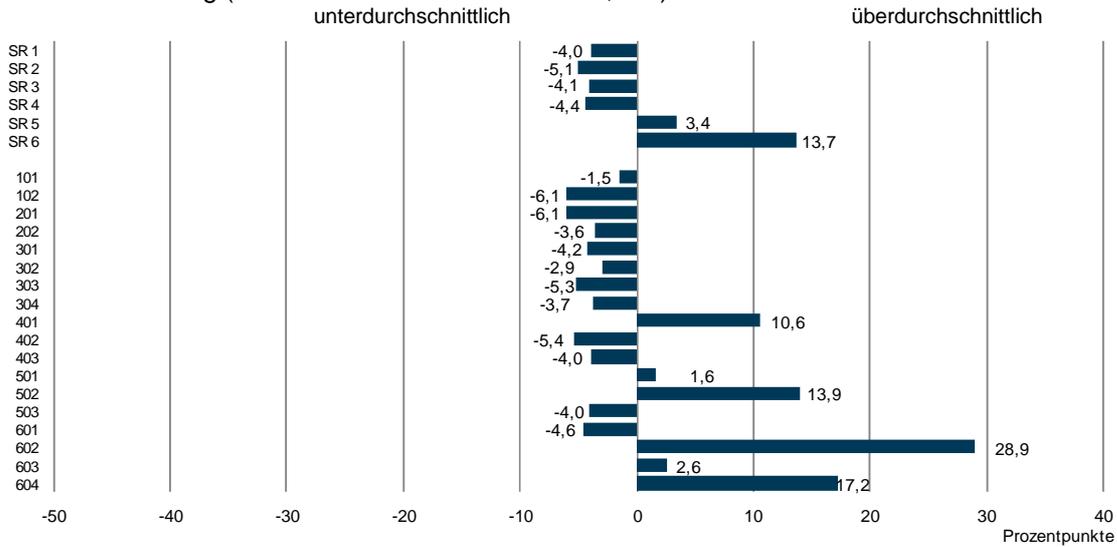
Tabelle 2: Sozialstatus der Eltern nach Planungs- und Sozialräumen 2012

Sozialraum Planungsraum	untersuchte Kinder		Kinder mit Sozialstatus				Abweichung zu Potsdam		
			insgesamt	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
	Anzahl		%				Prozentpunkte		
Potsdam	1 631	100,0	88,0	6,1	30,6	63,3			
SR 1	148	9,1	95,9	2,1	32,4	65,5	-4,0	1,8	2,1
PR 101	67	4,1	98,5	4,5	25,8	69,7	-1,5	-4,8	6,4
PR 102	81	5,0	93,8	0,0	38,2	61,8	-6,1	7,6	-1,5
SR 2	236	14,5	91,5	0,9	23,6	75,5	-5,1	-7,0	12,1
PR 201	145	8,9	93,1	0,0	22,2	77,8	-6,1	-8,4	14,4
PR 202	91	5,6	89,0	2,5	25,9	71,6	-3,6	-4,7	8,3
SR 3	412	25,3	86,7	2,0	20,4	77,6	-4,1	-10,1	14,2
PR 301	75	4,6	73,3	1,8	5,5	92,7	-4,2	-25,1	29,4
PR 302	136	8,3	93,4	3,1	17,3	79,5	-2,9	-13,3	16,2
PR 303	152	9,3	86,8	0,8	23,5	75,8	-5,3	-7,1	12,4
PR 304	49	3,0	87,8	2,3	39,5	58,1	-3,7	8,9	-5,2
Sr 4	271	16,6	90,0	1,6	14,8	83,6	-4,4	-15,8	20,3
PR 401	10	0,6	60,0	16,7	0,0	83,3	10,6	-30,6	20,0
PR 402	157	9,6	91,1	0,7	12,6	86,7	-5,4	-18,0	23,4
PR 403	104	6,4	91,3	2,1	18,9	78,9	-4,0	-11,6	15,6
SR 5	262	16,1	84,4	9,5	55,7	34,8	3,4	25,1	-28,5
PR 501	136	8,3	86,0	7,7	58,1	34,2	1,6	27,5	-29,2
PR 502	69	4,2	79,7	20,0	61,8	18,2	13,9	31,2	-45,2
PR 503	57	3,5	86,0	2,0	42,9	55,1	-4,0	12,3	-8,2
SR 6	289	17,7	84,1	19,8	43,6	36,6	13,7	13,0	-26,7
PR 601	85	5,2	78,8	1,5	35,8	62,7	-4,6	5,2	-0,7
PR 602	99	6,1	80,8	35,0	40,0	25,0	28,9	9,4	-38,3
PR 603	26	1,6	88,5	8,7	65,2	26,1	2,6	34,6	-37,3
PR 604	79	4,8	92,4	23,3	47,9	28,8	17,2	17,4	-34,6

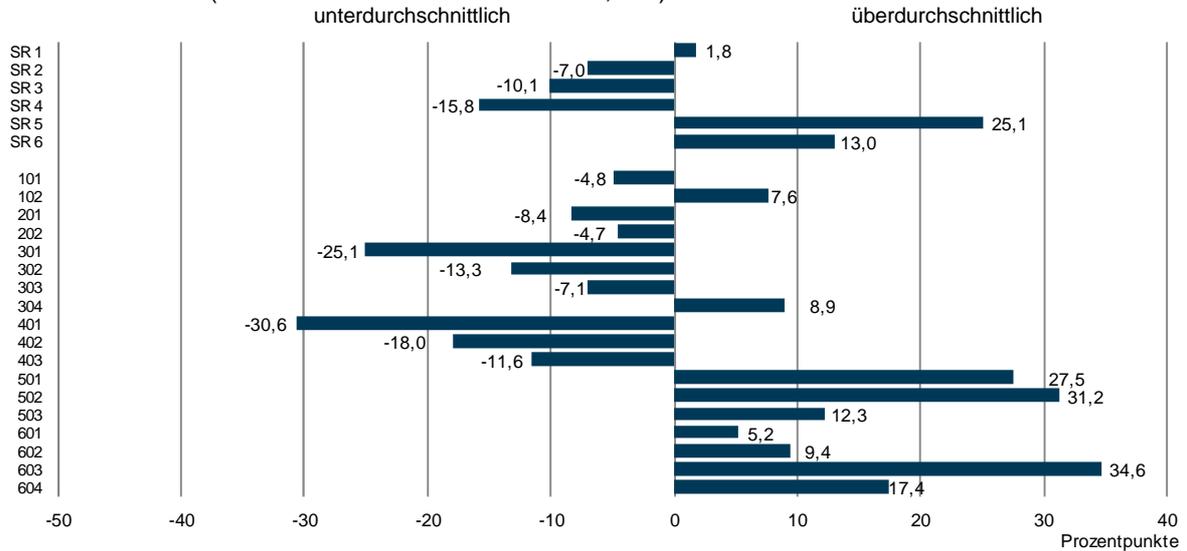
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Abbildung 25: Kinder nach dem Sozialstatus der Eltern - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012

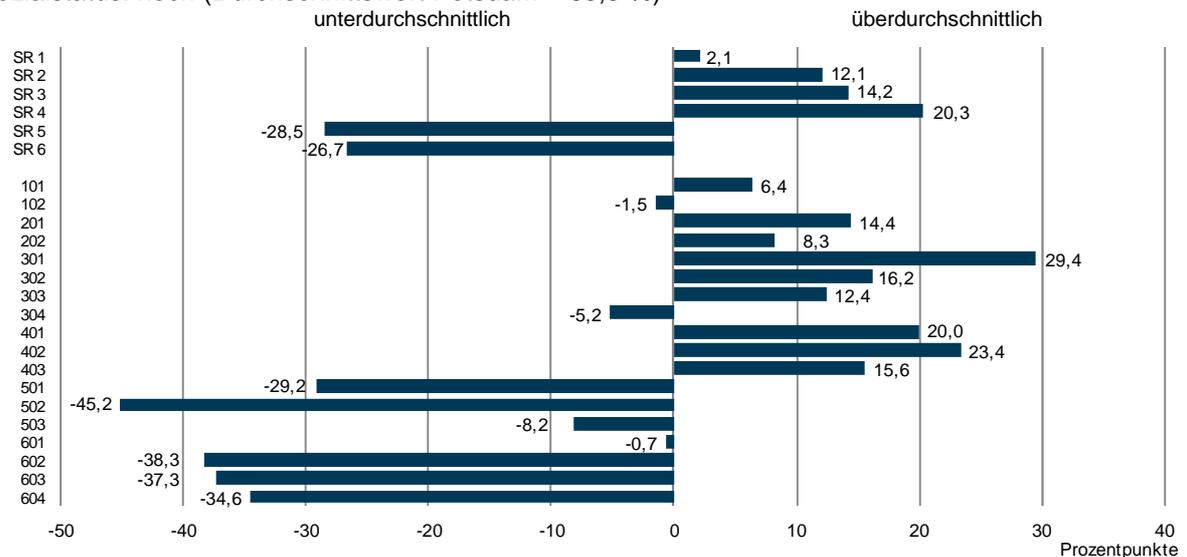
Sozialstatus: niedrig (Durchschnittswert Potsdam = 6,1 %)



Sozialstatus: mittel (Durchschnittswert Potsdam = 30,6 %)



Sozialstatus: hoch (Durchschnittswert Potsdam = 63,3 %)



Quelle Landeshauptstadt Potsdam

9 Vorsorge, Impfungen und Befunde nach Sozial- und Planungsräumen

FRÜHERKENNUNG UND VORSORGE

Alle Kinder aus der Waldstadt I, Industriegelände (PR 603) und dem Zentrum Ost (PR 401) konnten ein vollständiges U1 bis U6 Vorsorgeheft vorlegen (vgl. Tabelle 3, S. 36). Mit 98,4 % folgt dicht dahinter der Planungsraum Innenstadt, Am Weinberg (PR 302). Die niedrigste Vorsorgequote haben mit 89,4 % Kinder aus der Waldstadt II (PR 604).

IMPFUNGEN

Auch der Impfstatus variiert in Abhängigkeit von der Impfung und zwischen den Planungs- und Sozialräumen erheblich (vgl. Tabelle 3, S. 36).

Im Hinblick auf die Sozialräume haben Kinder aus dem Stern, aus Drewitz, aus Alt Drewitz und dem Kirchsteigfeld (SR 5) mit 93,7 % die besten Masern Impfquoten. In der Brandenburger Vorstadt (PR 303) hingegen weichen die Impfraten vom Durchschnittwert der Landeshauptstadt (89,1 %) um fast 10 % ab. Sie sind mit 79,9 % die niedrigsten.

Für die Tetanus Impfung zeichnet sich folgendes Bild ab. Gleich vier Planungsräume haben 100 % Durchimpfungsraten. Dazu gehören Groß Glienicke, Kramnitz, Sacrow (PR 101), Zentrum Ost (PR 401), Waldstadt I, Industriegelände (PR 603) sowie die Waldstadt II (PR 604). Am stärksten vom Durchschnittwert der Landeshauptstadt (95,5 %) weichen mit 90,0 % der Schlaatz (PR 602), mit 91,4 % die Nauener und Berliner Vorstadt (PR 301) und mit 91,8 % die Brandenburger Vorstadt (PR 303) ab.

Hinsichtlich der Impfquoten zeigen die Ergebnisse sehr deutlich, dass auch innerhalb eines Sozialraumes die Quoten wie eine Schere auseinander gehen können. So liegen zwischen dem Schlaatz (PR 602) und der Waldstadt II (PR 604) 10 Prozentpunkte.

BEFUNDE

Den höchsten Anteil allergischer Kinder gibt es mit 28,1 %, das entspricht nahezu dem doppelten Wert verglichen mit der Landeshauptstadt (14,2 %) in Alt Drewitz, Kirchsteigfeld (PR 503), mit 22,8 % in der Waldstadt II (PR 604) und mit 22,2 % in Neu Fahrland, Fahrland, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren (PR 102) (vgl. Tabelle 4, S. 38).

Bei den Sprach- und Sprechstörungen sind es vor allem Kinder aus dem Schlaatz (PR 602) und aus Drewitz (PR 502) die bedeutsam häufig mit sprachlichen Defiziten befundet wurden. Mit 29,0 % bzw. 30,3 % unterliegen sie einem dreifach erhöhten Risiko, Sprachdefizite auszubilden (vgl. Tabelle 4, S. 38).

In beiden Planungsräumen gehören auch die Anteile von Kindern mit emotionalen und sozialen Störungen zu den höchsten der Stadt. So sind im Schlaatz (PR 602) 27,2 % und in Drewitz (PR 502) 17,4 % aller einzuschulenden Kinder verhaltensauffällig. Darüber hinaus sind in Groß Glienicke, Kramnitz, Sacrow (PR 101) 19,4 % aller Schulanfängerinnen und Schulanfänger mit emotionalen und sozialen Störungen befundet (vgl. Tabelle 4, S. 38).

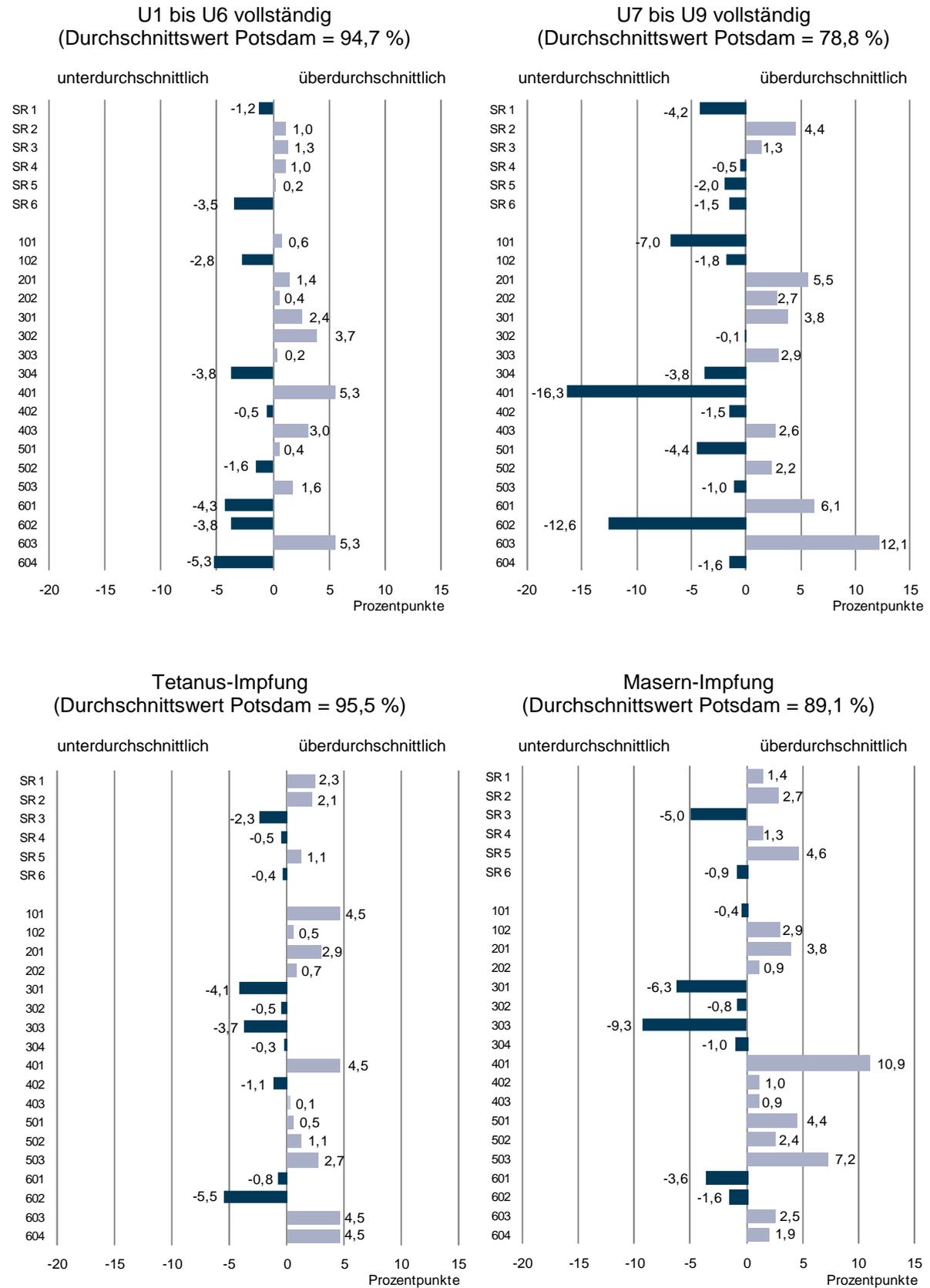
Potsdamer Gesundheitsatlas
TEIL B: Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

Tabelle 3: Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen nach Sozial- und Planungsräumen 2012

Sozialraum Planungs- raum	Vorsorgeuntersuchungen				Impfungen		Abweichung zu Potsdam			
	U1 bis U6		U7 bis U9		Tetanus	Masern	U1 bis U6	U7 bis U9	Tetanus	Masern
	Anzahl	%	Anzahl	%		Prozentpunkte				
Potsdam	1 355	94,7	1 128	78,8	95,5	89,1				
SR 1	129	93,5	103	74,6	97,8	90,5	-1,2	-4,2	2,3	1,4
PR 101	61	95,3	46	71,9	100,0	88,7	0,6	-7,0	4,5	-0,4
PR 102	68	91,9	57	77,0	96,0	92,0	-2,8	-1,8	0,5	2,9
SR 2	200	95,7	174	83,3	97,6	91,8	1,0	4,4	2,1	2,7
PR 201	123	96,1	108	84,4	98,4	92,9	1,4	5,5	2,9	3,8
PR 202	77	95,1	66	81,5	96,3	90,0	0,4	2,7	0,7	0,9
SR 3	357	96,0	298	80,1	93,2	84,2	1,3	1,3	-2,3	-4,9
PR 301	67	97,1	57	82,6	91,4	82,9	2,4	3,8	-4,1	-6,2
PR 302	120	98,4	96	78,7	95,0	88,3	3,7	-0,1	-0,5	-0,8
PR 303	130	94,9	112	81,8	91,8	79,9	0,2	2,9	-3,7	-9,2
PR 304	40	90,9	33	75,0	95,2	88,1	-3,8	-3,8	-0,3	-1,0
Sr 4	221	95,7	181	78,4	95,0	90,4	1,0	-0,5	-0,5	1,3
PR 401	8	100,0	5	62,5	100,0	100,0	5,3	-16,3	4,5	10,9
PR 402	129	94,2	106	77,4	94,4	90,1	-0,5	-1,5	-1,1	1,0
PR 403	84	97,7	70	81,4	95,6	90,0	3,0	2,6	0,1	0,9
SR 5	221	94,8	179	76,8	96,6	93,7	0,2	-2,0	1,1	4,6
PR 501	115	95,0	90	74,4	96,0	93,5	0,4	-4,4	0,5	4,4
PR 502	54	93,1	47	81,0	96,6	91,5	-1,6	2,2	1,1	2,4
PR 503	52	96,3	42	77,8	98,2	96,4	1,6	-1,0	2,7	7,3
SR 6	217	91,2	184	77,3	95,1	88,3	-3,5	-1,5	-0,4	-0,8
PR 601	66	90,4	62	84,9	94,7	85,5	-4,3	6,1	-0,8	-3,6
PR 602	70	90,9	51	66,2	90,0	87,5	-3,8	-12,6	-5,5	-1,6
PR 603	22	100,0	20	90,9	100,0	91,7	5,3	12,1	4,5	2,6
PR 604	59	89,4	51	77,3	100,0	91,0	-5,3	-1,6	4,5	1,9

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Abbildung 26: Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Potsdamer Gesundheitsatlas
TEIL B: Sozial- und Planungsräume 2012 im Vergleich

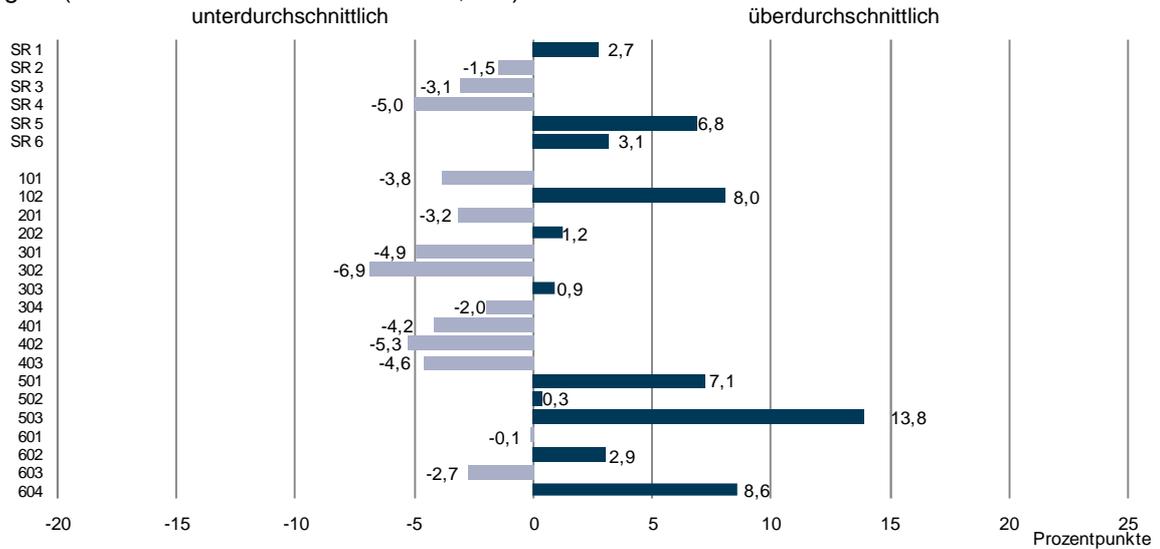
Tabelle 4: Häufigste Befunde nach Sozial- und Planungsräumen 2012

Sozialraum Planungs- raum	Kinder mit Befunden		Befunde			Abweichung zu Potsdam		
			Allergien	emotionale Störung	Sprach- und Sprechstörung	Allergien	emotionale Störung	Sprach- und Sprechstörung
	Anzahl	%	%					
Potsdam	639	39,7	14,5	10,2	9,1			
SR 1	69	57,4	16,9	17,6	8,8	2,4	7,3	-0,4
PR 101	29	49,3	10,4	19,4	7,5	-4,1	9,2	7,5
PR 102	40	64,2	22,2	16,0	9,9	7,7	5,8	1,1
SR 2	76	44,5	12,7	6,4	5,9	-1,8	-3,9	-3,9
PR 201	46	44,1	11,0	5,5	5,5	-3,5	-4,7	5,5
PR 202	30	45,1	15,4	7,7	6,6	0,9	-2,5	0,7
SR 3	132	45,1	11,2	7,5	4,9	-3,3	-2,7	-1,7
PR 301	24	41,3	9,3	2,7	4,0	-5,2	-7,6	4,0
PR 302	41	44,9	7,4	5,9	5,9	-7,1	-4,4	1,0
PR 303	53	47,4	15,1	12,5	5,3	0,6	2,3	1,3
PR 304	14	44,9	12,2	4,1	2,0	-2,3	-6,2	-3,8
SR 4	88	43,5	9,2	6,3	3,3	-5,3	-4,0	1,3
PR 401	3	40,0	10,0	10,0	0,0	-4,5	-0,2	0,0
PR 402	58	45,9	8,9	7,6	3,8	-5,6	-2,6	0,5
PR 403	27	40,4	9,6	3,8	2,9	-4,9	-6,4	2,9
SR 5	134	62,2	21,0	12,6	15,3	6,5	2,4	12,4
PR 501	61	58,8	21,3	12,5	11,0	6,8	2,3	11,0
PR 502	43	68,1	14,5	17,4	29,0	0,0	7,2	13,7
PR 503	30	63,2	28,1	7,0	8,8	13,6	-3,2	-2,3
SR 6	135	59,2	17,3	15,2	17,3	2,8	5,0	8,5
PR 601	26	48,2	14,1	8,2	7,1	-0,4	-2,0	7,1
PR 602	61	69,7	17,2	27,3	30,3	2,7	17,1	13,0
PR 603	12	57,7	11,5	0,0	7,7	-3,0	-10,2	0,6
PR 604	36	58,2	22,8	12,7	15,2	8,3	2,4	-15,1

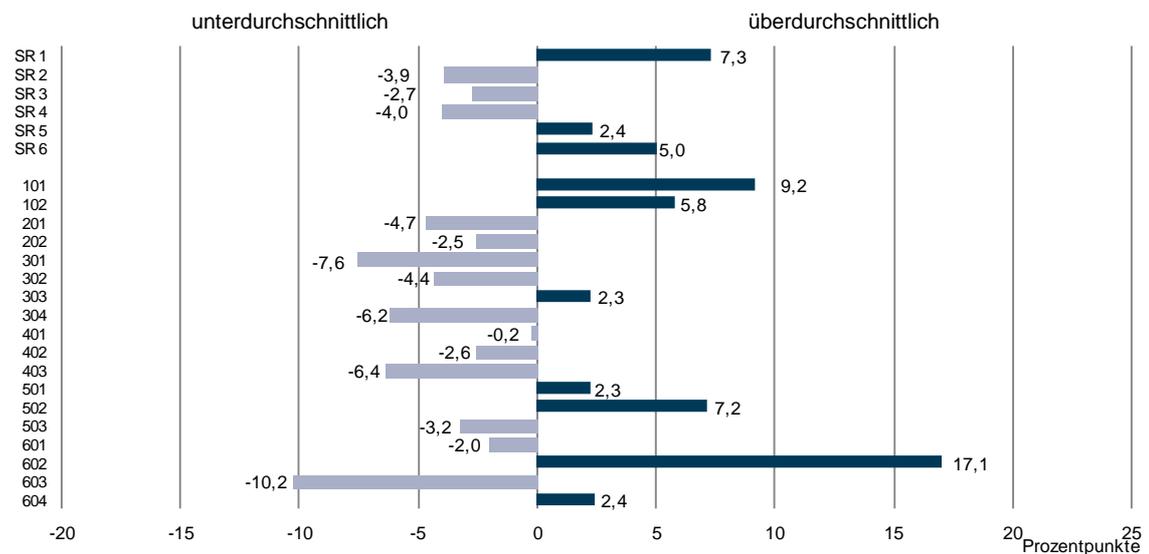
Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Abbildung 27: Häufigste Befunde - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012

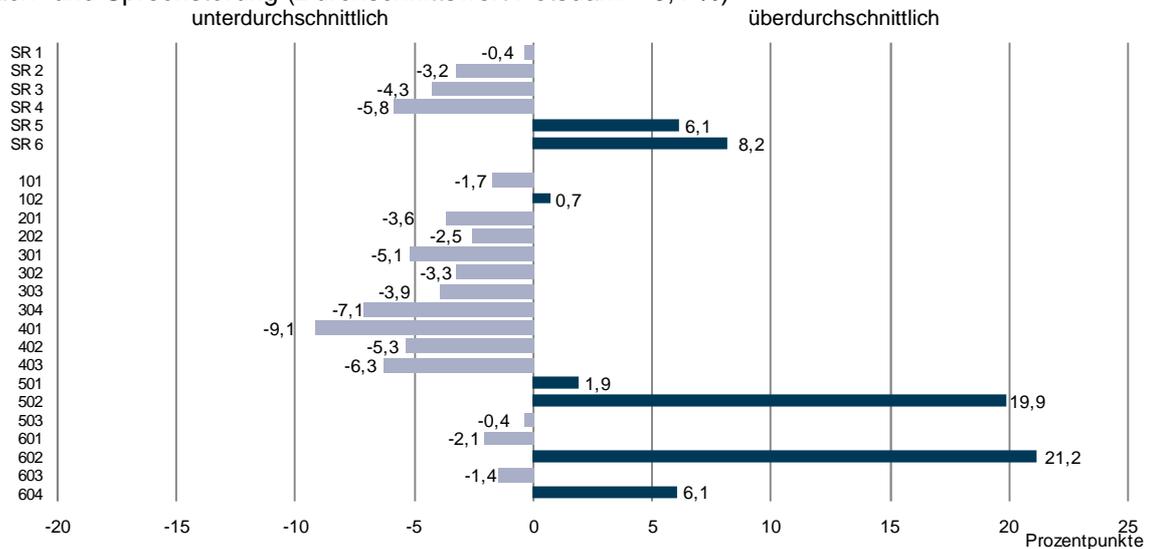
Allergien (Durchschnittswert Potsdam = 14,5 %)



Emotionale soziale Störung (Durchschnittswert Potsdam = 10,2 %)



Sprach- und Sprechstörung (Durchschnittswert Potsdam = 9,1 %)



Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

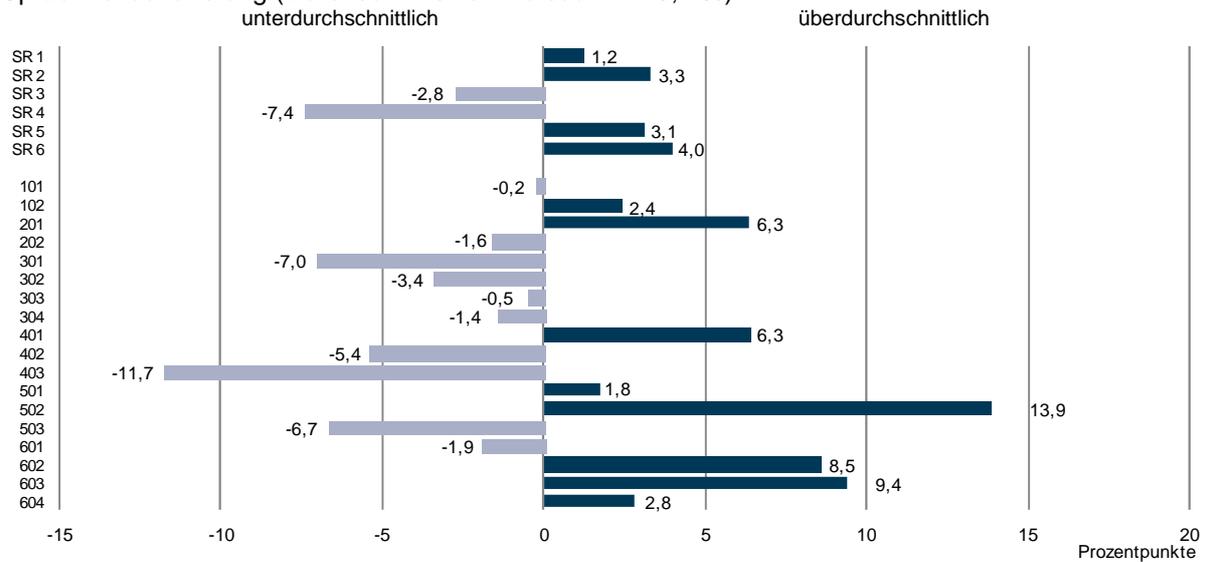
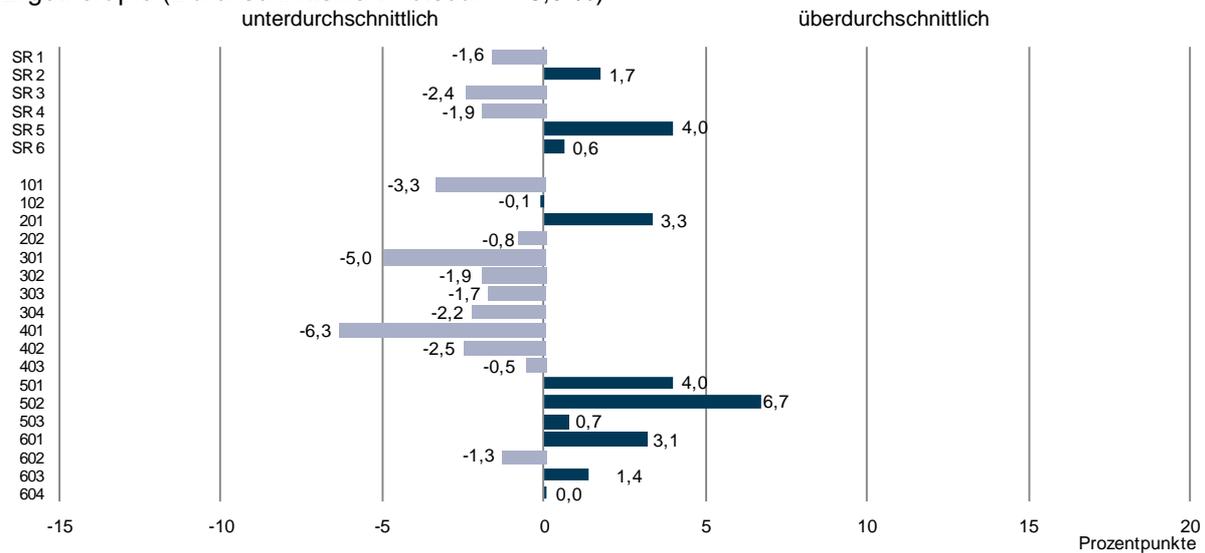
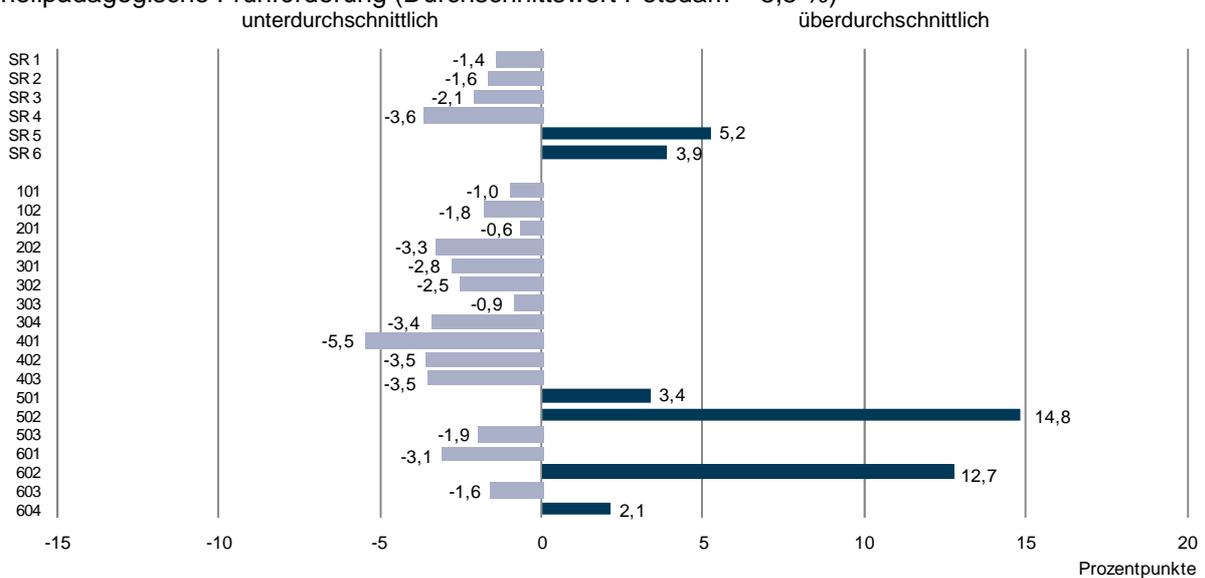
10 Ausgewählte Förderungen nach Sozial- und Planungsräumen

Die Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen hängt vom kindlichen Entwicklungsstand ab. Der Anteil der bereits vor Schulantritt geförderten Kinder ist mit 53,8 % in der Waldstadt I, Industriegelände (PR 603) und mit 52,2 % in Drewitz (PR 502) am größten. Die Schulanfängerinnen und Schulanfänger aus Drewitz erhalten zu 27,5 % Sprachheilbehandlung, zu 20,3 % heilpädagogische Frühförderung und zu 13,0 % Ergotherapie (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Ausgewählte Förderungen nach Sozial- und Planungsräumen 2012

Sozialraum Planungs- raum	Kinder mit Förderung		Förderungen			Abweichung zu Potsdam		
			Sprachheil- behandlung	Ergo- therapie	heilpäd. Frühförderung	Sprachheil- behandlung	Ergo- therapie	heilpäd. Frühförderung
	Anzahl	%						
Potsdam	545	33,4	13,7	6,3	5,5			
SR 1	47	31,8	14,9	4,7	4,1	1,2	-1,6	-1,4
PR 101	18	26,9	13,4	3,0	4,5	-0,2	-3,3	-1,0
PR 102	29	35,8	16,0	6,2	3,7	2,4	-0,1	-1,8
SR 2	78	33,1	16,9	8,1	3,8	3,3	1,7	-1,6
PR 201	52	35,9	20,0	9,7	4,8	6,3	3,3	-0,6
PR 202	26	28,6	12,1	5,5	2,2	-1,6	-0,8	-3,3
SR 3	111	26,9	10,9	3,9	3,4	-2,8	-2,4	-2,1
PR 301	10	13,3	6,7	1,3	2,7	-7,0	-5,0	-2,8
PR 302	36	26,5	10,3	4,4	2,9	-3,4	-1,9	-2,5
PR 303	50	32,9	13,2	4,6	4,6	-0,5	-1,7	-0,9
PR 304	15	30,6	12,2	4,1	2,0	-1,4	-2,2	-3,4
Sr 4	54	19,9	6,3	4,4	1,8	-7,4	-1,9	-3,6
PR 401	3	30,0	20,0	0,0	0,0	6,3	-6,3	-5,5
PR 402	35	22,3	8,3	3,8	1,9	-5,4	-2,5	-3,5
PR 403	16	15,4	1,9	5,8	1,9	-11,7	-0,5	-3,5
SR 5	119	45,4	16,8	10,3	10,7	3,1	4,0	5,2
PR 501	66	48,5	15,4	10,3	8,8	1,8	4,0	3,4
PR 502	36	52,2	27,5	13,0	20,3	13,9	6,7	14,8
PR 503	17	29,8	7,0	7,0	3,5	-6,7	0,7	-1,9
SR 6	130	45,0	17,6	6,9	9,3	4,0	0,6	3,9
PR 601	34	40,0	11,8	9,4	2,4	-1,9	3,1	-3,1
PR 602	47	47,5	22,2	5,1	18,2	8,5	-1,3	12,7
PR 603	14	53,8	23,1	7,7	3,8	9,4	1,4	-1,6
PR 604	35	44,3	16,5	6,3	7,6	2,8	0,0	2,1

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

Abbildung 28: Förderungen - Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012
Sprachheilbehandlung (Durchschnittswert Potsdam = 13,7 %)**Ergotherapie (Durchschnittswert Potsdam = 6,3 %)****heilpädagogische Frühförderung (Durchschnittswert Potsdam = 5,5 %)**

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam

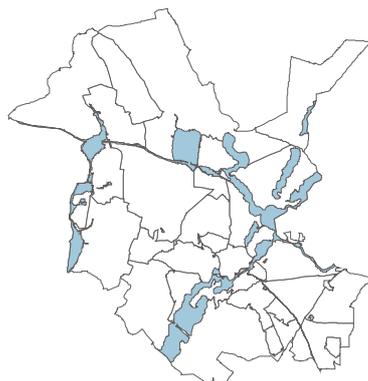
Teil C Zusammenfassung der Ergebnisse

- ✓ Seit 2008 steigt die Zahl der einzuschulenden Kinder; die der vorzeitigen Einschulungen sinkt.
- ✓ Gesamtstädtisch sind zwischen 2008 und 2012 der niedrige und mittlere Sozialstatus der Eltern zugunsten des hohen Sozialstatus gesunken.
- ✓ Die Teilnahmequoten an den Früherkennungsuntersuchungen sinken mit zunehmendem Alter der Kinder; erstmalig im Rahmen der U7 unter das Gesundheitsziel von 95 %. Ein vollständiges U1 bis U6 Vorsorgeheft liegt mit 89,4 % am seltensten bei Kindern aus der Waldstadt II (PR 604) vor.
- ✓ Kinder aus Familien mit niedrigem Sozialstatus nehmen 2012 die Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U7 deutlich weniger in Anspruch als Kinder aus Familien mit mittlerem und hohem Sozialstatus.
- ✓ Das Ziel der WHO, mindestens 95 % der Bevölkerung gegen Masern, Mumps, Röteln (MMR) zu immunisieren, konnte bislang nicht erfüllt werden. Mit 79,9 % haben Kinder in der Brandenburger Vorstadt (PR 303) die niedrigste Durchimpfungsrate.
- ✓ Bei den Schulanfängerinnen und Schulanfängern gehören Allergien (14,2 %), emotionale und soziale Störungen (10,2 %) sowie Sprach- und Sprechstörungen (9,1 %) zu den häufigsten Diagnosen.
- ✓ Jungen sind von nahezu allen medizinischen Befunden (Sprach- und Sprechstörungen, emotionale soziale Störungen, Allergien, Einnässen, Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörungen) teilweise erheblich stärker betroffen.
- ✓ Kinder aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus sind höheren Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Diese können punktuell in entsprechenden Planungsräumen nachgewiesen werden. So unterliegen Kinder aus dem Schlaatz (PR 602) und aus Drewitz (PR 502) mit 29,0 % bzw. 30,3 % einem dreifach erhöhten Risiko, Sprachdefizite auszubilden.
- ✓ Mit Ausnahme von Allergien und Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörungen haben Kinder mit einem hohem Sozialstatus die geringsten Befundraten.
- ✓ Seit 2008 ist der Anteil verunfallter Kinder stark gestiegen. Derzeit erleidet jedes 4. Kind bis zur Einschulung mindestens einen Unfall, der einer ärztlichen Behandlung bedarf.
- ✓ Ausblick: Angebote der Gesundheitsförderung sind den jeweiligen stadträumlichen Besonderheiten anzupassen. Sie müssen die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen berücksichtigen sowie den Zugang zu Kindern aus sozial benachteiligten Familien sicherstellen.

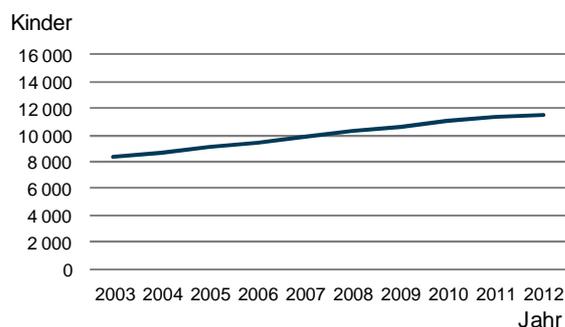
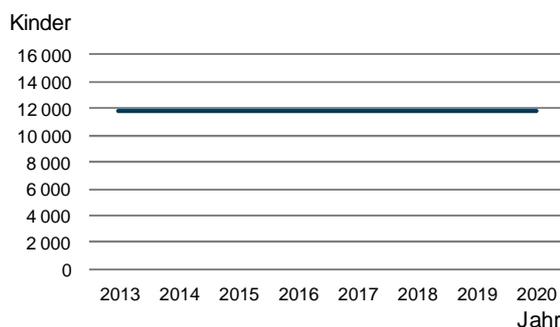
ANHANG: PLANUNGSRÄUME IM BLICK

Landeshauptstadt Potsdam

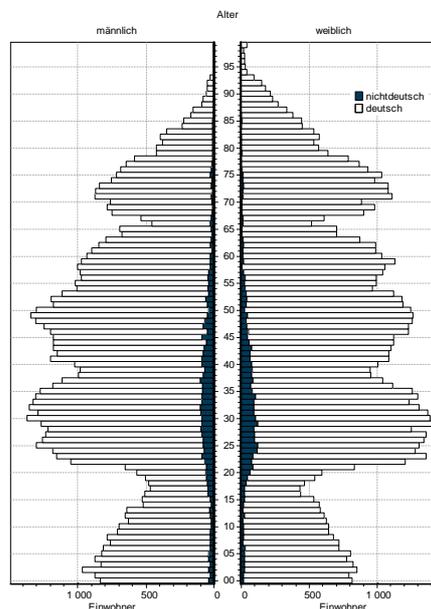
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	159 067
Durchschnittsalter	42,4
untersuchte Kinder	1 631



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003

Kinder 0 bis unter 7 Jahren
Prognose bis 2020¹**Ausgewählte Indikatoren**

	2012
Sozialstatus niedrig	6,1
Sozialstatus mittel	30,6
Sozialstatus hoch	63,3
U1 bis U6 vollständig	94,7
U7 bis U9 vollständig	78,8
Impfung Tetanus	95,5
Impfung Masern	89,1
Allergien	14,2
emotionale soziale Störungen	10,2
Sprach- und Sprechstörungen	9,1
Kinder mit Förderung	33,4
Sprachheilbehandlung	13,7
Ergotherapie	6,3
heilpädagogische Frühförderung	5,5

¹ Basisjahr für die Berechnung = 2011**Erläuterungen zu den Datenangaben**

Sozialstatus (niedrig, mittel, hoch),

U1 bis U6 vollständig, U7 bis U9 vollständig

Impfung (Tetanus, Masern) Allergien, emotionale und soziale Störungen, Sprach- und Sprechstörungen

Kinder mit Förderung, Sprachheilbehandlung, Ergotherapie, heilpädagogische Förderung

je 100 untersuchte Kinder

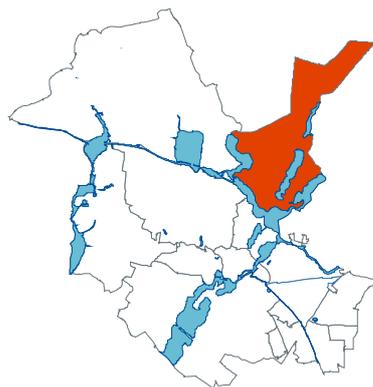
je 100 untersuchte Kinder

je 100 untersuchte Kinder

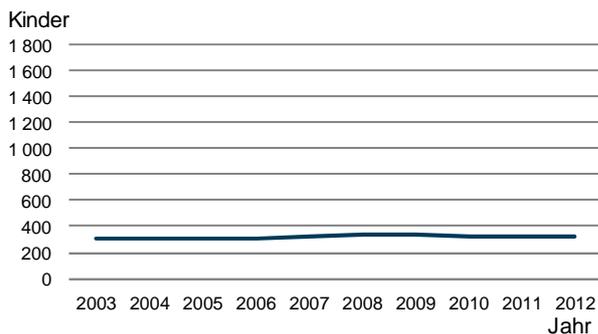
je 100 untersuchte Kinder

Planungsraum 101
Groß Glienicke, Kramnitz, Sacrow

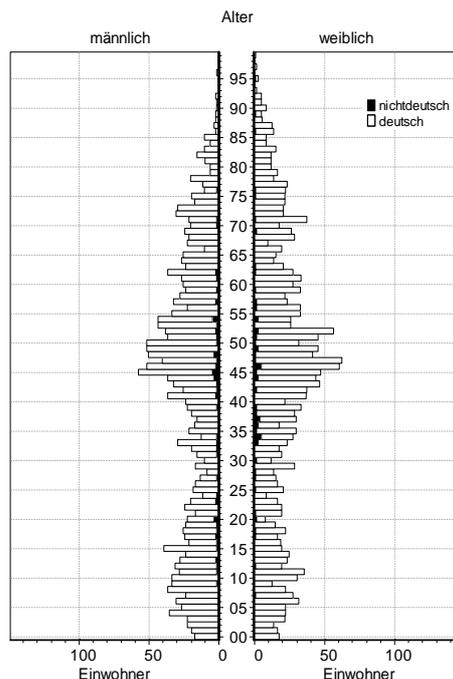
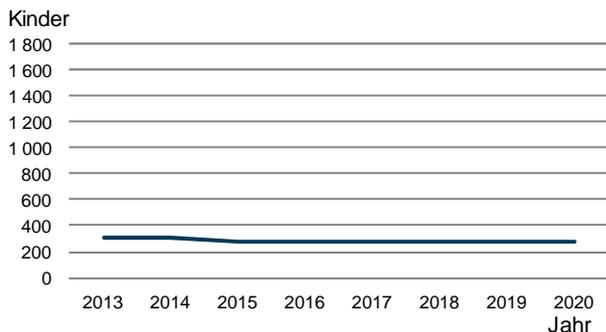
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	4 339
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	2,7
Durchschnittsalter	42,5
untersuchte Kinder	67
Anteil an allen untersuchten Kindern	4,1



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



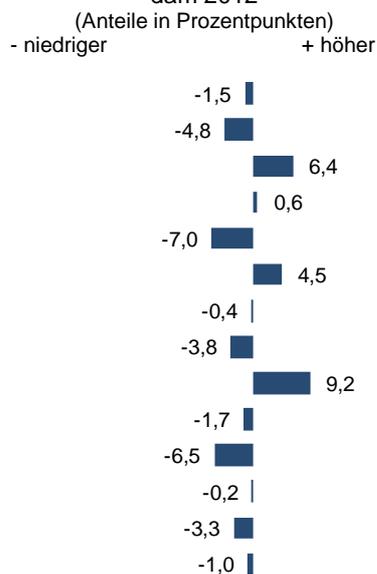
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

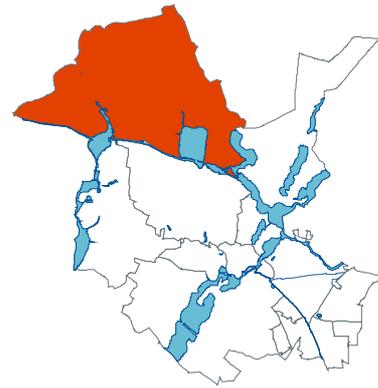
	2012
Sozialstatus niedrig	4,5
Sozialstatus mittel	25,8
Sozialstatus hoch	69,7
U1 bis U6 vollständig	95,3
U7 bis U9 vollständig	71,9
Impfung Tetanus	100,0
Impfung Masern	88,7
Allergien	10,4
emotionale soziale Störungen	19,4
Sprach- und Sprechstörungen	7,5
Kinder mit Förderung	26,9
Sprachheilbehandlung	13,4
Ergotherapie	3,0
heilpädagogische Frühförderung	4,5

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt Potsdam 2012



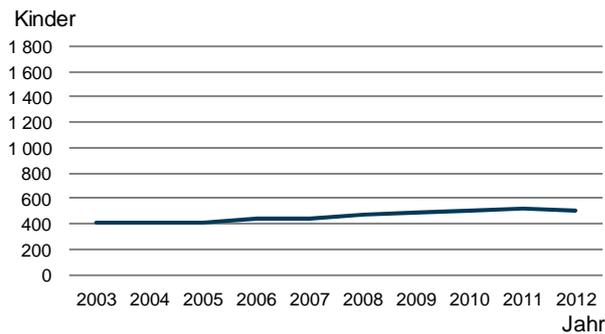
Planungsraum 102

Neu Fahrland, Fahrland, Kartzow, Satzkorn, Marquardt, Uetz

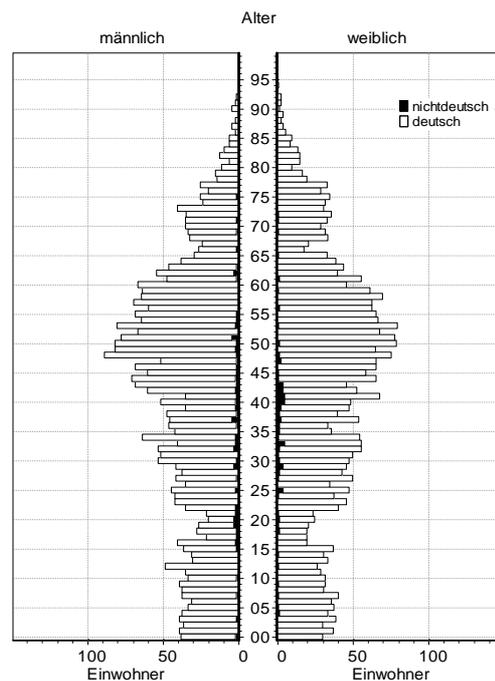
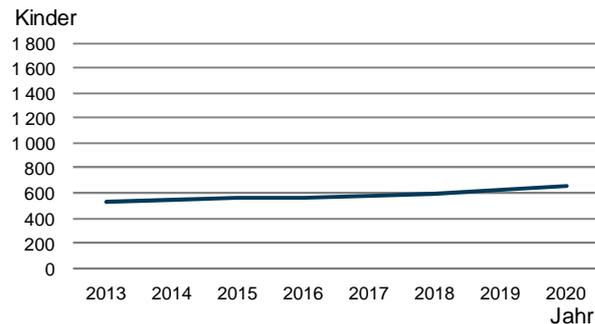


	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	7 134
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	4,5
Durchschnittsalter	41,8
untersuchte Kinder	81
Anteil an allen untersuchten Kindern	5,0

Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



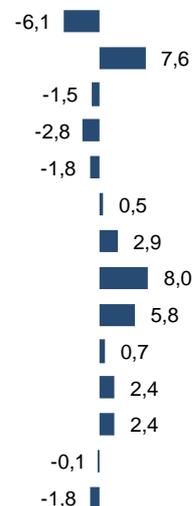
Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	0,0
Sozialstatus mittel	38,2
Sozialstatus hoch	61,8
U1 bis U6 vollständig	91,9
U7 bis U9 vollständig	77,0
Impfung Tetanus	96,0
Impfung Masern	92,0
Allergien	22,2
emotionale soziale Störungen	16,0
Sprach- und Sprechstörungen	9,9
Kinder mit Förderung	35,8
Sprachheilbehandlung	16,0
Ergotherapie	6,2
heilpädagogische Frühförderung	3,7

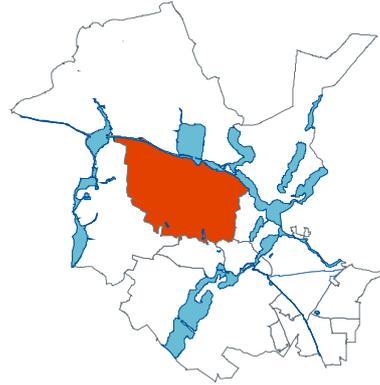
Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

(Anteile in Prozentpunkten)

- niedriger + höher

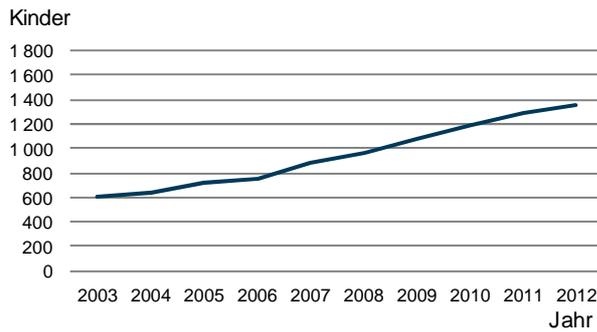


Planungsraum 201
Bornim, Bornstedt, Nedlitz,
Am Ruinenberg, Rote Kasernen

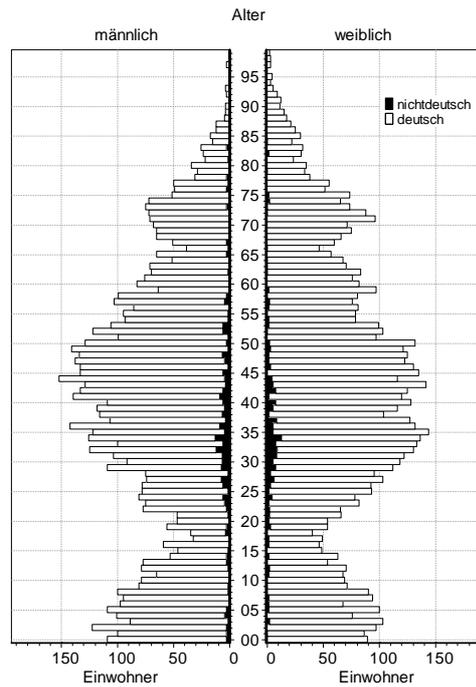
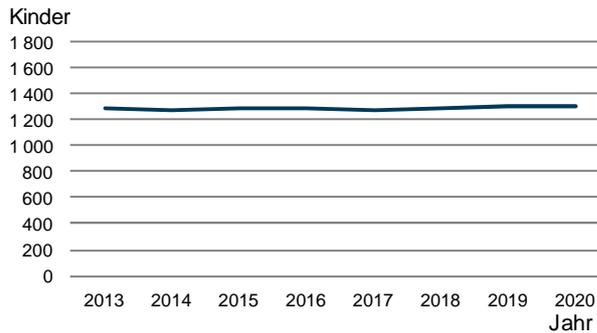


	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	14 566
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	9,2
Durchschnittsalter	40,0
untersuchte Kinder	145
Anteil an allen untersuchten Kindern	8,9

Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



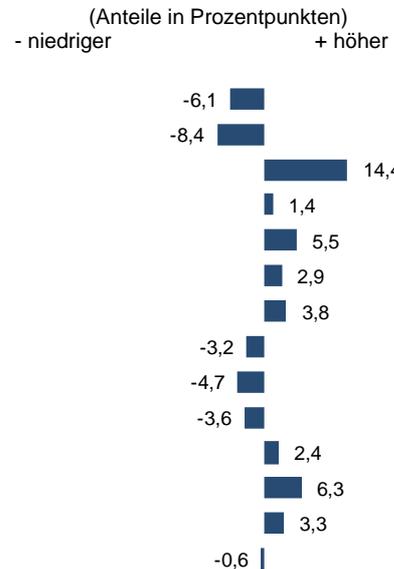
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	0,0
Sozialstatus mittel	22,2
Sozialstatus hoch	77,8
U1 bis U6 vollständig	96,1
U7 bis U9 vollständig	84,4
Impfung Tetanus	98,4
Impfung Masern	92,9
Allergien	11,0
emotionale soziale Störungen	5,5
Sprach- und Sprechstörungen	5,5
Kinder mit Förderung	35,9
Sprachheilbehandlung	20,0
Ergotherapie	9,7
heilpädagogische Frühförderung	4,8

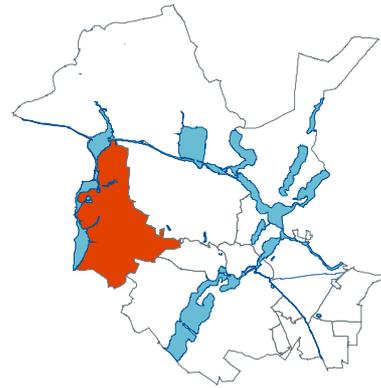
**Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012**



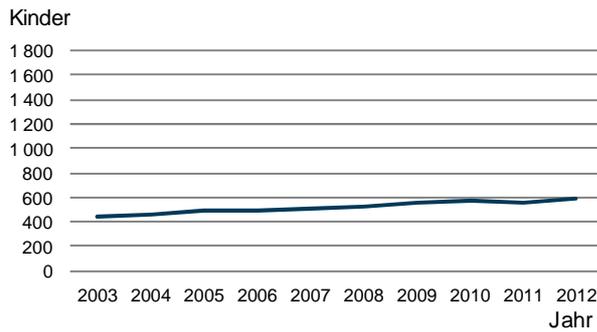
Potsdamer Gesundheitsatlas
Planungsraum 202 (Eiche, Grube, Golm)

Planungsraum 202
Eiche, Grube, Golm

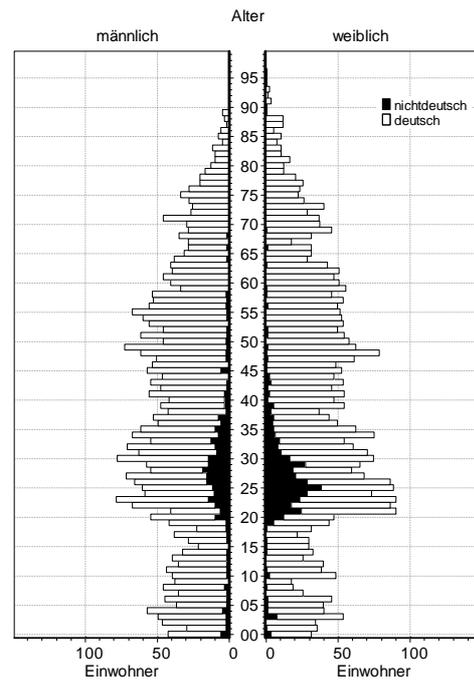
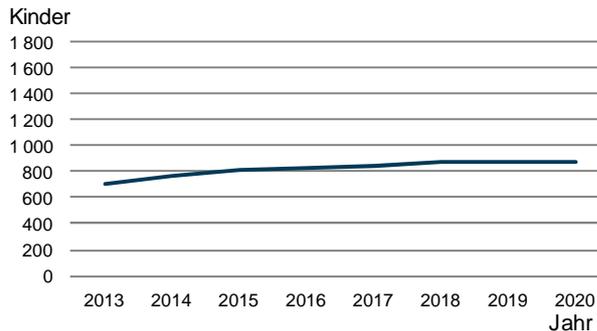
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	7 588
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	4,8
Durchschnittsalter	38,9
untersuchte Kinder	91
Anteil an allen untersuchten Kindern	5,6



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



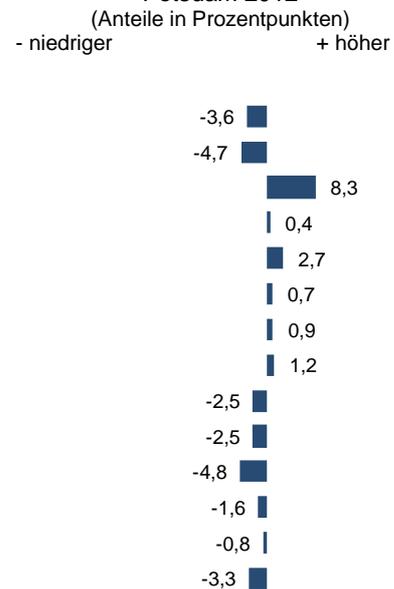
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	2,5
Sozialstatus mittel	25,9
Sozialstatus hoch	71,6
U1 bis U6 vollständig	95,1
U7 bis U9 vollständig	81,5
Impfung Tetanus	96,3
Impfung Masern	90,0
Allergien	15,4
emotionale soziale Störungen	7,7
Sprach- und Sprechstörungen	6,6
Kinder mit Förderung	28,6
Sprachheilbehandlung	12,1
Ergotherapie	5,5
heilpädagogische Frühförderung	2,2

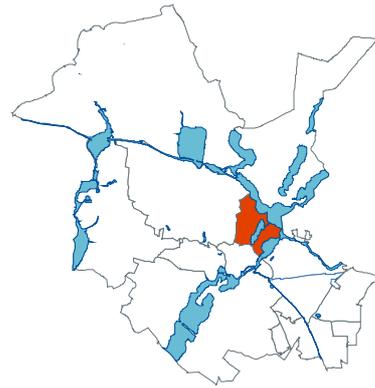
Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012



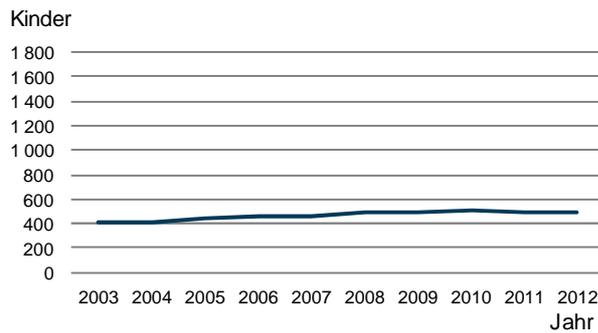
Potsdamer Gesundheitsatlas
Planungsraum 301 (Nauener und Berliner Vorstadt)

Planungsraum 301
Nauener und Berliner Vorstadt

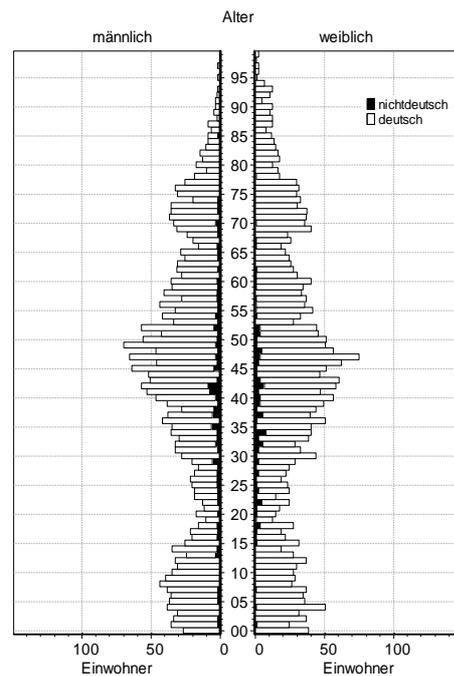
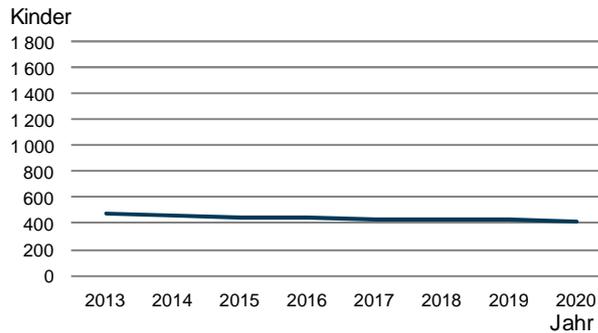
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	5 655
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	3,6
Durchschnittsalter	42,6
untersuchte Kinder	75
Anteil an allen untersuchten Kindern	4,6



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



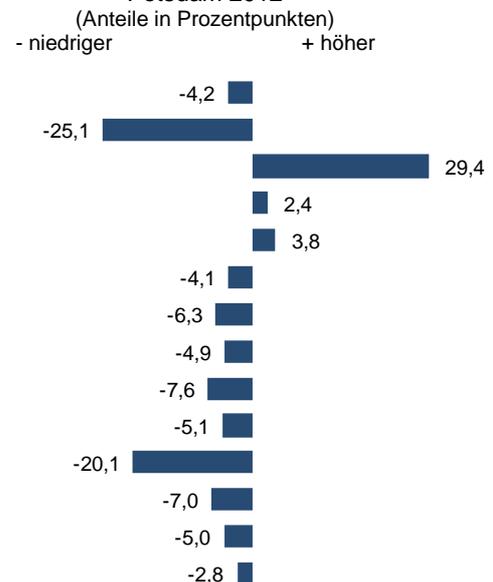
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

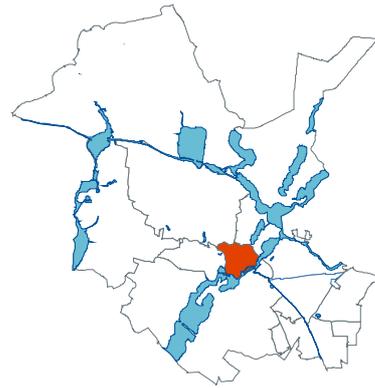
	2012
Sozialstatus niedrig	1,8
Sozialstatus mittel	5,5
Sozialstatus hoch	92,7
U1 bis U6 vollständig	97,1
U7 bis U9 vollständig	82,6
Impfung Tetanus	91,4
Impfung Masern	82,9
Allergien	9,3
emotionale soziale Störungen	2,7
Sprach- und Sprechstörungen	4,0
Kinder mit Förderung	13,3
Sprachheilbehandlung	6,7
Ergotherapie	1,3
heilpädagogische Frühförderung	2,7

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

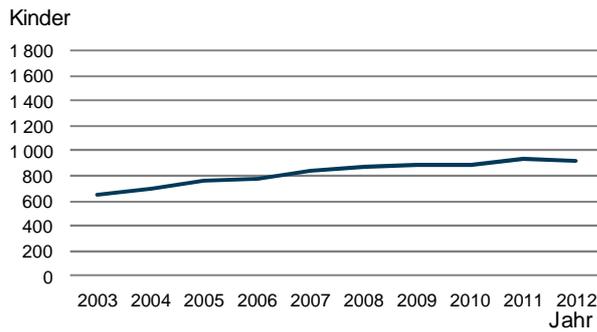


Planungsraum 302
Innenstadt, Am Weinberg

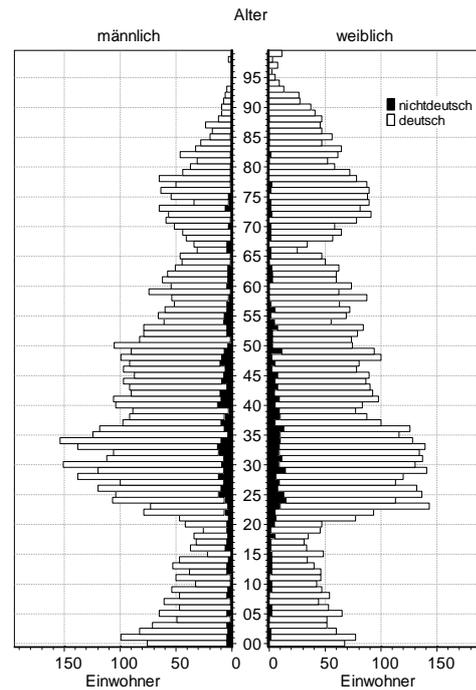
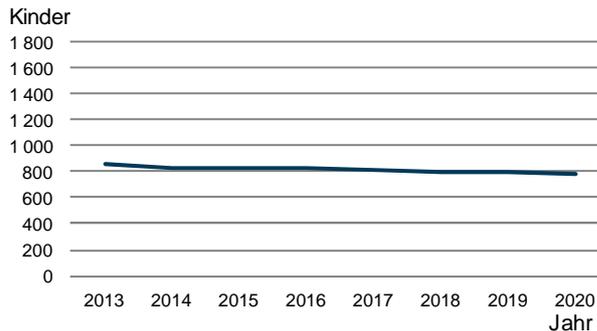
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	12 977
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	8,2
Durchschnittsalter	42,7
untersuchte Kinder	136
Anteil an allen untersuchten Kindern	8,3



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



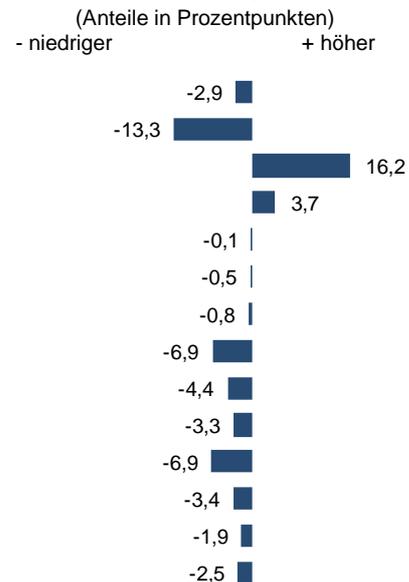
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

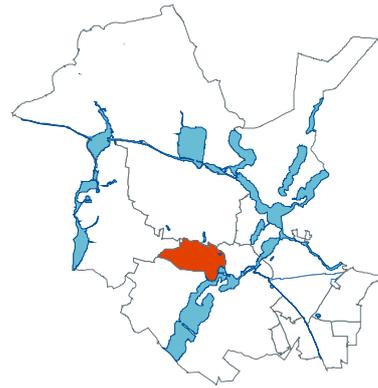
	2012
Sozialstatus niedrig	3,1
Sozialstatus mittel	17,3
Sozialstatus hoch	79,5
U1 bis U6 vollständig	98,4
U7 bis U9 vollständig	78,7
Impfung Tetanus	95,0
Impfung Masern	88,3
Allergien	7,4
emotionale soziale Störungen	5,9
Sprach- und Sprechstörungen	5,9
Kinder mit Förderung	26,5
Sprachheilbehandlung	10,3
Ergotherapie	4,4
heilpädagogische Frühförderung	2,9

**Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012**

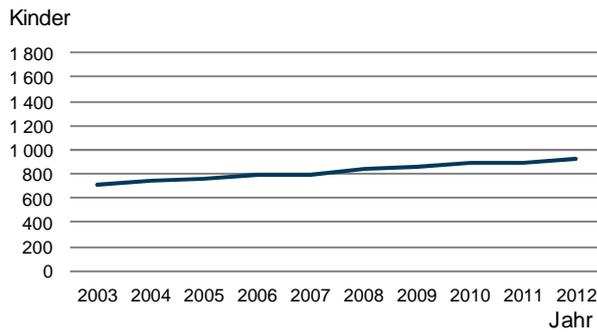


Planungsraum 303
Brandenburger Vorstadt

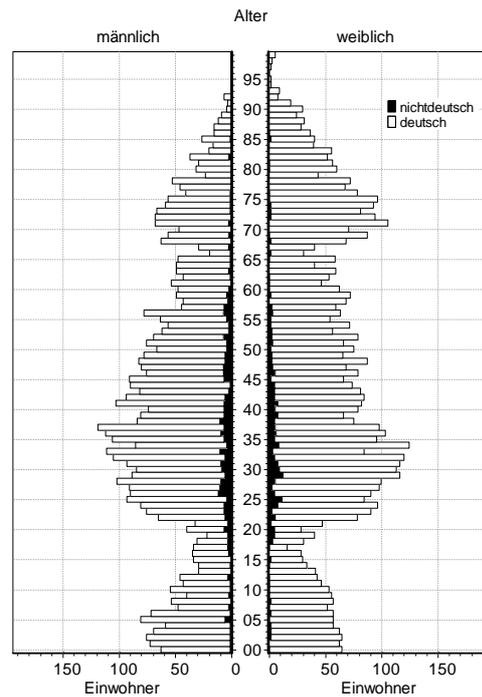
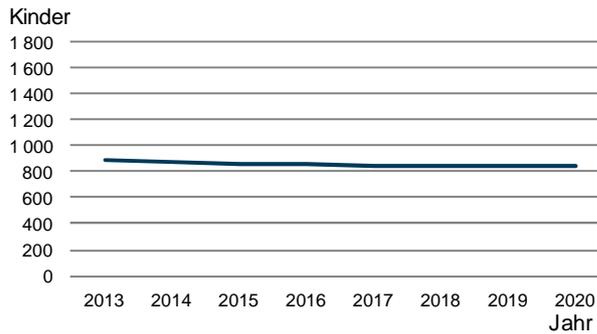
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	11 457
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	7,2
Durchschnittsalter	42,7
untersuchte Kinder	152
Anteil an allen untersuchten Kindern	9,3



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



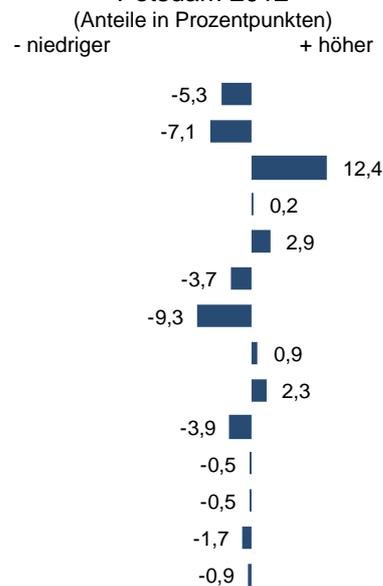
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	0,8
Sozialstatus mittel	23,5
Sozialstatus hoch	75,8
U1 bis U6 vollständig	94,9
U7 bis U9 vollständig	81,8
Impfung Tetanus	91,8
Impfung Masern	79,9
Allergien	15,1
emotionale soziale Störungen	12,5
Sprach- und Sprechstörungen	5,3
Kinder mit Förderung	32,9
Sprachheilbehandlung	13,2
Ergotherapie	4,6
heilpädagogische Frühförderung	4,6

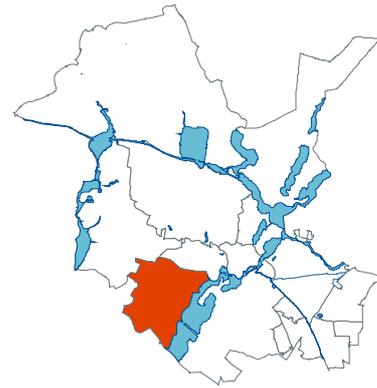
Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012



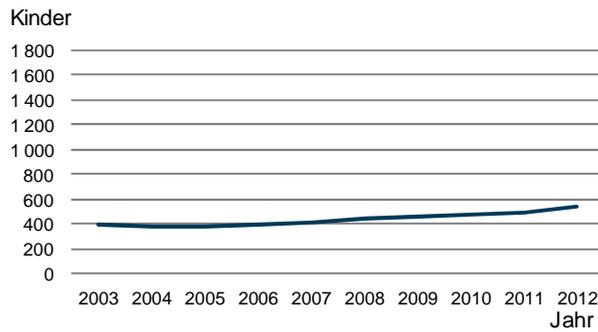
Potsdamer Gesundheitsatlas
Planungsraum 304 (Potsdam West)

Planungsraum 304
Potsdam West

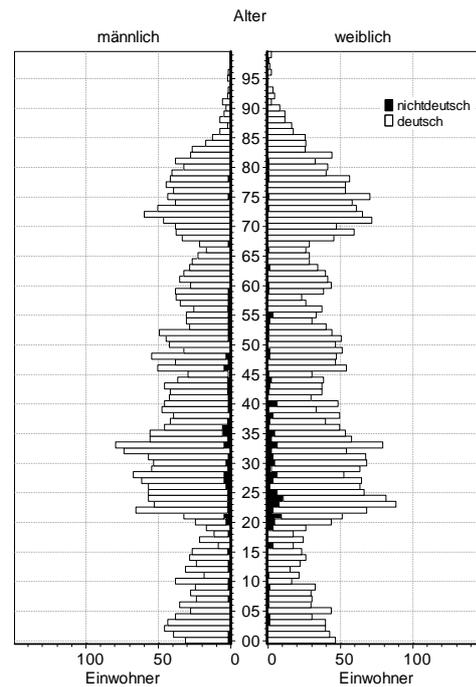
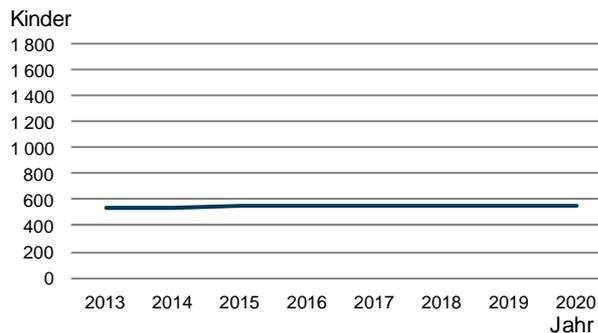
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	7 138
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	4,5
Durchschnittsalter	43,6
untersuchte Kinder	49
Anteil an allen untersuchten Kindern	3,0



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



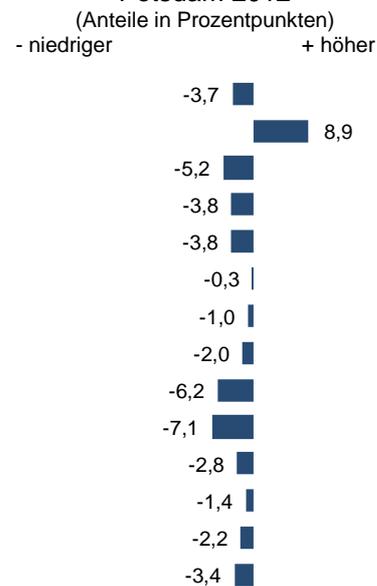
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	2,3
Sozialstatus mittel	39,5
Sozialstatus hoch	58,1
U1 bis U6 vollständig	90,9
U7 bis U9 vollständig	75,0
Impfung Tetanus	95,2
Impfung Masern	88,1
Allergien	12,2
emotionale soziale Störungen	4,1
Sprach- und Sprechstörungen	2,0
Kinder mit Förderung	30,6
Sprachheilbehandlung	12,2
Ergotherapie	4,1
heilpädagogische Frühförderung	2,0

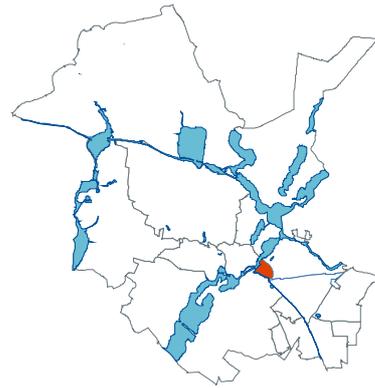
Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012



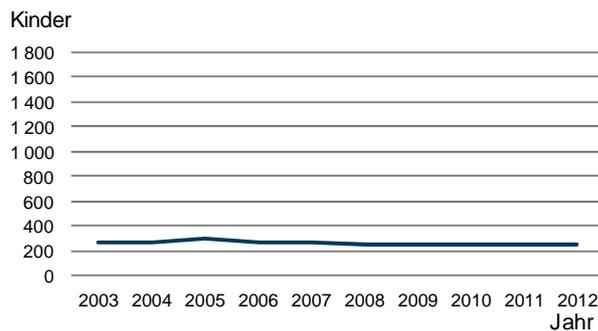
Potsdamer Gesundheitsatlas
Planungsraum 401 (Zentrum West)

Planungsraum 401
Zentrum Ost

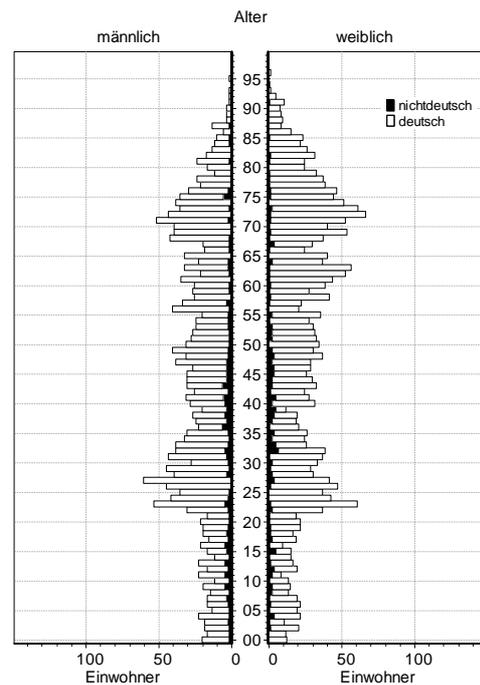
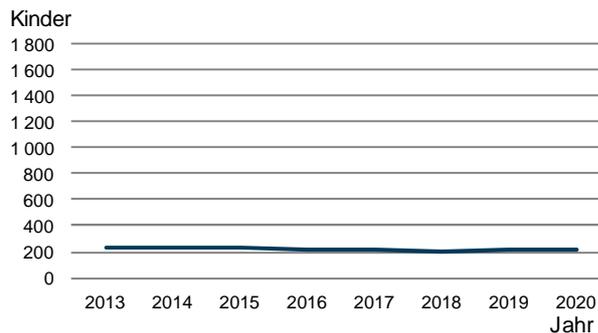
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	5 033
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	3,2
Durchschnittsalter	47,1
untersuchte Kinder	10
Anteil an allen untersuchten Kindern	0,6



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



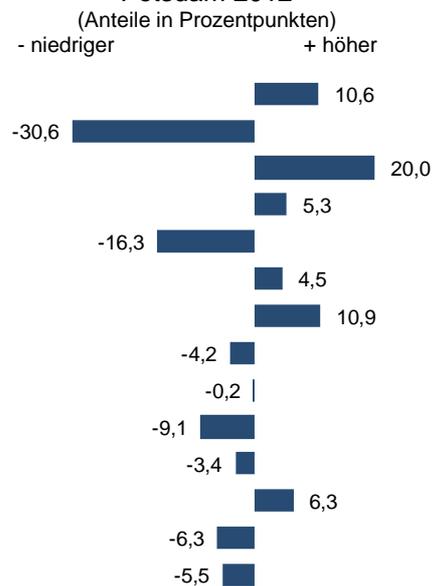
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	16,7
Sozialstatus mittel	0,0
Sozialstatus hoch	83,3
U1 bis U6 vollständig	100,0
U7 bis U9 vollständig	62,5
Impfung Tetanus	100,0
Impfung Masern	100,0
Allergien	10,0
emotionale soziale Störungen	10,0
Sprach- und Sprechstörungen	0,0
Kinder mit Förderung	30,0
Sprachheilbehandlung	20,0
Ergotherapie	0,0
heilpädagogische Frühförderung	0,0

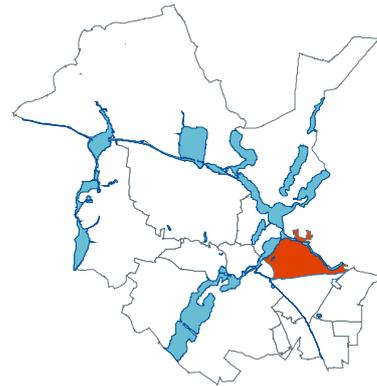
Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012



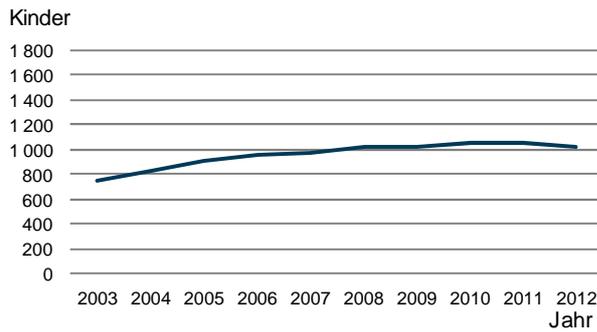
Potsdamer Gesundheitsatlas
Planungsraum 402 (Babelsberg Nord, Klein Glienicke)

Planungsraum 402
Babelsberg Nord, Klein Glienicke

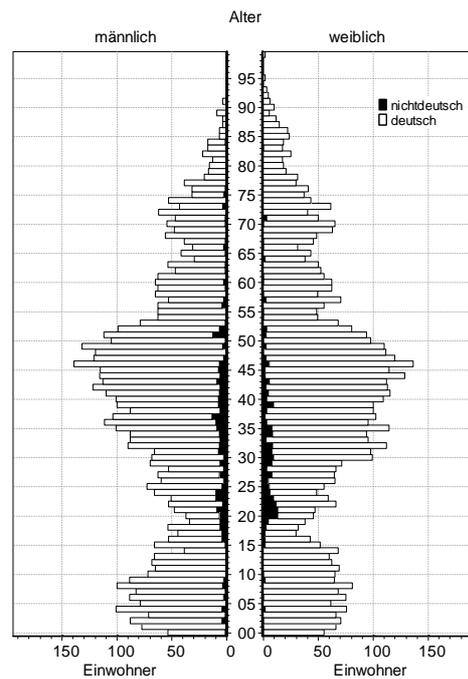
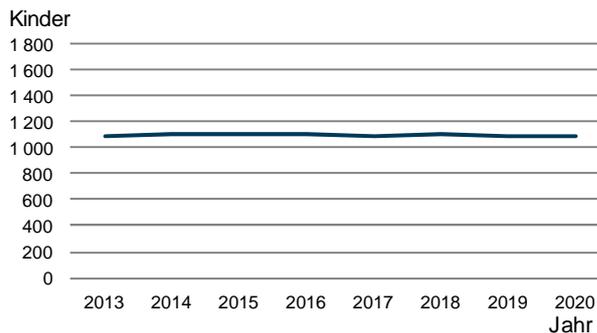
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	11 566
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	7,3
Durchschnittsalter	38,9
untersuchte Kinder	157
Anteil an allen untersuchten Kindern	9,6



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



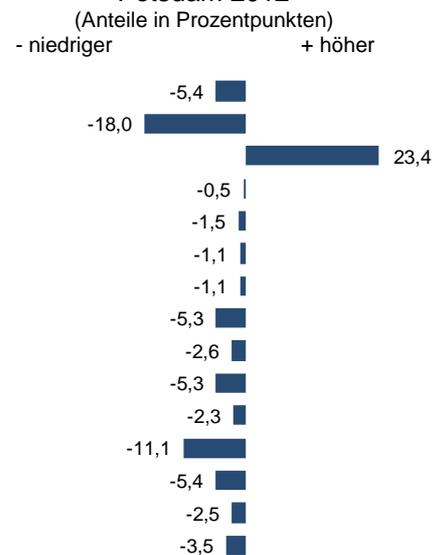
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

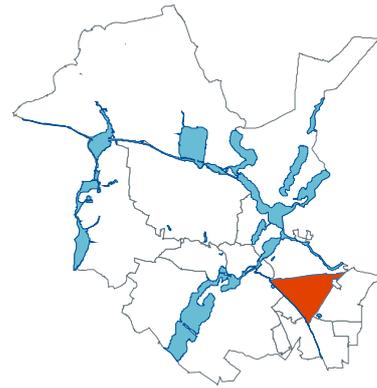
	2012
Sozialstatus niedrig	0,7
Sozialstatus mittel	12,6
Sozialstatus hoch	86,7
U1 bis U6 vollständig	94,2
U7 bis U9 vollständig	77,4
Impfung Tetanus	94,4
Impfung Masern	90,1
Allergien	8,9
emotionale soziale Störungen	7,6
Sprach- und Sprechstörungen	3,8
Kinder mit Förderung	22,3
Sprachheilbehandlung	8,3
Ergotherapie	3,8
heilpädagogische Frühförderung	1,9

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

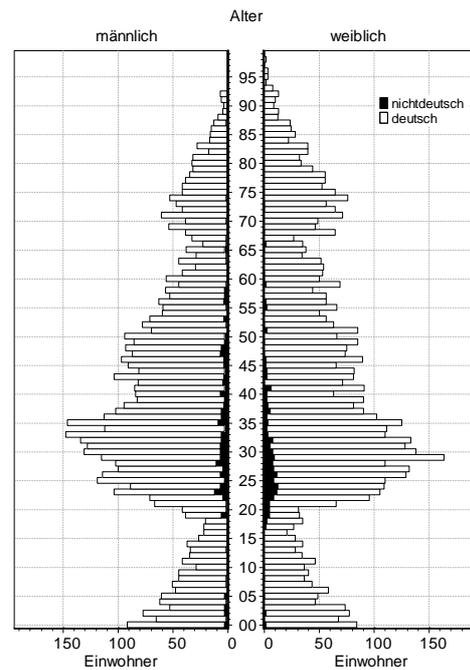
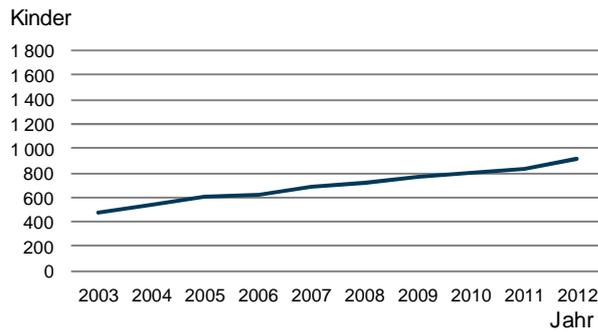


Planungsraum 403
Babelsberg Süd

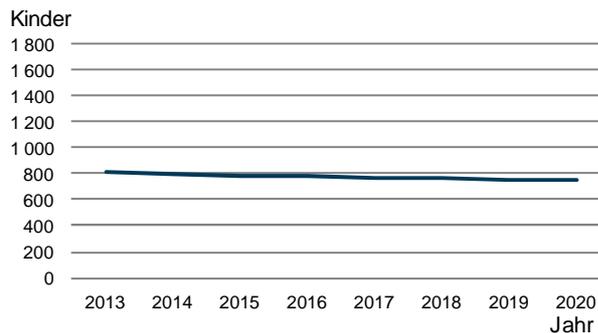
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	11 377
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	7,2
Durchschnittsalter	40,2
untersuchte Kinder	104
Anteil an allen untersuchten Kindern	6,4



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



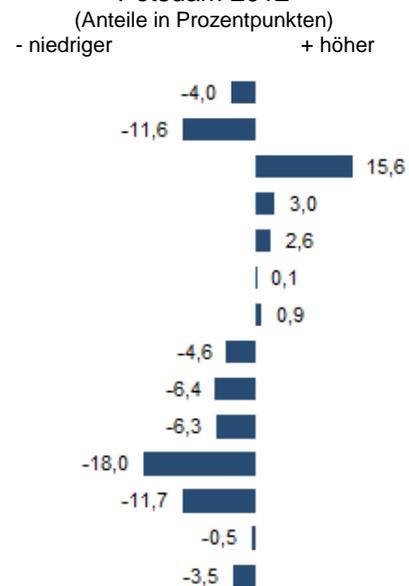
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

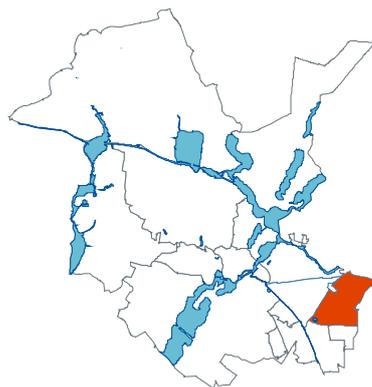
	2012
Sozialstatus niedrig	2,1
Sozialstatus mittel	18,9
Sozialstatus hoch	78,9
U1 bis U6 vollständig	97,7
U7 bis U9 vollständig	81,4
Impfung Tetanus	95,6
Impfung Masern	90,0
Allergien	9,6
emotionale soziale Störungen	3,8
Sprach- und Sprechstörungen	2,9
Kinder mit Förderung	15,4
Sprachheilbehandlung	1,9
Ergotherapie	5,8
heilpädagogische Frühförderung	1,9

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

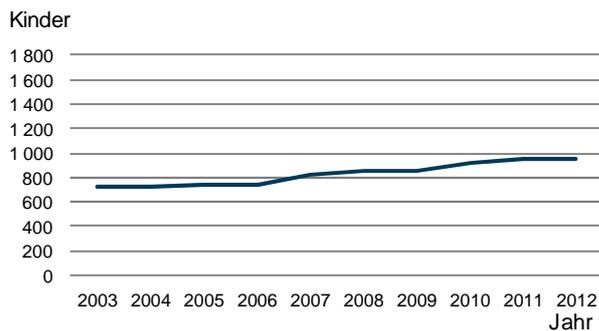


Planungsraum 501
Stern

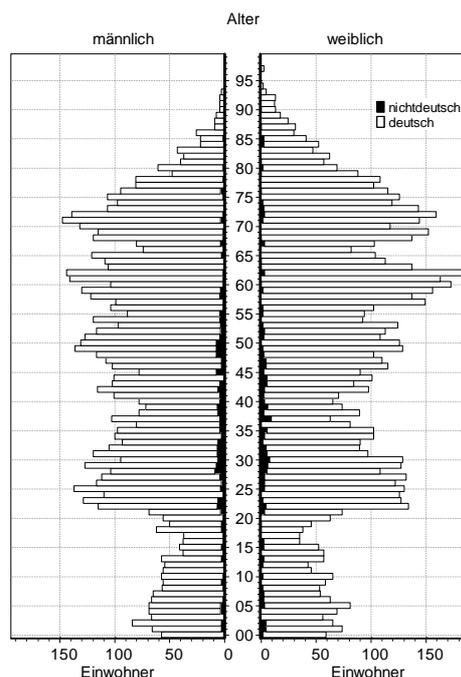
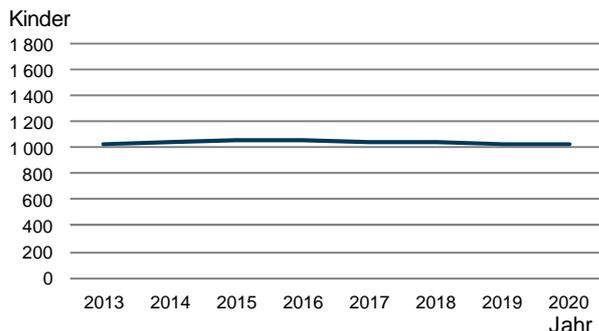
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	16 165
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	10,2
Durchschnittsalter	46,1
untersuchte Kinder	136
Anteil an allen untersuchten Kindern	8,3



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



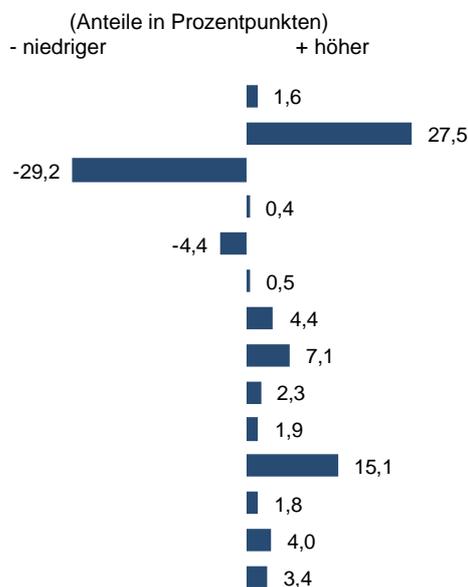
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	7,7
Sozialstatus mittel	58,1
Sozialstatus hoch	34,2
U1 bis U6 vollständig	95,0
U7 bis U9 vollständig	74,4
Impfung Tetanus	96,0
Impfung Masern	93,5
Allergien	21,3
emotionale soziale Störungen	12,5
Sprach- und Sprechstörungen	11,0
Kinder mit Förderung	48,5
Sprachheilbehandlung	15,4
Ergotherapie	10,3
heilpädagogische Frühförderung	8,8

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

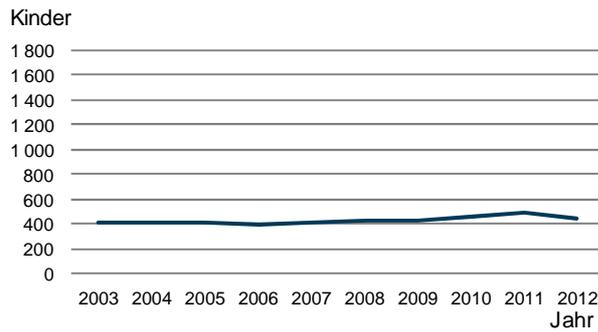


Planungsraum 502
Drewitz

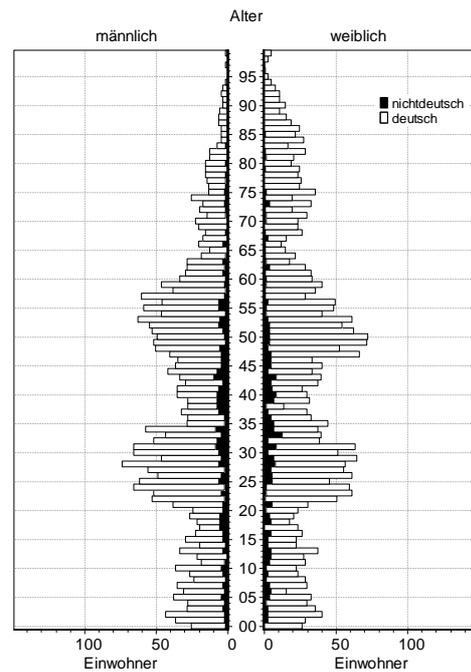
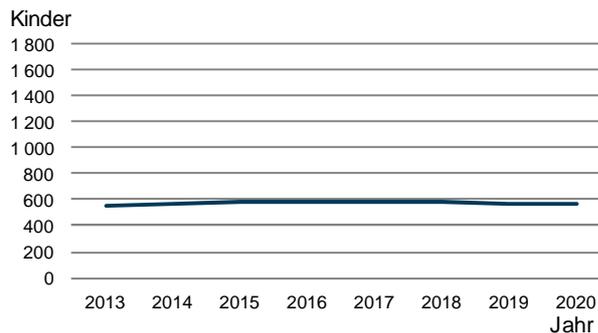
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	6 008
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	3,8
Durchschnittsalter	40,9
untersuchte Kinder	69
Anteil an allen untersuchten Kindern	4,2



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



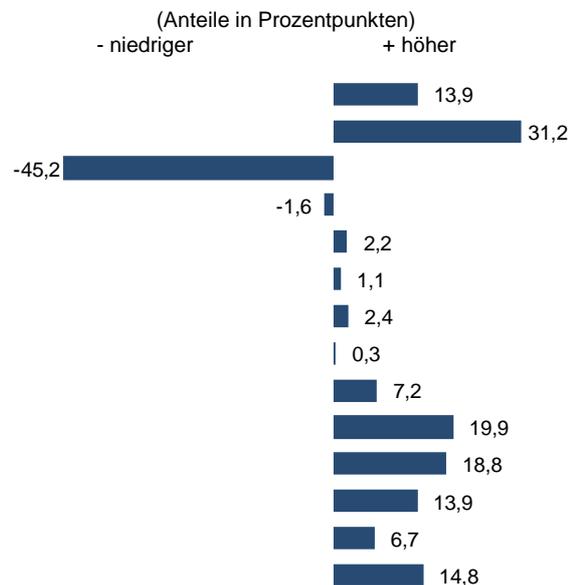
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

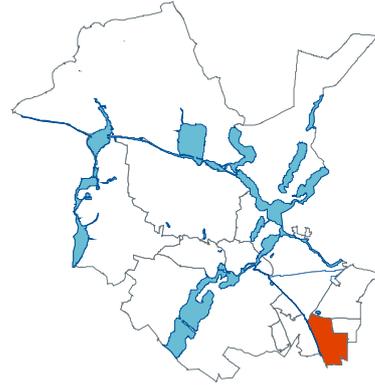
	2012
Sozialstatus niedrig	20,0
Sozialstatus mittel	61,8
Sozialstatus hoch	18,2
U1 bis U6 vollständig	93,1
U7 bis U9 vollständig	81,0
Impfung Tetanus	96,6
Impfung Masern	91,5
Allergien	14,5
emotionale soziale Störungen	17,4
Sprach- und Sprechstörungen	29,0
Kinder mit Förderung	52,2
Sprachheilbehandlung	27,5
Ergotherapie	13,0
heilpädagogische Frühförderung	20,3

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

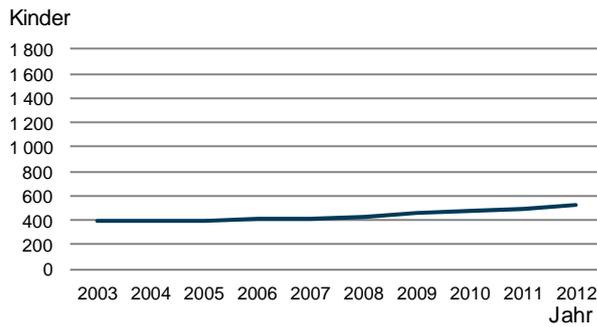


Planungsraum 503
Alt Drewitz, Kirchsteigfeld

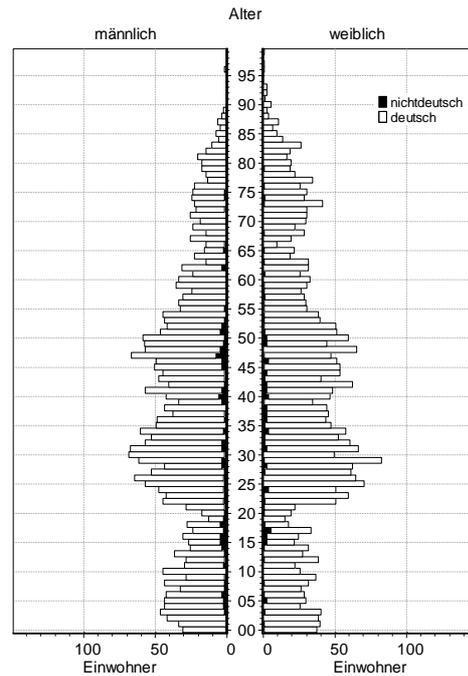
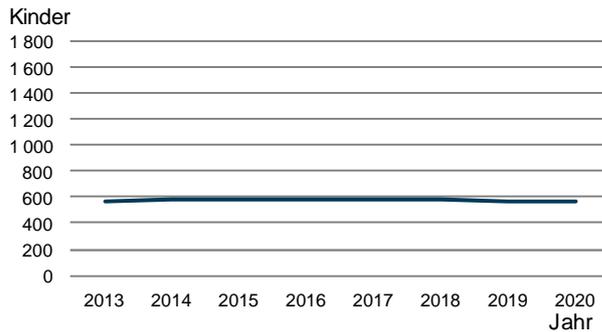
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	6 282
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	3,9
Durchschnittsalter	38,9
untersuchte Kinder	57
Anteil an allen untersuchten Kindern	3,5



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



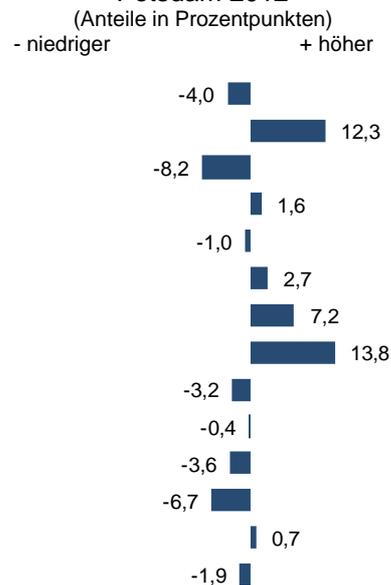
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

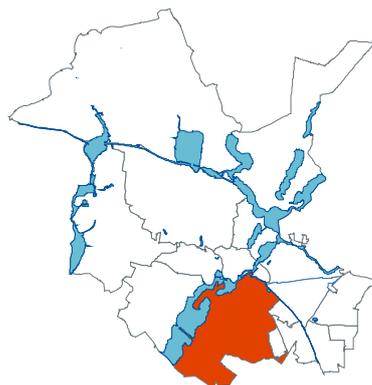
	2012
Sozialstatus niedrig	2,0
Sozialstatus mittel	42,9
Sozialstatus hoch	55,1
U1 bis U6 vollständig	96,3
U7 bis U9 vollständig	77,8
Impfung Tetanus	98,2
Impfung Masern	96,4
Allergien	28,1
emotionale soziale Störungen	7,0
Sprach- und Sprechstörungen	8,8
Kinder mit Förderung	29,8
Sprachheilbehandlung	7,0
Ergotherapie	7,0
heilpädagogische Frühförderung	3,5

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

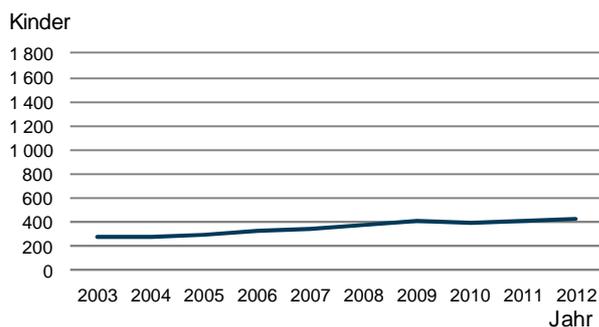


Planungsraum 601
Hauptbahnhof, Brauhausberg,
Templiner und Teltower Vorstadt

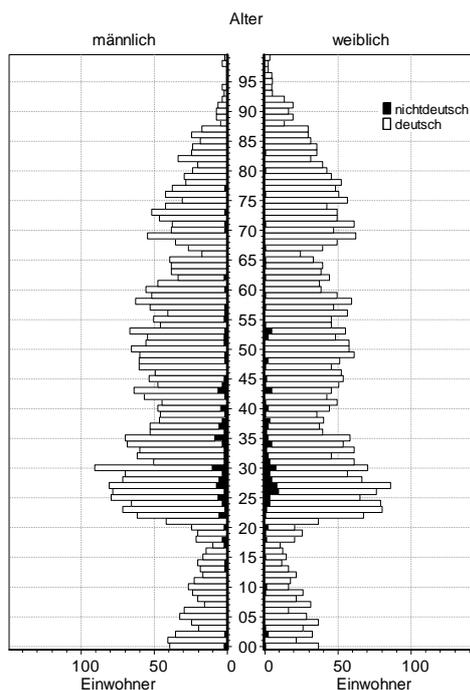
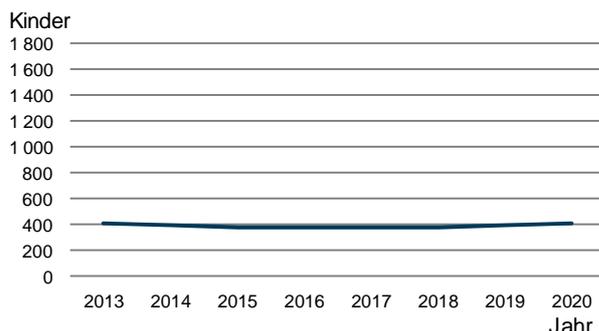
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	7 700
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	4,8
Durchschnittsalter	45,6
untersuchte Kinder	85
Anteil an allen untersuchten Kindern	5,2



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



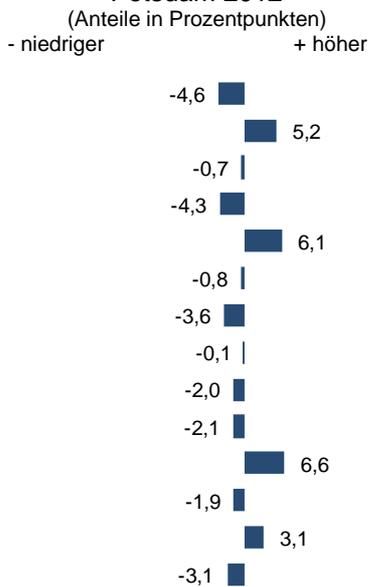
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

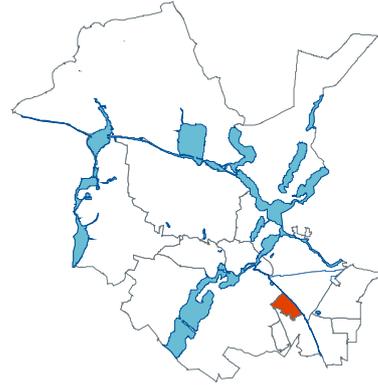
	2012
Sozialstatus niedrig	1,5
Sozialstatus mittel	35,8
Sozialstatus hoch	62,7
U1 bis U6 vollständig	90,4
U7 bis U9 vollständig	84,9
Impfung Tetanus	94,7
Impfung Masern	85,5
Allergien	14,1
emotionale soziale Störungen	8,2
Sprach- und Sprechstörungen	7,1
Kinder mit Förderung	40,0
Sprachheilbehandlung	11,8
Ergotherapie	9,4
heilpädagogische Frühförderung	2,4

**Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012**

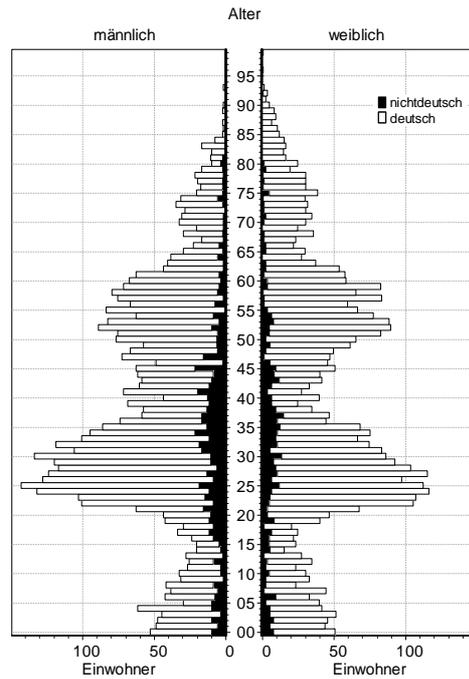
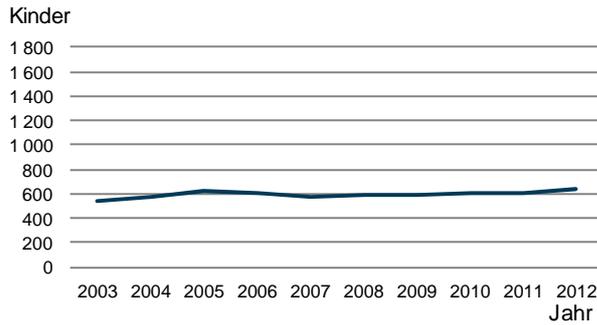


Planungsraum 602
Schlaatz

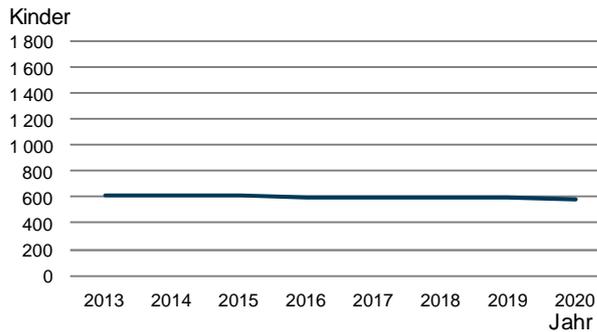
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	8 999
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	5,7
Durchschnittsalter	38,8
untersuchte Kinder	99
Anteil an allen untersuchten Kindern	6,1



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



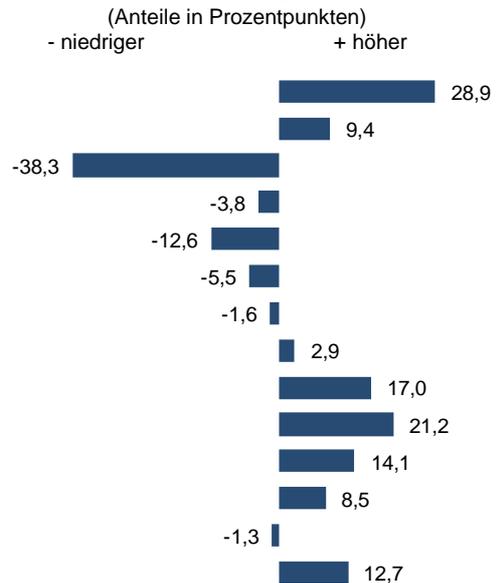
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

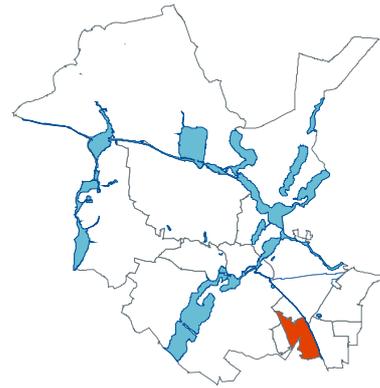
	2012
Sozialstatus niedrig	35,0
Sozialstatus mittel	40,0
Sozialstatus hoch	25,0
U1 bis U6 vollständig	90,9
U7 bis U9 vollständig	66,2
Impfung Tetanus	90,0
Impfung Masern	87,5
Allergien	17,2
emotionale soziale Störungen	27,3
Sprach- und Sprechstörungen	30,3
Kinder mit Förderung	47,5
Sprachheilbehandlung	22,2
Ergotherapie	5,1
heilpädagogische Frühförderung	18,2

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

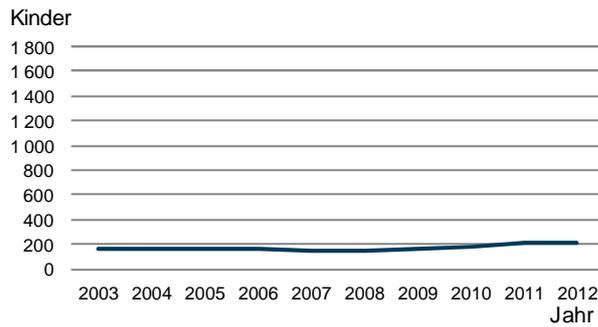


Planungsraum 603
Waldstadt I, Industriegelände

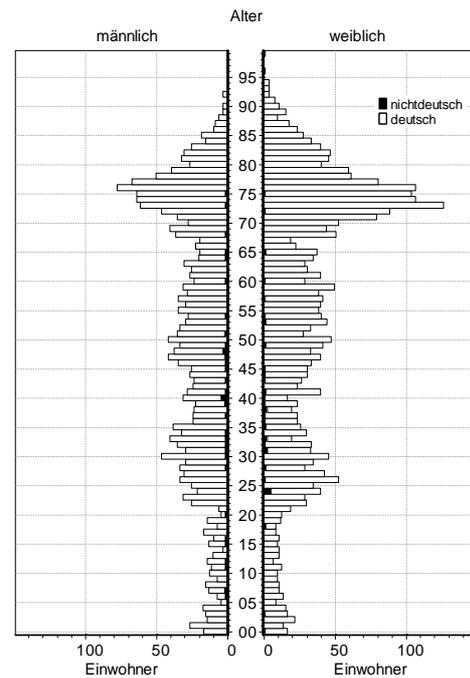
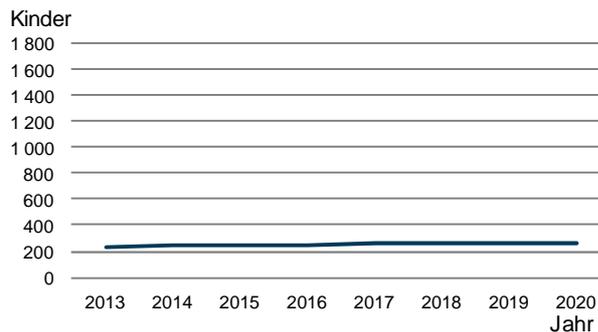
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	5 503
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	3,5
Durchschnittsalter	53,1
untersuchte Kinder	26
Anteil an allen untersuchten Kindern	1,6



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



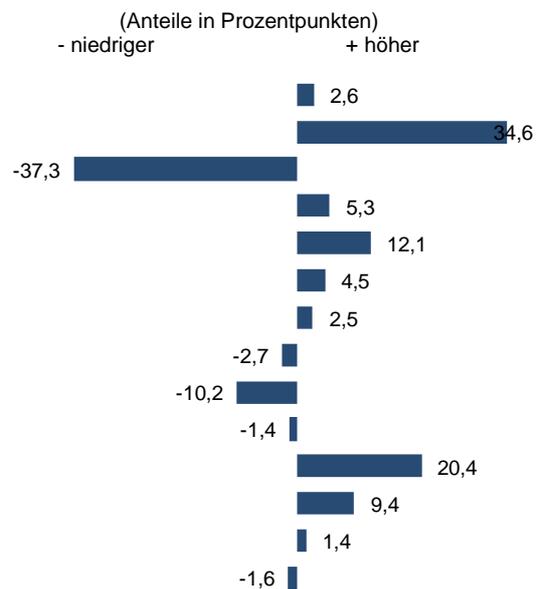
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

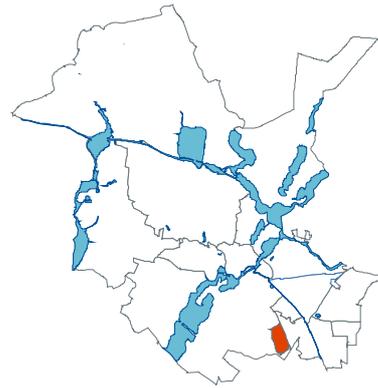
	2012
Sozialstatus niedrig	8,7
Sozialstatus mittel	65,2
Sozialstatus hoch	26,1
U1 bis U6 vollständig	100,0
U7 bis U9 vollständig	90,9
Impfung Tetanus	100,0
Impfung Masern	91,7
Allergien	11,5
emotionale soziale Störungen	0,0
Sprach- und Sprechstörungen	7,7
Kinder mit Förderung	53,8
Sprachheilbehandlung	23,1
Ergotherapie	7,7
heilpädagogische Frühförderung	3,8

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012

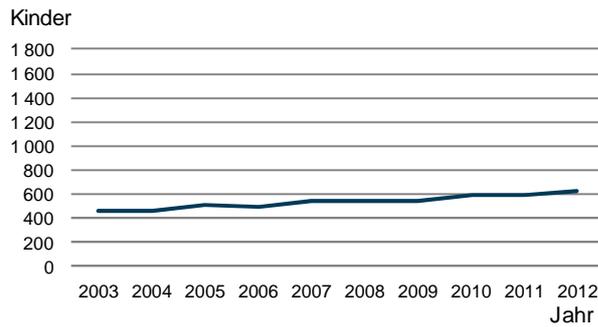


Planungsraum 604
Waldstadt II

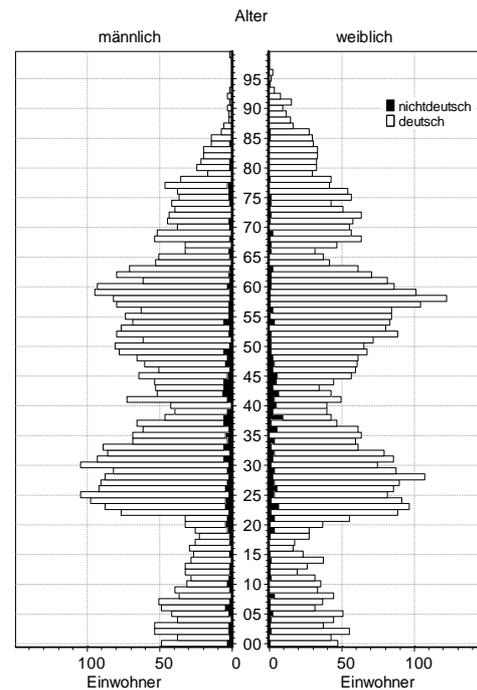
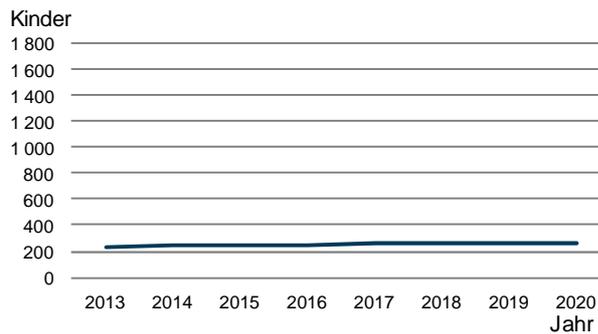
	2012
Einwohner mit Hauptwohnsitz	9 580
Anteil der Einwohner an der Gesamtbevölkerung	6,0
Durchschnittsalter	43,1
untersuchte Kinder	79
Anteil an allen untersuchten Kindern	4,8



Kinder 0 bis unter 7 Jahren seit 2003



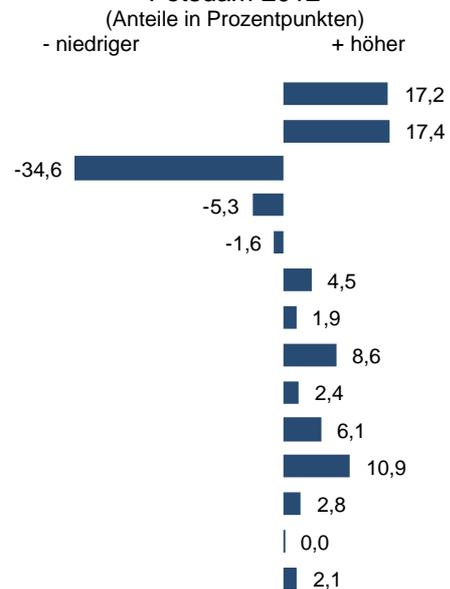
Kinder 0 bis unter 7 Jahren Prognose bis 2020¹



Ausgewählte Indikatoren

	2012
Sozialstatus niedrig	23,3
Sozialstatus mittel	47,9
Sozialstatus hoch	28,8
U1 bis U6 vollständig	89,4
U7 bis U9 vollständig	77,3
Impfung Tetanus	100,0
Impfung Masern	91,0
Allergien	22,8
emotionale soziale Störungen	12,7
Sprach- und Sprechstörungen	15,2
Kinder mit Förderung	44,3
Sprachheilbehandlung	16,5
Ergotherapie	6,3
heilpädagogische Frühförderung	7,6

Abweichungen vom Wert der Landeshauptstadt
Potsdam 2012



ANHANG: ERLÄUTERUNG DER FACHBEGRIFFE

Adipositas	erhebliches Übergewicht
Allergie	„(...) eine spezifische Veränderung der Immunitätslage im Sinne einer krankmachenden Überempfindlichkeit“ (vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 58).
Aufmerksamkeitsdefizit- / Hyperaktivitätsstörung (ADHS)	Leitsymptome der hyperkinetischen Störung sind Unaufmerksamkeit (Aufmerksamkeitsstörung, Ablenkbarkeit), Überaktivität (Hyperaktivität, motorische Unruhe) und Impulsivität.
Bewegungsstörungen	Als auffällig gelten Kinder, die zwei der drei motorischen Tests (Einbeinhüpfer, Einbeinstand, Seitlängergang vorwärts) nicht bewältigen konnten.
Diphtherie	Akute ansteckende Infektionserkrankung der oberen Atemwege.
Einnässen	Wiederholtes, altersunangemessenes unwillkürliches Einnässen ohne dass ein organisches Leiden vorliegt.
Emotionale soziale Störungen	„Die wichtigsten emotionalen Störungen des Kindes- und Jugendalters sind: Angststörungen, Phobien, depressive Störungen und Zwangsstörungen (...) Bestimmend für Störungen des Sozialverhaltens sind ein sich wiederholendes und andauerndes Muster dissozialen, aggressiven oder aufsässigen Verhaltens mit einer Mindestdauer von 6 Monaten“ (vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 38).
Erhebliches Untergewicht	Starkes Untergewicht liegt laut KJGD Handbuch vor, wenn der BMI-Wert kleiner als das 3. Perzentil der Referenzpopulation ist (vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 102).
Hepatitis B	Infektionserkrankung der Leber, die akute oder chronische Verläufe annimmt.
Hib (Haemophilus influenzae Typ b)	Bakterielle Infektion, die sich vor allem auf die Schleimhäute bzw. oberen Atemwege legt.
Hörstörungen	Bei mindestens jeweils einer Prüffrequenz wird der 30 dB-Ton auf einem oder beiden Ohren nicht gehört.
Keuchhusten (Pertussis)	Starker Husten
Kinderlähmung (Poliomyelitis)	Durch Viren hervorgerufene Infektionserkrankung, die die muskelsteuernden Nervenzellen des Rückenmarks angreifen und zu bleibenden Lähmungen führen kann.

Masern-Mumps-Röteln (MMR)	Ansteckende Virusinfektionen, die zumeist im Kindesalter auftreten
Meningokokken	Bakterien, die den Nase-Rachen-Raum befallen.
Pneumokokken	Bakterien, die schwere Infektionen wie Lungenentzündung verursachen.
Sozialstatus	Additiver Sozialindex, der aus den Angaben zur Schulbildung und Erwerbstätigkeit von Mutter und Vater gebildet wird. Bei Alleinerziehenden wird die Summe der Punkte mit zwei multipliziert.

	Punkte je Elternteil	Summe der Punkte
SCHULBILDUNG		
niedrige Schulbildung (fehlender Schulabschluss bzw. weniger als 10 Klassen)	1	9 bis 10 Punkt <u>hoher Sozialstatus</u>
mittlere Schulbildung (10 Klassen)	2	
hohe Schulbildung (mehr als 10 Klassen)	3	
ERWERBSTÄTIGKEIT		
nicht erwerbstätig	1	4 bis 6 Punkte <u>niedriger Sozialstatus</u>
erwerbstätig (Vollzeit und Teilzeit)	2	

Sprach- und Sprechstörungen	„Die Sprach- und Sprechstörungen beziehen sich einerseits auf die Sprachfunktion (gesprochene Sprache, Sprachverständnis, Zeichen und Gesten) und andererseits auf Störungen des Sprechens (Artikulationsstörungen, Stottern und Poltern)“ (vgl. KJGD HANDBUCH 2010: 40).
Tetanus	Eine Infektionserkrankung, die die muskelsteuernden Nervenzellen befällt.
Vorsorgeuntersuchungen	Sie gehören im Rahmen der Prävention von Erkrankungen im Kindesalter zu den medizinischen Früherkennungsmaßnahmen.
Windpocken (Varizellen)	Eine durch Tröpfcheninfektion übertragbare Erkrankung, die einen juckenden Ausschlag auf der Haut erzeugt.

ANHANG: ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abb.	Abbildung
AGA	Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter
BbgGDG	Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz
BbgSchulG	Brandenburgisches Schulgesetz
BGA	Bündnis „Gesund Aufwachsen im Land Brandenburg“
BIfF	Berliner Institut für Frühpädagogik
BMI	Body-Mass-Index
G-BA	Gemeinsamer Bundesausschuss
ggf.	gegebenenfalls
GV	Grundschulverordnung des Landes Brandenburg
Kita	Kindertagesstätte
KJGD	Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
LUGV	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg
MBJS	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
PR	Planungsraum
SEU	Schuleingangsuntersuchung
SprachfestFörderverordnung - SfFV	Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und kompensatorischen Sprachförderung
SR	Sozialraum
STIKO	Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut
u. a.	unter anderem
ÜAFB	Überregionale Arbeitsstelle Frühförderung Brandenburg
u. U.	unter Umständen
vgl.	vergleiche
WHO	Weltgesundheitsorganisation
ZÄD	Zahnärztlicher Dienst
z. B.	zum Beispiel
ZER	Zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen

ANHANG: QUELLENVERZEICHNIS

- ARBEITSGEMEINSCHAFT ADIPOSITAS IM KINDES- UND JUGENDALTER (2012). Leitlinien. Verabschiedet auf der Konsensus-Konferenz der AGA am 04. Oktober 2012. Verfügbar unter: http://www.aga.adipositas-gesellschaft.de/fileadmin/PDF/Leitlinien/AGA_S2_Leitlinie.pdf [Zugriff am 8. Juli 2013].
- G-BA, Bekanntmachung eines Beschlusses des Gemeinsamen Bundesausschusses über eine Änderung der Kinder-Richtlinien: Einrichtung einer Kinderuntersuchung U7a. BAnz Nr. 96 (S. 2326) vom 01. Juli 2008. Verfügbar unter: www.g-ba.de/downloads/39-261-674/2008-05-15-Kinder-U7a_BAnz.pdf [Zugriff am 8. Juli 2013].
- FACHAUSSCHUSS KINDER- UND JUGENDGESUNDHEITSDIENST (KJGD) IM MINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES BRANDENBURG (2010): Handbuch für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst im Land Brandenburg. Leitlinien zur einheitlichen Durchführung und Dokumentation der kinder- und jugendärztlichen Untersuchungen. Zossen. [Zitiert als KJGD HANDBUCH 2010].
- FUHRMANN, P., SCHREINER-ZINK, S. & GONTARD, A. VON (2009). Enuresis und Enkopresis. In S. Schneider & Margraf (Hrsg.), Lehrbuch der Verhaltenstherapie (S. 381-394). Heidelberg: Springer.
- HESS, R. (2012). gesundheitsziele.de – Ein sinnvoller Prozess mit strukturellen Hürden. GGW, Jg. 12, Heft 2 (April). S. 16-23.
- KROH, M., NEISS, H., KROLL, L. & LAMPERT, T. (2012). Menschen mit hohem Einkommen leben länger. DIW Wochenbericht 38/2012, 3-15. Verfügbar unter: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.408359.de/12-38.pdf [Zugriff am 8. Juli 2013].
- KROMEYER-HAUSCHILD K, KUNZE D, WABITSCH M, ET AL. (2001) Perzentile für den Body-Mass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde 149. S. 807-818
- LANDESAMT FÜR VERSORGUNG UND SOZIALES (2012): Brandenburger Sozialindikatoren 2012. Aktuelle Daten zur sozialen Lage im Land Brandenburg. Verfügbar unter: http://www.lasv.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Soz2012_WEB1.pdf [Zugriff am 8. Juli 2013].
- LANDESHAUPTSTADT POTSDAM (2009). Wohnungslosigkeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Sozialbericht 2008/2009. Verfügbar unter: http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10062380_27568/aedf1d69/Sozialbericht_gesamt.pdf [Zugriff am 8. Juli 2013].
- SIEGMÜLLER, J., FRÖHLING, A., GIES, J., HERRMANN, H., KONOPATSCH, S. & PÖTTER, G. (2007): Sprachförderung als grundsätzliches Begleitelement im Kindergartenalltag am Beispiel des Modellprojektes PräSES. L.O.G.O.S. interdisziplinär 15, Vol. 2., S. 84-96.
- THAISS, H., KLEIN, R., SCHUMANN, E.C., ELLSÄßER, G., BREITKOPF, H., REINECKE, H. & ZIMMERMANN, E. (2010). Früherkennungsuntersuchungen als Instrument im Kinderschutz Erste Erfahrungen der Länder bei der Implementation appellativer Verfahren. Bundesgesundheitsblatt 53, S. 1029-1047.
- WOLF, K. M., STANAT, P. & WENDT, W. (2011). EkoS – Evaluation der kompensatorischen Sprachförderung: Abschlussbericht. Berlin, AB Empirische Bildungsforschung der Freien Universität.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0521

Betreff:

**Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule
bezüglich DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764**

öffentlich

bezüglich

DS Nr.: 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764

Erstellungsdatum 16.08.2013

Eingang 902: 16.08.2013

Einreicher: FB Kinder, Jugend und Familie

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Sachstand zur Verankerung von Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule:

Im Ergebnis der START-Evaluation des gesamten Systems der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (2010/2011) und des anschließenden Verfahrens zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Potsdamer Schulen (2011/2012) beschlossen der Jugendhilfeausschuss am 13.12.2012 sowie der Ausschuss für Bildung und Sport am 15.01.2013:

„Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Kinder- und Jugendhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule (Sozialarbeit an Schulen) erbracht werden, ist ein abgestimmtes Gesamtsystem in der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Auf der Grundlage bisher geführter fachlicher Diskussionen in und zwischen den Bereichen Jugendhilfe und Schule wird daher bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler_innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt...“ (vgl. **Anlage 1**).

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Innerhalb dieses Gesamtkonzeptes sind auch die künftigen Aufgaben, die Art, der Umfang von sowie die Dringlichkeits- und Intensitätskriterien für die Potsdamer Schulsozialarbeit zu klären (zum Verhältnis „Sozialarbeit an Schulen“ und „Schulsozialarbeit“ siehe **Anlage 2**).

„Bis zu einer Beschlussfassung zum Rahmenkonzept eines abgestimmten Systems schüler_innenbezogener Jugendhilfeleistungen wird das bestehende System Potsdamer Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen und Umfang fortgeführt, inhaltlich jedoch weiter qualifiziert.“

Insofern kann den für das Frühjahr 2015 avisierten Ergebnissen des partizipativ angelegten Erarbeitungsprozesses nicht vorgegriffen und somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Stufenplan für eine Verankerung von Schulsozialarbeit an jeder Potsdamer staatlichen Schule innerhalb der nächsten zehn Jahre vorgelegt werden.

Gemäß der o.g. Beschlüsse von Jugendhilfeausschuss sowie Ausschuss für Bildung und Sport nahmen am 26.02.2013 die „Koordinierungsgruppe Schule-Jugendhilfe“ sowie derweil auch die vier fachlichen Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII und eine schulische Arbeitsgruppe die Tätigkeit auf. Beratend begleitet wird der Prozess durch das bundes- und insbesondere landesweit anerkannte Beratungsinstitut kobra.net.

Parallel hierzu erfolgen

- die schuljährlichen Auswertungen der Schulsozialarbeit an den bisherigen zehn Potsdamer Einsatzschulen zur Weiterentwicklung des bestehenden Systems unter Federführung der Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit sowie
- die fachliche Begleitung und Auswertung 13 schulbezogener Projekte der Jugend(sozial)arbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Verantwortung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (vgl. Zwischenberichterstattung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2013).



BESCHLUSS

der 42. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.12.2012

Beschluss des Gesamtkonzeptes Sozialarbeit an Schulen in der Landeshauptstadt
Potsdam

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Kinder- und Jugendhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule (Sozialarbeit an Schulen) erbracht werden, ist ein abgestimmtes Gesamtsystem in der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Auf der Grundlage bisher geführter fachlicher Diskussionen in und zwischen den Bereichen Jugendhilfe und Schule wird daher bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler_innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt.
2. Die hierfür notwendige Arbeitsstruktur besteht aus
 - einer Koordinierungsgruppe,
 - den fachlichen Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII,
 - einer schulischen Arbeitsgruppe sowie
 - zwei Werkstattgesprächen und einem Fachtag, die im Rahmen des Gesamtprozesses durchgeführt werden (siehe Schaubild – Anlage 1)

Die einzurichtende Koordinierungsgruppe ist wie folgt zu besetzen: Vertreter_in Jugendhilfeausschuss, FbL 35 (Kinder, Jugend und Familie), Vertreter_in Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Vertreter_in Ausschuss Bildung und Sport, FbL 21 (Bildung und Sport), Vertreter_in Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel.

Aufgaben der Koordinierungsgruppe: Abstimmung von Aufträgen mit den fachlichen Arbeitsgruppen, Koordinierung Gesamtprozess, Sicherung des Informationsflusses (Transparenz herstellen für alle Beteiligte), Zusammenführung der Teilprozesse und -ergebnisse, Mitplanung der Werkstattgespräche und des Fachtages.

Die Jugendhilfe-Arbeitsgruppen (Fach-AGs gemäß § 78 SGB VIII zzgl. AG SaS/ Schulsoz.) erfassen die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe sowie ihre diesbezüglichen jugendhilfeinternen Schnittstellen und die zum System Schule. Hieraus abgeleitet sind arbeitsfeldspezifische, abgestimmte Jugendhilfeangebote und Verfahren zu entwickeln.

Die AG Schule erfasst die schülerbezogenen Hilfe- und Unterstützungsbedarfe aus Sicht der Schule sowie die damit verbundenen Schnittstellen zur Kinder- und Jugendhilfe. Auf dieser Grundlage können die Schnittstellen zu den Leistungen der Sozialarbeit

an Schulen weiterentwickelt und schulinterne Entwicklungsschritte verabredet werden, um den ermittelten Hilfe- und Unterstützungsbedarfen der Schüler_innen entsprechen zu können.

Das 1. Werkstattgespräch dient vor allem der jugendhilfeinternen Abstimmung.

Das 2. Werkstattgespräch dient vor allem der Zusammenführung der Teilergebnisse sowie der Diskussion und dem Austausch zwischen Schule und Jugendhilfe. Auf der Grundlage des 2. Werkstattgesprächs wird der Entwurf des Rahmenkonzepts erstellt. Der gemeinsame Fachtag dient der Diskussion und kritischen Reflexion der Entwurfsfassung des Rahmenkonzepts.

3. Der Gesamtprozess wird durch eine externe Prozessbegleitung unterstützt. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 51.229,50 € sind in die Haushalte 2013 und folgende der Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie sowie Bildung und Sport zusätzlich einzustellen. Zur Gewährleistung der Kontinuität des fachlichen Diskurses und aufgrund der hohen Akzeptanz sowie fachlichen Anerkennung seitens der Potsdamer Schul- und Jugendhilfeakteure wird empfohlen, den Projektverbund kobra.net mit der Prozessbegleitung zu beauftragen (siehe Meilensteinplan und Kostenkalkulation - Anlage 2).
4. Bis zu einer Beschlussfassung zum Rahmenkonzept eines abgestimmten Systems schüler_innenbezogener Jugendhilfeleistungen wird das bestehende System Potsdamer Schulsozialarbeit im bisherigen Rahmen und Umfang fortgeführt, inhaltlich jedoch weiter qualifiziert.
5. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Bildung und Sport, diesem Verfahren zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 2

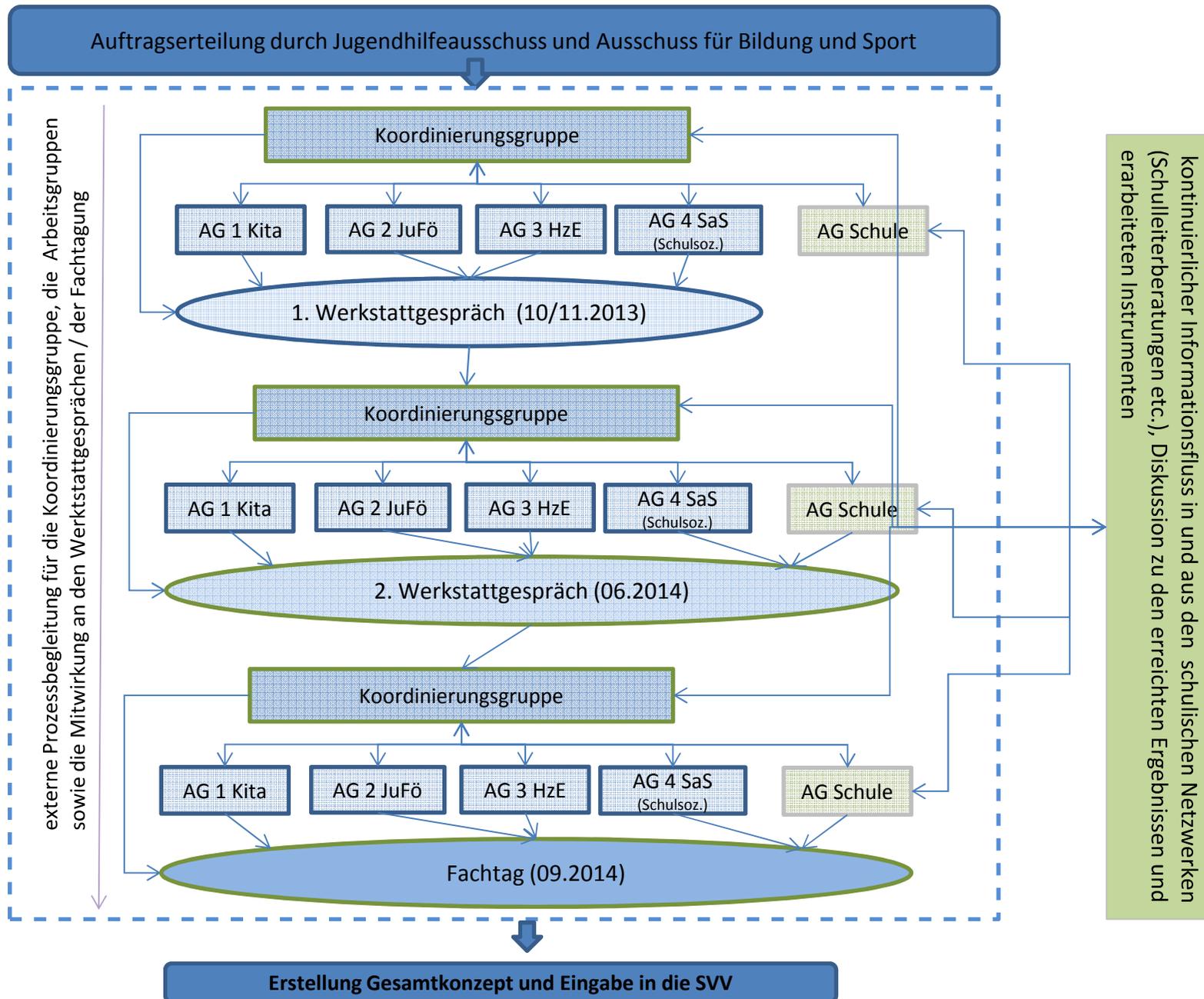
Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder des Jugendhilfeausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss werden 3 Seiten beigelegt.

Potsdam, den 14. Dezember 2012

Spyra
Schriftführerin

Arbeitsstruktur zur Entwicklung eines Gesamtkonzepts Sozialarbeit an Schulen in der LH Potsdam



Meilenstein	Aufgabenbereich:	Plantermin	Hinweise	externe Begleitung / Kosten
1	Auftrag des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes Sozialarbeit an Schulen in der LH Potsdam	13. Dezember 2012	Inhaltliche Auftragsbeschreibung + Zeitplan + Ressourcen (für Prozessbegleitung, Durchführung Werkstätten/Fachtag und externe Unterstützungsleistungen für die Arbeitsgruppen)	
2	Koordinierungsgruppe nimmt die Arbeit auf	Mitte Januar 2013	In der Koordinierungsgruppe wirken mit: Vertreter_in JHA, Vertreter_in_BA, Vertreter_in Staatliches Schulamt, FbL 35, FbL 21, Vertreter_in UA JHpl . Moderation und Unterstützung für die Gruppe durch ext. Prozessbegleitung. Die Koordinierungsgruppe muss im weiteren Prozess den Gesamtüberblick herstellen, Informationen an die operative sowie strategische (Politik) Ebene geben und sicherstellen, dass die operative Ebene die Unterstützungsleistungen erhält, die für die inhaltliche Arbeit notwendig ist.	Für die Begleitung der Koordinierungsgruppe 15 Treffen. Je Treffen inkl. der Vor- und Nachbereitung ein Beratertag: 15 Beratertage
2a	Auftragsbeschreibung durch Koordinierungsgruppe auf der Grundlage der Ergebnisse/Erkenntnisse im bisherigen Prozess (Evaluation, Workshops und jugendhilfeinterne Runden)	Mitte Februar 2013	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
2b	Auftragspräzisierung und Definition von Auftragspaketen im Dialog mit den Arbeitsgruppen auf der operativen Ebene	März 2013	Voraussichtlich werden die bestehenden arbeitsfeldbezogenen Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII zzgl. der AG SaS und eine Schul-AG die grundlegende Struktur auf der Arbeitsebene darstellen. Die Arbeitsgruppen definieren ihren Arbeitsplan und beziehen - wo notwendig - schulische Akteure und andere AGs ein. Ein erstes Arbeitspaket wird eine umfassendere Bestandsaufnahme der Aktivitäten/Angebote im Feld der Sozialarbeit an Schulen (der schulbezogenen Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe) darstellen müssen.	Für die Begleitung der Arbeitsgruppen sind je Gruppe 10 Treffen kalkuliert (nicht immer mit der gesamten Gruppe, das können die AGs nicht leisten). Je Treffen inkl. der Vor- und Nachbereitung 5 Stunden: 50 Treffen x 5 Stunden = 250 Stunden, entspricht: 31,25 Beratertage
3	Arbeit auf der operativen Ebene in Abstimmung mit und Rückkopplung zu der Koordinierungsgruppe	ab April 2013	Benennung von Ansprechpartner_innen / Verantwortlichen in den Arbeitsgruppen / Was können die AGs leisten? Welche Unterstützung ist notwendig? Welche Aufgaben müssen vergeben und dann in den AGs diskutiert und angereichert werden? Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form erfolgt die Einbeziehung der schulischen Akteure in den Arbeitsprozess? Welche Unterstützungsleistung soll durch die Prozessbegleitung in den Arbeitsgruppen stattfinden?	Im Zuge der Arbeit mit den AGs wird es notwendig sein Instrumente zu entwickeln (z.B. zur Bestandserfassung), eine Auswertung und Zusammenfassung von Befragungen/ Erhebungen vorzunehmen. Das werden die AGs nicht leisten können - hier wird es die externe fachliche Zuarbeit/ Unterstützung brauchen: 8 Beratertage
3a	Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden in die Koordinierungsgruppe eingebracht	August 2013	Zusammenführung und Diskussion der Ergebnisse / Materialien	
3b	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe. Info an die Arbeitsgruppen und Vorbereitung des 1. Werkstattgesprächs	September 2013	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung: Werkstattgespräch konzipieren, Ziele festlegen	
4	1. Werkstattgespräch (Jugendhilfe)	Ende Oktober/ November 2013	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
4a	Auswertung des Werkstattgesprächs und Rückkopplung von Ergebnissen und ggf. Arbeitsaufträgen in die Arbeitsgruppen sowie Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Bildung und Sport in Form eines Zwischenberichtes	Ende November 2013 bzw. Dezember 2013/ Januar 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
5	Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung / Einbeziehung der Ergebnisse aus dem 1. Werkstattgespräch. Rückfluss der Ergebnisse an die Koordinierungsgruppe	ab November 2013	Arbeitsgruppen	

Meilensteinplan und Kostenkalkulation

6	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe. Info an die Arbeitsgruppen und Vorbereitung des 2. Werkstattgesprächs	bis Mai 2014	Koordinierungsgruppe: Werkstattgespräch konzipieren, Ziele festlegen	
7	2. Werkstattgespräch (Schule - Jugendhilfe)	Juni 2014	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
7a	Auswertung des 2. Werkstattgesprächs und Rückkopplung der Ergebnisse in die Arbeitsgruppen	Juni/Juli 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
8	Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung/ Einbeziehung der Ergebnisse aus dem 2. Werkstattgespräch	Juni 2014	Teil der Weiterarbeit in den Arbeitsgruppen wird unter anderem die Zuarbeit für den Entwurf zur Gesamtkonzeption Sozialarbeit an Schulen in Potsdam sein	
9	Bündelung und Aufbereitung bisheriger Ergebnisse durch die Koordinierungsgruppe in Form einer Entwurfsfassung einer Gesamtkonzeption. Info an die Arbeitsgruppen	Juli/August 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung: Grundlage für die Arbeit beim Fachtag ist der Entwurf eines Gesamtkonzepts zur Sozialarbeit an Schulen in Potsdam	
10	Fachtag	Ende September 2014	externe Moderation (zwei Personen)	Für die Moderation inkl. Vor- und Nachbereitung sowie Dokumentation: 3,5 Beratertage (inkl. Co-Moderation)
10a	Auswertung des Fachtages / Einarbeitung der Ergebnisse in die Gesamtkonzeption und Rückkopplung der Ergebnisse in die Arbeitsgruppen	Oktober/November 2014	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
11	Abgabe Gesamtkonzeption und Vorstellung in (einer gemeinsamen Sitzung?) JHA und BA bzw. SVV zur Beschlussfassung	Dezember 2014 (Abgabe) / März 2015 (JHA/BA/SVV)	Koordinierungsgruppe / externe Prozessbegleitung	
			Im Gesamtprozess sind einzuplanen Berichterstattung in den Ausschüssen, ggf. Präsentation zum Abschluss in SVV, gesonderte Besprechungen (mit Staatlichem Schulamt, ...) außerhalb des hier skizzierten Prozesses sowie die redaktionelle Mitarbeit bei der Entwurfsfassung des Gesamtkonzepts: 7 Beratertage	
			Beratertage gesamt:	71,75 Beratertage (15 + 31,25 + 8 + 3,5 + 3,5 + 3,5 + 7)
			Tagessatz Beratertag:	600 € netto (714 brutto)
			Gesamtkosten:	43.050 € netto (51.229,50 € brutto)
			Zeitraum:	Januar 2013 bis März 2015

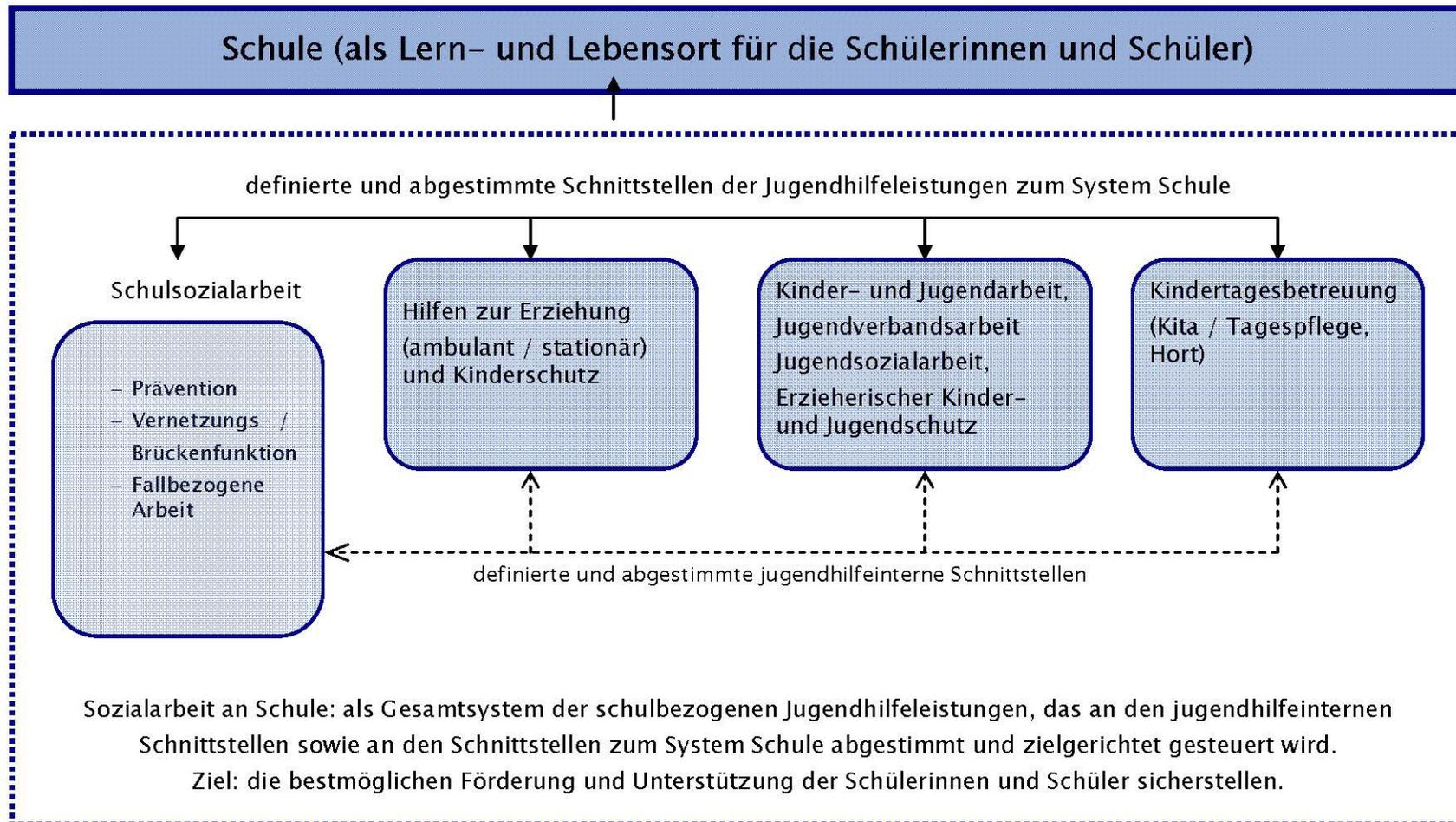


Schaubild 1: Sozialarbeit an Schulen als abgestimmtes Gesamtsystem der schulbezogenen Jugendhilfeleistungen



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0558

Betreff:
Azubiwohnen

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 13/SVV/0204

Erstellungsdatum 22.08.2013

Eingang 902: 22.08.2013

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt zu prüfen, ob Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende in Potsdam besteht. Sollte die Bedarfsprüfung positiv ausfallen, sind Ansätze zu entwickeln, wie und mit welchen Partnern (städtische und private Unternehmen, öffentliche Partner) die Landeshauptstadt Potsdam dazu beitragen kann. Hinsichtlich der Bedarfsermittlung muss aus Sicht der Verwaltung unterschieden werden, ob es sich um Auszubildende handelt,

1. die ein Oberstufenzentrum (OSZ) der LHP besuchen und ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg haben und denen eine tägliche Anreise nicht zugemutet werden kann, oder
2. die eine Ausbildung in der LHP absolvieren bzw. anstreben, jedoch kein OSZ in der LHP besuchen und somit keinen Anspruch auf eine Unterbringung im Wohnheim der OSZ haben. Es wird vermutet, dass aufgrund der angespannten Wohnungssituation in der LHP einige junge Menschen eine potenzielle Ausbildungsstelle nicht annehmen können, weil sie keinen geeigneten Wohnraum finden.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Zu 1.)

Die ausführliche Beantwortung der Fragestellung erfolgt in der Stellungnahme der Leiterin des Wohnheims der Oberstufenzentren in Potsdam (Anlage).

Ergebnis:

Bedingt durch die unterschiedliche Belegungsstruktur unterliegt die Kapazitätsauslastung des Wohnheims der Oberstufenzentren erheblichen Schwankungen. Im Ergebnis wird deutlich, dass die unter Punkt 1. Genannten Auszubildenden vollständig in dem Wohnheim untergebracht werden können. Es besteht demnach kein Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für diese Auszubildenden.

Zu 2.)

Um einen Bedarf festzustellen, wurden in Abstimmung mit dem Antragsteller die nachfolgenden sechs Institutionen angeschrieben: Agentur für Arbeit Potsdam, Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V., Handwerkskammer Potsdam, Industrie- und Handelskammer Potsdam, Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg, ProPotsdam GmbH.

Im Ergebnis kann Folgendes mitgeteilt werden:

Nach den Ausführungen der Agentur für Arbeit ist es für Auszubildende schwierig, bezahlbaren Wohnraum in Potsdam zu finden. Daher können manche Interessenten aus dem Umland eine freie Ausbildungsstelle nicht annehmen. Insbesondere bestehen Probleme in Luckenwalde, Jüterbog und Dahme. In diesen Regionen können die Stellen nicht so angeboten werden, wie sie erforderlich wären. Als Grund hierfür wurde die schlechtere Verkehrsanbindung nach Potsdam im Vergleich zu Berlin angegeben. Einige Jugendliche wünschen daher eine Vermittlung nach Berlin.

Der Deutsche Hotel & Gaststättenverband Brandenburg e.V. hat diverse Hotels um Auskunft gebeten. Das Resort Schwielowsee gibt an, Mitarbeiterwohnungen, auch für Auszubildende, zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich insgesamt um sieben Wohnungen, welche wechselnd belegt sind. Das Resort Schwielowsee hat demnach kein Bedarf an Wohnraum für Auszubildende. Das arcona HOTEL AM HAVELUFER gibt an, dass zwei der sechs Auszubildenden Wohnraum benötigen. Das Mercure Hotel Potsdam City teilt mit, dass im Durchschnitt jährlich sechs Auszubildende in den Berufen Hotelfachangestellte/r, Restaurantfachmann/-frau und Koch/Köchin eine Ausbildung beginnen. Die Erfahrungswerte der letzten Jahre ergeben, dass davon ein Drittel von außerhalb kommt und den Wunsch äußert, nach Potsdam zu ziehen. Derzeitig sind zwei Auszubildende auf Wohnungssuche.

Die Handwerkskammer Potsdam begrüßt das Interesse der Landeshauptstadt außerordentlich, sich mit dem Bedarf von Wohnraum für Auszubildende auseinanderzusetzen und sieht dies als einen wesentlichen Beitrag zur Fachkräftesicherung für Potsdamer Unternehmen an. In den letzten Jahren erfolgte die Konfrontation mit diesem Problem überwiegend mit den ansässigen Trägern der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung. Die Träger mussten mitunter sehr unkonventionelle Lösungen, wie Taxiverkehr nach Großbeeren, in Betracht ziehen. Anfragen bei den Jugendherbergen, Pensionen oder Ähnliches verliefen ergebnislos, da diese lediglich an festen Verträgen mit Vorlauf von einem Kalenderjahr interessiert waren. Einige dieser Träger haben inzwischen ihre Ausbildung verlagert. Die Handwerkskammer Potsdam geht dennoch von einem Bedarf aus. Der Wohnraum muss für den einzelnen Auszubildenden nur für bestimmte Ausbildungsabschnitte (ca. 4 Wochen verteilt auf das Ausbildungsjahr) zur Verfügung stehen. Es geht demnach um Wohnheimplätze für eine kurzfristige Unterbringung. Die Handwerkskammer Potsdam geht von einem wöchentlichen Bedarf von ca. 15 Plätzen aus.

Wie die Ausbildungsbetriebe mit dem Problem der Unterbringung von auswärtigen Auszubildenden umgehen, ist der Handwerkskammer Potsdam nur unvollständig bekannt. Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen befindet sich der Wohnort von 379 Auszubildenden in

Potsdamer Handwerksunternehmen in 231 Fällen nicht in Potsdam. Mit Stand vom 20. Juni 2013 sind davon 34 außerhalb der Länder Brandenburg und Berlin. Derzeitig wird von einem Bedarf an kleineren Wohneinheiten von mindestens 50 nur für den Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammer Potsdam ausgegangen.

Nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer Potsdam gibt es bis auf vereinzelte konkrete Hinweise aus dem Bereich der Hotellerie und Gastronomie keine drängenden Nachfragen nach geeignetem Wohnraum für Auszubildende. Potsdamer Unternehmen finden offensichtlich häufig Auszubildende aus Potsdam bzw. näherer Umgebung. Darüber hinaus ist die Landeshauptstadt im Vergleich zu einigen anderen, strukturschwächeren Regionen des IHK-Bezirks verkehrstechnisch verhältnismäßig gut angebunden. Aus dem Hotel- und Gaststättenbereich besteht vereinzelt der Wunsch nach Wohnheimplätzen, welche bei Bereitstellung durch die Landeshauptstadt Potsdam auch für andere Branchen interessant wären.

Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg teilt mit, dass gemäß der Vorgaben der Landesregierung der Personalbestand der Landesverwaltung in nahezu allen Bereichen in den letzten 10 Jahren stark reduziert wurde. Daher bestand und besteht kein Raum für Neueinstellungen bzw. für die Erstausbildung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz von Schulabgängern und ihre spätere Übernahme. Hinsichtlich der fachspezifischen Ausbildungen des Landes, wie für die Steuerverwaltung und die Polizei wird angemerkt, dass diese nicht in Potsdam, sondern in Oranienburg und Königswusterhausen, teilweise mit eigenen Unterbringungsmöglichkeiten, angeboten werden. Demnach besteht kein Bedarf an Wohnraum für Auszubildende.

Die ProPotsdam GmbH erkennt aktuell keinen Bedarf zur Bereitstellung von Wohnraum speziell für dort ausgebildeten Jugendlichen. Zudem entwickelt die ProPotsdam GmbH in Reaktion auf den angespannten Potsdamer Wohnungsmarkt ohnehin ständig neue Instrumente zur Schaffung zusätzlicher Belegungsrechte für die Landeshauptstadt.

Des Weiteren wurde bei der Pro Potsdam GmbH angefragt, ob die Möglichkeit bestünde, im Falle eines gegebenen Bedarfs mit städtischer Beteiligung geeigneten Wohnraum für Auszubildende zu schaffen. Die Pro Potsdam GmbH hat wie folgt Stellung bezogen:

Die Wirtschaftsplanung der ProPotsdam GmbH ist im Wesentlichen von dem von der Gesellschafterin festgelegten Neubauprogramm (1.000 Wohnungen bis zum Jahr 2019) geprägt. Die mit diesem ambitionierten Neubauvolumen und anderen Entwicklungsmaßnahmen (z.B. Areal Luftschiffhafen, Speicherstadt etc.) einhergehende Eigenkapital- und Ressourcenbindung macht es der ProPotsdam GmbH derzeit nicht möglich, sich zusätzlich an der Schaffung von Wohnraum für Auszubildende zu beteiligen. Dies könnte nur ermöglicht werden, wenn die zusätzlich gewünschten Maßnahmen durch die Gesellschafterin auf die bestehenden Unternehmensziele angerechnet und ein Eigenkapitaleinsatz durch Stellung entsprechender kommunaler Sicherheiten minimiert bzw. ersetzt werden könnte.

Ergebnis:

Die angeschriebenen Institutionen haben unterschiedliche Auffassungen zum bestehenden Bedarf an geeignetem Wohnraum für Auszubildende in der Landeshauptstadt Potsdam. Zusammenfassend ist jedoch festzustellen, dass sich eine Schaffung von geeignetem Wohnraum positiv auf die Aufnahme eines Ausbildungsverhältnisses in Potsdam auswirken würde.

Der Bereich Beteiligungsmanagement empfiehlt, die ProPotsdam GmbH nicht mit der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Auszubildende zu beauftragen, da dies Einfluss auf die Erreichung der strategischen Vorgaben der Landeshauptstadt Potsdam hat und das Unternehmen finanziell überfordern könnte.

Anlage : Ausführlicher Bericht der Wohnheimleiterin

Anlage

Wohnheim der Oberstufenzentren
Wohnheimleiterin Frau M. Schmidt
Bisamkiez 107 – 111
14478 Potsdam

17 April 2013

Antrag DS 13/SVV/0204 Azubiwohnen Stellungnahme

Gemäß § 99 Abs. 2 Brandenburgisches Schulgesetz soll der Schulträger ein Wohnheim oder Internat bereitstellen, wenn Schulen von Schülerinnen und Schülern besucht werden, denen eine tägliche Anreise nicht zugemutet werden kann. V. G. Sachverhalt liegt bei einem Teil der SchülerInnen und Auszubildenden der drei Potsdamer Oberstufenzentren vor.

Dementsprechend stellt die Landeshauptstadt Potsdam das Wohnheim der Oberstufenzentren, Bisamkiez 107 – 111, 14478 Potsdam, für den genannten Bedarf zur Verfügung.

Entsprechend Betriebserlaubnis des Landesjugendamtes Brandenburg vom 19.03.2012 hat das Wohnheim eine Kapazität von 124 Plätzen.

Rechtsgrundlage für die Nutzung eines Wohnheimplatzes im Wohnheim der OSZ ist die Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren der Landeshauptstadt Potsdam vom 4. Februar 2005. Unter dem § 1 Abs. 1 bis 5 der Satzung sind die Personengruppen und Zugangsvoraussetzungen benannt, die zur Anwendung kommen.

Die Aufnahme von Auszubildenden wird durch die Satzung geregelt und ist auf einen Personenkreis mit folgenden Zugangsvoraussetzungen festgelegt:

Den Auszubildenden, die eines der drei Oberstufenzentren der Stadt Potsdam besuchen und deren Wohnsitz sich im Land Brandenburg und nicht in Potsdam befindet, wird durch die LHP gemäß § 99 Abs. 2 Satz 3 BbgSchulG ein Wohnheimplatz zur Verfügung gestellt, um den Schulteil ihrer Ausbildung absolvieren zu können.

Der Schulbesuch der einzelnen Berufsgruppen ist in Blöcken organisiert, gegliedert in eine unterschiedliche Anzahl von Tagen pro Woche bzw. eine durchgängige wöchentliche Nutzung und in 1 oder 2 Wochen aufgeteilt:

Tagesturnus (1 oder 2 Wochentage):

Jede entsprechende Berufsgruppe nutzt an unterschiedlichen Tagen einen Wohnheimplatz, bei denen sich auch einzelne Wochentage überschneiden können. Berufsgruppen, die an einem oder zwei Tagen einer Woche beschult werden, nutzen die Einrichtung in jeder Schulwoche für die jeweilig festgelegte Anzahl der Schultage.

Berufsgruppen mit einer Anzahl von 5 oder 10 Schultagen besuchen die Einrichtung in verschiedenen Wochenrhythmen.

Ein-Wochen-Turnus (5 Schultage) :

Im Regelfall wiederholt sich der Ein-Wochen-Turnus in einem Abstand von drei Wochen. Es erfolgt nochmals eine Unterteilung in 4 bzw. 5 Anwesenheitstage je nach Anreisedatum.

Zwei-Wochen-Turnus (10 Schultage):

Der Zwei-Wochen-Turnus wird in unterschiedlichen Abständen von 5 bis 7 Wochen in den Oberstufenzentren beschult. Es erfolgt ebenfalls eine Unterteilung in 3 oder 10 Anwesenheitstage je nach Anreisedatum.

Ständige Bewohner (Jugendliche mit einer ausschließlich schulischen Ausbildung):

Berufsgruppen (z. B. Berufsgruppe Erzieher) mit einer rein schulischen Ausbildung sind Bewohner, die in jeder Schulwoche sowie für Praktika (die zur schulischen Ausbildung gehören) einen Wohnheimplatz belegen. Auszubildende durchlaufen in täglichen, wöchentlichen und zweiwöchigem Wechsel das Wohnheim.

Die Unterbringung erfolgt in Ein-, Zwei-, oder Vierbettzimmern von jeweils Sonntag bis Freitag einer Woche und wird nach Blockplänen der Oberstufenzentren für die entsprechenden Berufsgruppen und einzelnen Ausbildungsjahre geplant und belegt. Die Kapazität von 124 Plätzen setzt sich aus 2 Einzelzimmern, 25 Zweibettzimmern und 18 Vierbettzimmern zusammen.

Die Öffnungszeiten der Einrichtung sind den Schultagen der Oberstufenzentren und den An- und Abreiseerfordernissen der Jugendlichen angepasst.

Durch die Struktur der Blockpläne wechseln die Bewohner (bis auf die Nutzer einer rein schulischen Ausbildung) in den oben genannten Rhythmen. Die Unterbringung erfolgt nach Ausbildungsjahren und Bildungsgängen (Ausbildungszeiten zwischen 2 und 3,5 Jahre), Einteilung von berufsbezogenen Klassen und nach Möglichkeit unter Berücksichtigung persönlicher Wünsche.

Eine Einflussnahme auf den jeweiligen Blockplan der einzelnen Berufsgruppen und Bildungsgänge der drei Oberstufenzentren ist durch das Wohnheim nicht möglich. Die Blockpläne werden durch die OSZ gestellt.

Aus diesem Aufbau ergibt sich eine täglich sowie wöchentlich wechselnde Anzahl der Nutzung von Wohnheimplätzen, in denen es nicht nur während einzelner Wochen zu einer unterschiedlichen Kapazitätsauslastung kommt, sondern sich auch täglich, innerhalb einer Woche schwankende Belegungszahlen darstellen. Zur wechselnden Auslastung besteht ein ständiger Wechsel der Berufsgruppen und einzelner Ausbildungsjahre.

Den Hauptanteil der Wohnheimnutzer stellen der Ein- und Zwei-Wochen-Turnus sowie der Tageturnus.

Aufgrund der mehrmals abgebildeten Belegungsstruktur ist eine Unterbringung in WG-Gruppen bzw. einem Pool kleiner Wohnungen für Jugendliche, die das Wohnheim der Oberstufenzentren nutzen, nicht praktikierbar.

Die Gebührenhöhe ist dem Personenkreis, der durch das Wohnheim bedient wird, d. h., dem Ausbildungsentgelt von Auszubildenden angepasst. Das Wohnheim wird den Ansprüchen nach „jungem Wohnen“ in seinen Möglichkeiten durch vielfältige Freizeitangebote (z. B. moderne Fitnessräume, Nutzung von Sporthallenzeiten, zahlreiche Kreativangebote) sowie durch pädagogische Betreuung und Begleitung gerecht (siehe Flyer).

Eine Unterbringung in einer bestimmten Wunschkategorie der Zimmer ist nicht immer möglich, findet aber weitestgehend Berücksichtigung.

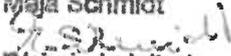
Der Antrag bezieht sich darüber hinaus auf Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz in Potsdam wahrnehmen wollen, aber keinen bezahlbaren Wohnraum finden können. Für diese Gruppe von Auszubildenden ist eine Nutzung im Wohnheim der OSZ nicht vorgesehen (siehe Satzung §1 Abs. 1 und 2). Eine Pflichtaufgabe des Schulträgers zur Bereitstellung von

Wohnheimplätzen besteht nicht. Ein Aufenthalt von Jugendlichen, die einen ständigen Wohnsitz durch Ausbildungsplatz und Schulbesuch in Potsdam benötigen, erfordert u. a. eine zeitlich durchgehende Unterbringung während der gesamten Ausbildungszeit (Praxis- sowie Schulteil) und keine Einschränkung durch Öffnungszeiten. Diese Jugendlichen würden keinem Wechsel zwischen Ausbildungsbetrieb und dem Schulteil der Ausbildung über große Entfernungen unterliegen (vgl. § 99 Brandenburgisches Schulgesetz).

Für den in der Satzung festgelegten Personenkreis können durch das Wohnheim Wohnheimplätze (je nach Kapazität) für den Zeitraum der gültigen Öffnungszeiten zur Verfügung gestellt werden. Diese beinhalten keine Unterbringung an den Wochenenden. Für diesen Personenkreis findet die Gebührensatzung unter § 1 Abs. 3 Anwendung. Die Gebührenhöhe zwischen den zugangsberechtigten Auszubildenden und den Jugendlichen, denen nach Kapazität ein Platz angeboten werden kann, unterscheiden sich erheblich.

Vergleichbare Parameter mit Potsdamer Studentenwohnheimen in Bezug auf Belegungsstrukturen und Nutzermöglichkeiten sind nicht erkennbar.

Fazit: Unter Berücksichtigung der Nutzungs- und Gebührensatzung der LHP und der vorliegenden statistischen Darstellung über die Auslastung der Wohnheimplätze, ist für den in der Satzung benannten Personenkreis unter § 1 Abs. 1 und 2 kein Ausbau von Wohnheimplätzen erforderlich.

Maja Schmidt

Wohnheimleiterin

Anlagen
Belegungsstatistik 2012
Flyer Wohnheim der Oberstufenzentren 2012

Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %
01.01.2012								01.03.2012	66		55
02.01.2012				01.02.2012				02.03.2012			
03.01.2012	60	1	49	02.02.2012				03.03.2012			
04.01.2012	77	1	63	03.02.2012				04.03.2012	50		40
05.01.2012	85	1	69	04.02.2012	45		36	05.03.2012	79		64
06.01.2012				05.02.2012	68		55	06.03.2012	81		65
07.01.2012				06.02.2012	69		56	07.03.2012	71		57
08.01.2012	52		42	07.02.2012	60		48	08.03.2012	76		61
09.01.2012	75		60	08.02.2012	68		55	09.03.2012			
10.01.2012	73		59	09.02.2012				10.03.2012			
11.01.2012	66		53	10.02.2012				11.03.2012	46		37
12.01.2012	74		60	11.02.2012	61		49	12.03.2012	75		60
13.01.2012				12.02.2012	90		73	13.03.2012	78		63
14.01.2012				13.02.2012	92		74	14.03.2012	67		54
15.01.2012	56		43	14.02.2012	86		69	15.03.2012	73		59
16.01.2012	89		72	15.02.2012	93		75	16.03.2012			
17.01.2012	90		73	16.02.2012				17.03.2012			
18.01.2012	78		63	17.02.2012				18.03.2012	43		35
19.01.2012	86		69	18.02.2012	58		47	19.03.2012	63	2	52
20.01.2012				19.02.2012	84		68	20.03.2012	65		52
21.01.2012				20.02.2012	86		69	21.03.2012	63		43
22.01.2012	49		40	21.02.2012	75		60	22.03.2012	60		48
23.01.2012	74		60	22.02.2012	83		67	23.03.2012			
24.01.2012	77		62	23.02.2012				24.03.2012			
25.01.2012	86		53	24.02.2012				25.03.2012	59		48
26.01.2012	74		60	25.02.2012	48		39	26.03.2012	89		72
27.01.2012				26.02.2012	72		58	27.03.2012	92		74
28.01.2012				27.02.2012	73		59	28.03.2012	81		65
29.01.2012				28.02.2012	61		49	29.03.2012	88		71
30.01.2012				29.02.2012				30.03.2012			
31.01.2012								31.03.2012			

Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %
01.04.2012				01.05.2012	45		36	01.06.2012			
02.04.2012				02.05.2012	63		51	02.06.2012			
03.04.2012				03.05.2012	70		56	03.06.2012	40		32
04.04.2012				04.05.2012				04.06.2012	56		44
05.04.2012				05.05.2012				05.06.2012	64		52
06.04.2012				06.05.2012	46		37	06.06.2012	55		44
07.04.2012				07.05.2012	68	2	56	07.06.2012	62		60
08.04.2012				08.05.2012	69		56	08.06.2012			
09.04.2012				09.05.2012	59		48	09.06.2012			
10.04.2012				10.05.2012	65		52	10.06.2012	39		31
11.04.2012				11.05.2012				11.06.2012	54	4	47
12.04.2012				12.05.2012				12.06.2012	63	4	54
13.04.2012				13.05.2012	39		31	13.06.2012	50	4	44
14.04.2012				14.05.2012	64		52	14.06.2012	54	4	47
15.04.2012	62		42	15.05.2012	67		54	15.06.2012			
16.04.2012	82		66	16.05.2012				16.06.2012			
17.04.2012	82		66	17.05.2012		28	23	17.06.2012	45		36
18.04.2012	71		57	18.05.2012		28	23	18.06.2012	63		51
19.04.2012	72		58	19.05.2012		28	23	19.06.2012	71		57
20.04.2012				20.05.2012	51		41	20.06.2012			
21.04.2012				21.05.2012	76		61	21.06.2012			
22.04.2012	45		36	22.05.2012	80		65	22.06.2012			
23.04.2012	74	24	78	23.05.2012	69		56	23.06.2012			
24.04.2012	75	24	80	24.05.2012	76		61	24.06.2012			
25.04.2012	60	24	68	25.05.2012				25.06.2012			
26.04.2012	69	25	76	26.05.2012				26.06.2012			
27.04.2012				27.05.2012				27.06.2012			
28.04.2012				28.05.2012	47		38	28.06.2012			
29.04.2012				29.05.2012	77		62	29.06.2012			
30.04.2012				30.05.2012	66		53	30.06.2012			
				31.05.2012	72		58				

Datum	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %
01.07.12	01.08.2012				01.09.2012				01.10.2012			
02.07.12	02.08.2012				02.09.2012	57		46	02.10.2012			
03.07.12	03.08.2012				03.09.2012	80		65	03.10.2012			
04.07.12	04.08.2012				04.09.2012	82		66	04.10.2012			
05.07.12	05.08.2012	32	2	27	05.09.2012	74		60	05.10.2012			
06.07.12	06.08.2012	58		47	06.09.2012	79		64	06.10.2012			
07.07.12	07.08.2012	74		60	07.09.2012				07.10.2012			
08.07.12	08.08.2012	66		53	08.09.2012				08.10.2012			
09.07.12	09.08.2012	71		57	09.09.2012	81		65	09.10.2012			
10.07.12	10.08.2012				10.09.2012	111		90	10.10.2012			
11.07.12	11.08.2012				11.09.2012	115		93	11.10.2012			
12.07.12	12.08.2012	46		37	12.09.2012	107		86	12.10.2012			
13.07.12	13.08.2012	61		48	13.09.2012	113		91	13.10.2012	85		69
14.07.12	14.08.2012	72		58	14.09.2012				14.10.2012	115		93
15.07.12	15.08.2012	64		52	15.09.2012				15.10.2012	117		94
16.07.12	16.08.2012	69		56	16.09.2012	64		44	16.10.2012	110		89
17.07.12	17.08.2012				17.09.2012	79		64	17.10.2012	112		90
18.07.12	18.08.2012				18.09.2012	76		61	18.10.2012			
19.07.12	19.08.2012	60		48	19.09.2012	72		58	19.10.2012			
20.07.12	20.08.2012	84		68	20.09.2012	77		62	20.10.2012			
21.07.12	21.08.2012	92		74	21.09.2012				21.10.2012	54		44
22.07.12	22.08.2012	84		68	22.09.2012				22.10.2012	85		69
23.07.12	23.08.2012	89		72	23.09.2012	55		44	23.10.2012	87		70
24.07.12	24.08.2012				24.09.2012	79		64	24.10.2012	78	2	65
25.07.12	25.08.2012				25.09.2012	79		64	25.10.2012	82		66
26.07.12	26.08.2012	53		43	26.09.2012	71	1	58	26.10.2012			
27.07.12	27.08.2012	74		60	27.09.2012	75	1	61	27.10.2012			
28.07.12	28.08.2012	78		63	28.09.2012				28.10.2012	60		48
29.07.12	29.08.2012	72		58	29.09.2012				29.10.2012	83		67
30.07.12	30.08.2012	74		60	30.09.2012				30.10.2012	46		37
31.07.12	31.08.2012								31.10.2012	69		56

Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %	Datum	Soil Azubi	Gäste	Auslastung in %
01.11.2012	90		65	01.12.2012			
02.11.2012				02.12.2012	47		38
03.11.2012				03.12.2012	82	7	72
04.11.2012	78		63	04.12.2012	76	7	67
05.11.2012	112		90	05.12.2012	69	7	61
06.11.2012	113		91	06.12.2012	73	7	65
07.11.2012	106		85	07.12.2012			
08.11.2012	110		89	08.12.2012	64		52
09.11.2012				09.12.2012	91	1	74
10.11.2012	49		37	10.12.2012	82	1	75
11.11.2012	74		60	11.12.2012	85	1	69
12.11.2012	76		61	12.12.2012	89	1	73
13.11.2012	69		55	13.12.2012			
14.11.2012	72		58	14.12.2012			
15.11.2012				15.12.2012			
16.11.2012				16.12.2012	79		64
17.11.2012				17.12.2012	112	1	91
18.11.2012	66	1	48	18.12.2012	113	1	92
19.11.2012	81	1	66	19.12.2012	106	1	86
20.11.2012	80	1	65	20.12.2012	72	1	59
21.11.2012	73	1	60	21.12.2012			
22.11.2012	77	1	63	22.12.2012			
23.11.2012				23.12.2012			
24.11.2012				24.12.2012			
25.11.2012	81		65	25.12.2012			
26.11.2012	111		90	26.12.2012			
27.11.2012	112		90	27.12.2012			
28.11.2012	105		85	28.12.2012			
29.11.2012	76		63	29.12.2012			
30.11.2012				30.12.2012			
				31.12.2012			

Kosten eines Wohnheimplatzes

Die Kosten des Wohnheimplatzes werden entsprechend der Zimmerkategorie berechnet und gemäß der gültigen Satzung durch die Landeshauptstadt Potsdam erhoben.
Frühstück und Bettwäsche sind ebenso in der Gebühr enthalten wie die Betriebs- und Energiekosten sowie die durchgängige Betreuung durch Fachpersonal.
Nach Vorlegen bestimmter Voraussetzungen können Auszubildende Zuschüsse zu den Kosten für Unterbringung und Verpflegung in den zuständigen Ämtern ihrer Heimatkommunen beantragen.
Nähere Informationen hierzu erhalten Sie im Wohnheim.

Anmeldung / Aufnahme / Kündigung

Die Übergabe der erforderlichen Unterlagen erfolgt nach einer formlosen, schriftlichen Anmeldung.
Eine Aufnahme erfolgt unter Beachtung der gültigen Zugangsvoraussetzungen gemäß § 99 Abs. 2 Satz 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes sowie entsprechend der Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren der Landeshauptstadt Potsdam in der jeweils gültigen Fassung. Die Satzung wird jedem Nutzer zur Verfügung gestellt. Kündigungen werden nur fristgemäß und in schriftlicher Form rechtsgültig. Kündigungsfristen für das Wohnheim sind ebenfalls der jeweils gültigen Satzung zu entnehmen.

Organisatorische Hinweise

Erstanreise

Die zur Erstanreise fällige Kaution wird nur als Bareinzahlung entgegengenommen. Minderjährige Jugendliche müssen von einem Personensorgeberechtigten begleitet werden.

Elektrische Geräte

Diese dürfen nur mit Genehmigung des Personals und gültigem Prüfprotokoll betrieben werden (BGV A2/3 (MBG4) GUV, UIV, sowie DIN VDE 0702 Teil 1) - auch Handyladegeräte!! Private Fernseher und Laptops können nach Antragstellung und Genehmigung durch die Wohnheimleitung bei Vorlage des Nachweises über die Zahlung von GEZ-Gebühren und unter den unter den genannten Voraussetzungen im Wohnheim genutzt werden.

Versicherung

Während des Aufenthaltes im Wohnheim, auf dem gesamten Gelände der Einrichtung sowie bei der Nutzung der Freizeitangebote und der damit zur Verfügung gestellten Sport und Fitnessgeräte, Fahrräder usw. besteht durch die Einrichtung bzw. den Träger der Einrichtung kein Versicherungsschutz.

Allgemeine Hinweise

Für die zur Verfügung gestellte Bettwäsche steht bei der Abreise ein Container bereit. Mitzubringen sind: ein Passbild, Handtücher und ein Geschirrtuch für den persönlichen Gebrauch.

Wohnheim der Oberstufenzentren

Potsdam



Sehr geehrte Damen und Herren,

im Wohnheim der Oberstufenzentren der Landeshauptstadt Potsdam werden Auszubildende betreut, die ein Oberstufenzentrum der Stadt Potsdam besuchen und denen ein täglicher Fahrgeweg zum Bildungsträger aufgrund des weit entfernten Wohnsitzes nicht zumutbar ist.

In einem modernen und praktisch angelegten Wohnambiente bietet die Einrichtung jugendlichen und jungen Erwachsenen Raum, sich den persönlichen Vorstellungen entsprechend einzurichten.

Mit dem vorliegenden Flyer erhalten Sie einen Überblick über:

- das Profil und die Angebotsstruktur
- Leistungsmerkmale und Aufgaben des Wohnheimes
- Rahmenziele
- Freizeitangebote
- die Kosten eines Wohnheimplatzes
- die Zugangsvoraussetzungen für Auszubildende und
- organisatorische Hinweise.

Zusätzlich können an den Wochenenden und während der Ferienzeiten Unterbringungsmöglichkeiten für Schulklassen und Sportvereine zur Verfügung gestellt werden.

Einen angenehmen Aufenthalt wünscht

Dr. Iris Jana Magdowski
Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport

Profil und Angebotsstruktur

Die Landeshauptstadt Potsdam ist Träger unserer Einrichtung. Sie stellt mit dem Wohnheim der Oberstufenzentren jungen Auszubildenden eine moderne Unterkunft zur Verfügung. Diese kann für den Zeitraum, in dem der schulische Teil der Ausbildung an einem der drei Oberstufenzentren der Stadt Potsdam stattfindet, genutzt werden. Wenn die Entfernung zwischen dem Wohnort und dem Ausbildungsplatz oder zum Oberstufenzentrum zu weit ist um zu pendeln, bieten wir in den von uns genutzten 3 ½ Etagen des Hauses 124 Plätze in Ein-, Zwei- und Vierbettzimmern an. Die Zimmer sind modern und praktisch eingerichtet und bieten ausreichend Platz, um sich für den Zeitraum der Nutzung den persönlichen Anforderungen entsprechend einzurichten. In jedem abschließbaren Schrank befindet sich ein nochmals verschließbares Fach, in welchem Wertsachen aufbewahrt werden können. Auf allen Etagen befinden sich Sanitärbereiche mit Toiletten, Duschen und Waschbecken. In den drei zur Verfügung stehenden Teeküchen findet sich alles, was man benötigt, um kleinere Mahlzeiten zubereiten zu können. Für jedes Zimmer steht ein abschließbares Kühlfach im Gemeinschaftskühlschrank der Teeküche bereit. Das hierfür benötigte Equipment, wie z. B. Geschirr und Besteck, aber auch Fön oder Glätteisen, kann man in unserer Einrichtung ausleihen. Neben den vielfältigen Möglichkeiten, die die Stadt Potsdam für die Freizeitgestaltung bietet, haben wir zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, um nach der Schule zu entspannen.

Drei Clubräume, die mit gemütlichen Sitzmöbeln eingerichtet sind, laden zum gemeinschaftlichen Treffen ein. Und auch auf sportliche Aktivitäten in zwei Sporträumen, die speziell auf die Bedürfnisse von Jungen und Mädchen abgestimmt sind, muss man nicht verzichten. In unseren Sporträumen findet man neben einer Kraftstation ein Laufband, Crosstrainer und Ergometer. Oder man ertüchtigt sich über Sportspiele moderner Spielekonsolen. Fahrräder, Sonnenliegen, Fuß- und Volleybälle, diverse Spiele und Filme sind beliebte Gestaltungsmittel der Freizeit und stehen ebenso wie die Möglichkeit der Internetnutzung kostenlos zur Verfügung.

Unmittelbar angrenzend befinden sich ein Sportplatz, eine Volleyballanlage und eine Turnhalle, die an zwei festen Terminen in der Woche von unseren Bewohnern genutzt wird.

Pädagogisches Personal

Entsprechend den Vorgaben des Landesjugendamtes sind in unserem Wohnheim neben einer Wohnheimleiterin und einer Sachbearbeiterin ausgebildete Erzieherinnen für die „Rundumbetreuung“ zuständig. Alle Mitarbeiterinnen nutzen die vielfältigen Weiterbildungsangebote des Trägers, um vorhandenes Wissen zu vertiefen und darauf aufzubauen sowie Neues zu lernen und anzuwenden. Somit können die vielschichtigen Aufgaben der Erzieher optimal bewältigt werden.

Kontakt

Wohnheim der Oberstufenzentren
Bisamkiez 107-111
14478 Potsdam

Wohnheimleiterin: Frau Maja Schmidt
Tel. 0331 289-7070
Maja.Schmidt@svpotsdam.brandenburg.de

Sachbearbeiterin: Frau Christina Bolsmann
Tel. 0331 289-7074
Christina.Bolsmann@svpotsdam.brandenburg.de

Pädagogisches Personal:
Rezeption
Tel. 0331 289-7073
Fax 0331 289-7072
wohnheim_osz@svpotsdam.brandenburg.de
www.potsdam.de/cms/beitrag/10043317/35306

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Ab Hauptbahnhof mit den Straßenbahnlinien 92, 96, 98 und
99 in Richtung Kirchsteigfeld, Marie-Juchacz-Straße bis Hal-
testelle „Bisamkiez“

Beratung, Betreuung, Unterstützung

Beratung und Hilfestellung bei spontan auftretenden proble-
matischen Lebenssituationen und alltäglichen Problemen

Individuelle Beratung und Unterstützung bei Krisen und Prob-
lemen in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus, den Oberstu-
fenzentren und den Ausbildungsbetrieben

Präventive Arbeit mit sozial auffälligen und/oder suchtmittelge-
fährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Bei Bedarf Hausaufgabenhilfe

Betreuung im Krankheitsfall

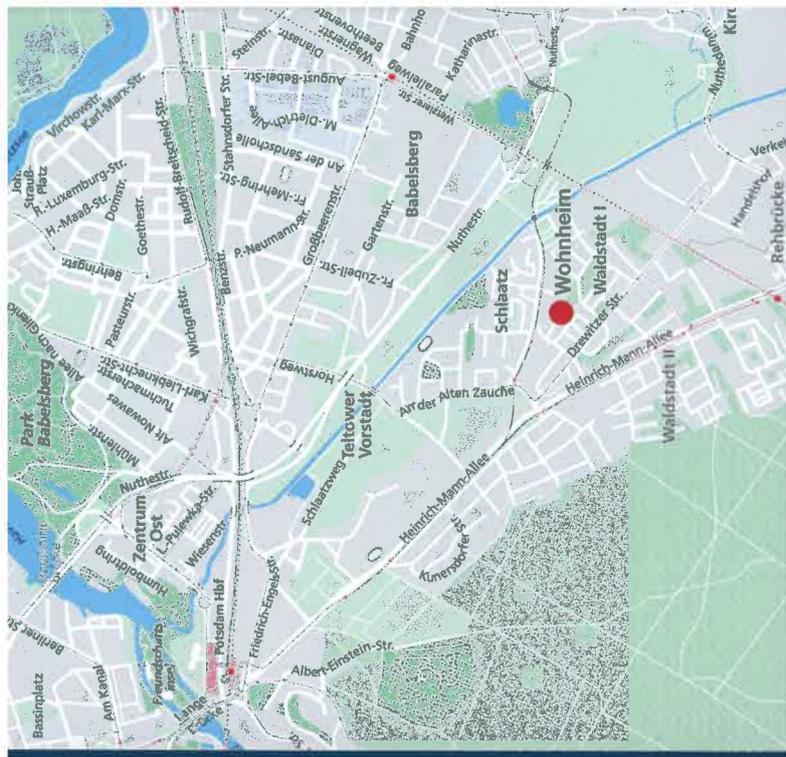
Begleitung

Begleitung zu Veranstaltungen

Wahrnehmung der Fürsorge- und Aufsichtspflicht hinsichtlich
des regelmäßigen Schulbesuches

Unterstützung gegenüber Ämtern, Institutionen und Behörden

Begleitung zur medizinischen Versorgung



Lage

Das Wohnheim befindet sich verkehrsgünstig gelegen, am
Rand des Wohngebietes „Am Schlaatz“. Straßenbahnhalte-
stellen in zwei Hauptrichtungen liegen nur zwei Gehminuten
entfernt. Damit sind sowohl alle drei Oberstufenzentren und
der Hauptbahnhof, als auch sehr viele soziale und kulturelle
Einrichtungen für die Freizeitgestaltung in Potsdam und Berlin
problemlos erreichbar. Ein Supermarkt befindet sich direkt vor
der Haustür.

An- und Abreise

Unser Wohnheim hat von Sonntag 16:00 Uhr bis Freitag 15:30
Uhr durchgehend geöffnet. Die Anreise am Sonntag erfolgt in
der Zeit von 16:00 Uhr bis 22:30 Uhr.

Auszubildende mit regulärer Turnusabreise müssen ihre Zim-
mer freitags zur Vorbereitung der kommenden Woche bis 9:00
Uhr an die zuständigen Mitarbeiter/-innen übergeben. Für den
weiteren Aufenthalt an diesem Tag stehen die Freizeiträume
bis 15:30 Uhr zur Verfügung.



Landeshauptstadt
Potsdam

Landeshauptstadt Potsdam | Der Oberbürgermeister
Verantwortlich: Fachbereich Bildung und Sport, M. Schmidt
Design: Bereich Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, V. Tischer
Fotos: Landeshauptstadt Potsdam (J. Böttcher, M. Luber, Archiv Wohnheim)
Kartenausschnitt: koniar
2012

Leistungsmerkmale und Aufgaben des Wohnheimes

Zentrale Leistungsmerkmale unserer Einrichtung sind neben der Unterbringung und Verpflegung von Jugendlichen die Hilfe zur Alltagsbewältigung und Alltagsgestaltung. Das pädagogische Personal unterstützt die jungen Menschen bei der Bewältigung ihrer individuellen Lebenssituation und hilft ihnen, sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu entwickeln. Eine allgemeine und ganzheitliche Förderung unter Beachtung altersspezifischer Besonderheiten stärken die Identität und die Entwicklung des Selbstbewusstseins. Pädagogische Begleitung versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe, als Hilfe zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten und soll zur Selbstbestimmung, Mitverantwortung und sozialem Engagement befähigen. Dabei braucht sozial-kommunikatives Lernen die aktive Mitwirkung und Mitgestaltung von Jugendlichen. Das Aufzeigen von Lösungsansätzen und Denkanstößen in Konfliktsituationen soll zur Kompetenz beim Aufbau und der Gestaltung von Beziehungen im sozialen Umfeld führen. Es wird eine unmittelbare Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse durch den einzelnen Jugendlichen möglich. 7 Das Engagement und die Motivation der Heranwachsenden entscheiden mit darüber, wie sinnvoll und kreativ die Freizeit gestaltet wird.

Einsichten und Werte sollen erworben werden, die unsere Jugendlichen befähigen, Eigenverantwortung für ihr Handeln zu übernehmen.

Rahmenziele

Schwerpunkte der Jugendarbeit in der betreuten Wohnform „Wohnheim“ bündeln sich im Recht auf Selbstbestimmung der Jugendlichen mit dem Ziel der Selbstverantwortlichkeit und dem Entwickeln der dazu erforderlichen Fähigkeiten. Berücksichtigung müssen die vielfältigen Lebenslagen des Einzelnen ebenso finden, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse von weiblichen und männlichen Jugendlichen. Mit dem Ziel der Lebensbewältigung werden Beratung und Betreuung zu einem der wichtigsten Maßstäbe des pädagogischen Personals. Pädagogik in der betreuten Wohnform „Wohnheim“ versteht sich nicht als Kurzzeitpädagogik, sondern bedeutet einen mehrjährig begleitenden Entwicklungsprozess, in dem junge Menschen Einsichten und Werte erwerben sollen, die sie befähigen, Eigenverantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Handlungsleitende Prinzipien werden bestimmt von gegenseitigem Respekt, Toleranz, Akzeptanz und Authentizität. Eine lebenslagen- und lebensweltorientierte Betreuung knüpft an die Interessen des Einzelnen sowie an die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Situationen und Bedürfnisse junger Menschen an. Im Fokus von Erzieher und Auszubildendem sollte ein erfolgreicher Abschluss der Ausbildung stehen und somit eine Eingliederung in die Arbeitswelt angestrebt werden.

Freizeit und Erlebnispädagogik

Freizeitbegleitung und Unterstützung in der Gestaltung von Sportangeboten
Sporthalle, Sportplatz, TT, Volleyballplatz, Fußball, Federball, Billard, Dart, Fitnessgeräte, Kraftstation, Fahrradtouren

Offene Veranstaltungen

Kino und Theaterangebote
Filmabende
Ausflüge und Unternehmungen in der Stadt Potsdam
Gemeinsamer Besuch von jugendspezifischen Veranstaltungen

Kreativangebote

Handarbeitskurse (nähen, stricken, stricken)
Bastelkurse
Backkurse





Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0540

öffentlich

Betreff:

Errichtung eines Havelstrandbades Potsdam - West

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 20.08.2013

Eingang 902: _____

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob ein Havelstrandbad Potsdam-West nach dem Vorbild des Strandbades Babelsberg oder dem Waldbad Templin am Ufer der Havel zwischen der Fähre Hermannswerder und dem Areal an der Pirschheide zum Beginn der Badesaison 2014 eingerichtet werden kann. Es soll von der Bäderlandschaft Potsdam GmbH betrieben werden. Das Strandbad soll dort angelegt werden, wo die Havel breit genug ist, damit sich Schwimmer und Schiffsverkehr nicht behindern. Es ist zu prüfen, welches Grundstück für diesen Zweck geeignet ist und ob in der Nähe Parkmöglichkeiten eingerichtet werden können. Das Havelstrandbad soll eingezäunt und bewacht sein und Spielplätze und Versorgungseinrichtungen nebst Sanitäranlagen enthalten. Darüber hinaus soll es für Kindergärten und Schulen die Möglichkeit zum Baden und zur Abnahme von Schwimmprüfungen geben. Die Eintrittspreise sollen so moderat sein, wie in den anderen, von der Stadt betriebenen Strandbädern

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

erledigt abgelehnt

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Für die wachsenden familien- und kinderreichen Stadtteile im Westen Potsdams ist der Bedarf für ein Strandbad an der Havel groß. In den 1920er Jahren gab es bereits ein solches Bad im Bereich des Luftschiffhafens. Die anderen Strandbäder sind über die Brücken nicht leicht zu erreichen und oft zu stark frequentiert, vor allem auch die Badestelle am Heiligen See.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0533

öffentlich

Betreff:

Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg

Einreicher: Fraktion SPD

Erstellungsdatum 20.08.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine erneute Prüfung des Schulwegesicherungskonzeptes für die „Neue Grundschule Potsdam“ in Babelsberg vorzunehmen. Dazu soll ein Vor-Ort-Termin mit Eltern und Schulleitung vereinbart werden. Für die als „langfristig“ eingestuftem baulichen Verbesserungen soll ein konkreter Zeitplan entwickelt werden. Die Vorschläge der Eltern sollen ebenfalls in die Prüfung mit einbezogen werden.

gez. M. Schubert
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Ergebnis

Gremium:

Sitzung am:

einstimmig mit Stimmenmehrheit Ja Nein Enthaltung

überwiesen in den Ausschuss:

erledigt abgelehnt

Wiedervorlage:

zurückgestellt zurückgezogen

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stadt Potsdam hat die „Neue Grundschule Potsdam“ in Babelsberg in ihrem Schulwegesicherungskonzept von 2009 als „sicher“ eingestuft. Das entspricht nicht den Erfahrungen von Eltern und der Schulleitung vor Ort. Trotz aller Bemühungen der Schule bringen sehr viele Eltern ihre Kinder mit dem PKW bis vor die Schultüre. Es existiert eine Liste von baulichen Maßnahmen, die die Situation verbessern könnten, doch sie sind als „langfristige Maßnahmen“ ohne konkreten Zeitplan eingestuft. Weitere Vorschläge der Eltern für die Schulwegesicherheit wurden bisher von der Verwaltung nicht geprüft.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0416

öffentlich

Betreff:
Sitzungskalender 2014

Einreicher: Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 04.07.2013

Eingang 902: 04.07.2013

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2014 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie für weitere Gremien.

gez. Schüler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Ergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmen- mehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der vorliegende Sitzungskalender dient als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und Fraktionen bis zur Kommunalwahl 2014.

Die vorgelegte Planung der Sitzungstermine entspricht den Erfahrungen der letzten Jahre unter weitestgehender Beibehaltung der ursprünglichen Sitzungstermine. Allerdings lassen sich durch Feier- und Ferientage Änderungen bzw. Überschneidungen nicht vollständig verhindern. Ebenso gelingt es durch die Anzahl der Ausschusssitzungen nicht, die Ferientage vollständig von Sitzungsterminen freizuhalten.

Änderungen der vorgeschlagenen Termine sind unter Berücksichtigung der Ladungsfrist und der Sicherung des Teilnahmerechts der Ausschussmitglieder möglich, allerdings unter Beachtung der Beratung von Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung in der nächstfolgenden Ausschusssitzung. Änderungen sind in den Gremien zu beantragen, die davon betroffen sind.

Nach Beratung in allen Ausschüssen der StVV soll der Sitzungskalender am 06. November 2013 beschlossen und anschließend in gedruckter Form vorgelegt sowie im RIS veröffentlicht werden.

Sitzungskalender 2014

Januar			Februar			März			April		
Mi	1	Neujahr	Sa	1		Sa	1		Di	1	ÄR
Do	2		So	2		So	2		Mi	2	SVV
Fr	3	Ferienende	Mo	3	Winterferien (03.02. - 08.02.14)	Mo	3	FS	Do	3	
Sa	4		Di	4		Di	4	ÄR	Fr	4	
So	5		Mi	5		Mi	5	SVV mit Einwohnerfragestunde	Sa	5	
Mo	6	FS	Do	6		Do	6		So	6	
Di	7	Ges./Soz.	Fr	7		Fr	7		Mo	7	FS
Mi	8	HA	Sa	8	Ferienende	Sa	8		Di	8	SB / Eing./Beschw.
Do	9	KOUL	So	9		So	9		Mi	9	HA
Fr	10		Mo	10	FS	Mo	10	FS	Do	10	
Sa	11		Di	11	SB / Eing./Beschw.	Di	11	SB / Eing./Beschw.	Fr	11	
So	12		Mi	12	HA	Mi	12	HA	Sa	12	
Mo	13	FS	Do	13	KOUL	Do	13		So	13	
Di	14	SB / B/Sp. / Anschl. / Präs.	Fr	14		Fr	14		Mo	14	FS
Mi	15	FA	Sa	15		Sa	15		Di	15	Ges./Soz. / B/Sp.
Do	16	Kultur / JHA	So	16		So	16		Mi	16	FA (Osterferien 16.04.-26.04.)
Fr	17		Mo	17	FS	Mo	17	FS	Do	17	KOUL / Kultur

Sa	18		Di	18	B/Sp. / Ges./Soz. / Anschl. / Präs.	Di	18	Ges./Soz. / B/Sp. / Anschl. / Präs.	Fr	18	Karfreitag
So	19		Mi	19	FA	Mi	19	FA	Sa	19	
Mo	20	FS	Do	20	Kultur	Do	20	Kultur / KOUL	So	20	Ostersonntag
Di	21		Fr	21		Fr	21		Mo	21	Ostermontag
Mi	22	HA	Sa	22		Sa	22		Di	22	Anschl. / Präs.
Do	23		So	23		So	23		Mi	23	
Fr	24		Mo	24	FS	Mo	24	FS	Do	24	
Sa	25		Di	25	SB	Di	25	SB	Fr	25	
So	26		Mi	26	HA	Mi	26	HA	Sa	26	Ferienende
Mo	27	FS	Do	27	JHA / RPA	Do	27	JHA / RPA	So	27	
Di	28	ÄR	Fr	28		Fr	28		Mo	28	FS
Mi	29	SVV				Sa	29		Di	29	SB
Do	30					So	30		Mi	30	HA
Fr	31					Mo	31	FS			

Mai			Juni			Juli			August		
Do	1	Maifeiertag	So	1		Di	1		Fr	1	
Fr	2		Mo	2	FS	Mi	2	HA	Sa	2	
Sa	3		Di	3		Do	3		So	3	
So	4		Mi	4	HA	Fr	4		Mo	4	
Mo	5	FS	Do	5		Sa	5		Di	5	
Di	6	ÄR	Fr	6		So	6		Mi	6	
Mi	7	SVV	Sa	7		Mo	7		Do	7	
Do	8		So	8	Pfingstsonntag	Di	8		Fr	8	
Fr	9		Mo	9	Pfingstmontag	Mi	9		Sa	9	
Sa	10		Di	10		Do	10	Sommerferien (10.07. - 22.08.14)	So	10	
So	11		Mi	11		Fr	11		Mo	11	
Mo	12		Do	12		Sa	12		Di	12	
Di	13		Fr	13		So	13		Mi	13	
Mi	14	HA	Sa	14		Mo	14		Do	14	
Do	15		So	15		Di	15		Fr	15	
Fr	16	Abschlussfest SVV	Mo	16		Mi	16		Sa	16	
Sa	17		Di	17		Do	17		So	17	

So	18		Mi	18		Fr	18		Mo	18	
Mo	19		Do	19		Sa	19		Di	19	
Di	20		Fr	20		So	20		Mi	20	
Mi	21		Sa	21		Mo	21		Do	21	
Do	22		So	22		Di	22		Fr	22	Ferienende
Fr	23		Mo	23		Mi	23		Sa	23	
Sa	24		Di	24		Do	24		So	24	
So	25	Komunalwahlen	Mi	25		Fr	25		Mo	25	
Mo	26		Do	26		Sa	26		Di	26	
Di	27		Fr	27		So	27		Mi	27	
Mi	28		Sa	28		Mo	28		Do	28	
Do	29	Christi Himmelfahrt	So	29		Di	29		Fr	29	
Fr	30		Mo	30		Mi	30		Sa	30	
Sa	31					Do	31		So	31	

September			Oktober			November			Dezember		
Mo	1		Mi	1		Sa	1	Ferienende	Mo	1	
Di	2		Do	2		So	2		Di	2	
Mi	3		Fr	3	Tag der Deutschen Einheit	Mo	3		Mi	3	
Do	4		Sa	4		Di	4		Do	4	
Fr	5		So	5		Mi	5		Fr	5	
Sa	6		Mo	6		Do	6		Sa	6	
So	7		Di	7		Fr	7		So	7	
Mo	8		Mi	8		Sa	8		Mo	8	
Di	9		Do	9		So	9		Di	9	
Mi	10		Fr	10		Mo	10		Mi	10	
Do	11		Sa	11		Di	11		Do	11	
Fr	12		So	12		Mi	12		Fr	12	
Sa	13		Mo	13		Do	13		Sa	13	
So	14		Di	14		Fr	14		So	14	
Mo	15		Mi	15		Sa	15		Mo	15	
Di	16		Do	16		So	16		Di	16	
Mi	17		Fr	17		Mo	17		Mi	17	

Do	18		Sa	18		Di	18		Do	18	
Fr	19		So	19		Mi	19		Fr	19	
Sa	20		Mo	20	Herbstferien (20.10. - 01.11.14)	Do	20		Sa	20	
So	21		Di	21		Fr	21		So	21	
Mo	22		Mi	22		Sa	22		Mo	22	Weihnachtsferien (22.12.14 - 02.01.15)
Di	23		Do	23		So	23		Di	23	
Mi	24		Fr	24		Mo	24		Mi	24	
Do	25		Sa	25		Di	25		Do	25	1. Weihnachtsfeiertag
Fr	26		So	26		Mi	26		Fr	26	2. Weihnachtsfeiertag
Sa	27		Mo	27		Do	27		Sa	27	
So	28		Di	28		Fr	28		So	28	
Mo	29		Mi	29		Sa	29		Mo	29	
Di	30		Do	30		So	30		Di	30	
			Fr	31	Reformationstag				Mi	31	



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0557

Betreff:
Grundschulplätze im Potsdamer Norden

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 13/SVV/0329

Erstellungsdatum 22.08.2013

Eingang 902: 22.08.2013

Einreicher: FB Bildung und Sport

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

04.09.2013 Stadtverordnetenversammlung

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Verwaltung wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05. Juni 2013, DS 13/SVV/0329 bzgl. der Versorgung mit Grundschulplätzen im Potsdamer Norden beauftragt zu prüfen,

1. wie der Mangelsituation durch die schnellstmögliche Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten, auch im Vorgriff auf die anstehende Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung begegnet werden kann.
2. inwieweit die starke Übernachtfrage auf eine Bevölkerungsentwicklung im Entwicklungsgebiet zurückzuführen ist, die deutlich über den zugrundeliegenden Prognosen liegt.
3. ob der Entwicklungsträger aufgrund dieser Entwicklungen nachträglich zur anteiligen Finanzierung weiterer Grundschulkapazitäten sowie ggf. zur Bereitstellung einer weiteren Fläche verpflichtet werden muss.

Fortsetzung der Mitteilung Seite 3

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Zu den einzelnen Punkten wird Folgendes mitgeteilt:

Allgemeines:

In der seit November 2012 vorliegenden neuen Bevölkerungsprognose des Bereiches Statistik und Wahlen der Landeshauptstadt Potsdam wird bis 2030 ein stetes Bevölkerungswachstum für Potsdam ausgewiesen. Im Jahr 2020 werden 170.450 Menschen und im Jahr 2030 178.750 Menschen in Potsdam wohnen. Das bedeutet eine Zunahme der Bevölkerungszahl um 8 % bis 2020 und bis 2030 um ca. 14 %. Die Bevölkerungsentwicklung wird maßgeblich durch die zu erwartende Schaffung von neuem Wohnraum in den Sozial- und Planungsräumen der Stadt Potsdam bestimmt. Diese ist vor allem im Sozialraum 2 (Potsdam Nord) mit dem Bornstedter Feld, Bornim, Golm und Eiche in kurz- und mittelfristigen Zeiträumen zu erwarten. Aber auch der Sozialraum 1 (Nördliche Ortsteile, Sacrow) hat mit dem Gebiet der Kaserne Krampnitz und in Fahrland mittelfristig Entwicklungspotenziale. In der Schülerzahlenentwicklung spiegelt sich diese Entwicklung gleichermaßen wieder.

Der aktuelle Schulentwicklungsplan umfasst einen Zeitraum von 2009 bis 2015. Aufgrund der vorgenannten Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkung auf das zukünftige Schulnetz wird der Schulentwicklungsplan gemäß Brandenburgischem Schulgesetz § 102 (BbgSchulG) vorzeitig in 2013 fortgeschrieben.

Im Rahmen der derzeit stattfindenden Erstellung des Schulentwicklungsplans 2014 bis 2020 wird auch eine gutachterliche Prüfung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose und die differenzierte Betrachtung einzelner Planungsräume vorgenommen. In einem zweiten Schritt wird ausgehend von der Bevölkerungsprognose eine Schülerzahlenprognose berechnet.

Über die Bevölkerungsentwicklung hinaus werden dabei Faktoren wie Inklusion, Ganztags, Altersstrukturentwicklungen innerhalb der LHP, Doppelnutzung mit Hort besondere Berücksichtigung finden. Außerdem sollen eine umfassende Potenzialanalyse der Schulstandorte sowie eine Prüfung von Potenzialflächen, insbesondere für Schulneubau, erfolgen.

Die Einbringung des Schulentwicklungsplanes 2014 bis 2020 ist für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember geplant. Erst mit der Fertigstellung des Schulentwicklungsplanes sind verbindliche Aussagen möglich.

Zu 1.)

Zum Schuljahr 2012/2013 wurde die Grundschule (3) im Bornstedter Feld eröffnet. Diese hat die Situation an der Karl-Foerster-Schule (25/26) deutlich entlastet. Die Grundschule 3 verfügt derzeit über ausreichende Kapazitäten, welche für den möglichen Bedarf der Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015 genutzt werden können. Für die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten gibt es demnach bis zur Vorlage des Schulentwicklungsplanes keinen Handlungsbedarf.

Eine abschließende Aussage zum langfristigen Bedarf an neuen Schulen bzw. Schulerweiterungen wird mit der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung erfolgen.

Zu 2.)

Das Entwicklungsgebiet Bornstedter Feld hat sich in den letzten 7 Jahren stark entwickelt. Die Einwohnerzahl verdoppelte sich von 2006 bis 2012 von 3.442 Personen auf 6.809 Personen. Noch schneller erhöhte sich die Zahl der Kinder im Grundschulalter. Sie stieg im gleichen Zeitraum auf das 2,5-fache. Bei einer prognostizierten Bevölkerungszahl von ca. 11.400 Einwohnern für den Entwicklungsbereich Bornstedter Feld ergibt sich ein rechnerischer Versorgungsbedarf von ca. 800 Grundschulplätzen. Dieser entwicklungsbedingte Bedarf an Grundschulplätzen steht an den vorhandenen Standorten zur Verfügung.

Aufgrund deckungsgleicher Schulbezirke und des in diesem Zusammenhang deutlich größeren Einzugsbereiches der genannten Schulen ist die starke Übernachtfrage nicht allein auf die Bevölkerungsentwicklung im Entwicklungsgebiet zurückzuführen. So gibt es sehr viele Kinder aus

anderen Stadtteilen und sogar aus dem Potsdamer Umland, die in dieser Grundschule lernen. Bei Planungen ist es besonders schwer, gerade diese Einflussgrößen abzuschätzen.

Wie bereits erwähnt, erfolgt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch eine gutachterliche Prüfung der kleinräumigen Bevölkerungsprognose und die differenzierte Betrachtung einzelner Planungsräume, insbesondere die des Planungsraumes 201 (Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinenberg, Rote Kasernen). Die Ergebnisse werden bei der Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes berücksichtigt.

Zu 3.)

Auf der Grundlage des Nachweises der entwicklungsbedingt erforderlichen Kapazitäten in den Grundschulen des Bornstedter Feldes wurden die entsprechenden Plätze an den beiden Grundschulstandorten nachgewiesen. Sollte die Errichtung einer weiteren Grundschule im Bornstedter Feld erfolgen, so ist ihre Finanzierung gemäß den Vorschriften des § 165 ff BauGB nicht aus dem Treuhandvermögen möglich.

Auf der Grundlage der Fortschreibung des Rahmenplanes für das Bornstedter Feld (Mitteilungsvorlage DS 12/SVV/0830) sind darüber hinaus keine Flächen für eine weitere Grundschule vorgesehen.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung erfolgen eine umfassende Potenzialanalyse der Schulstandorte sowie eine Prüfung von Potenzialflächen, insbesondere für Schulneubau. Soweit zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden müssen, muss der gesamte Potsdamer Norden erneut in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Dabei werden für die standortbezogene Analyse erschließbarer Erweiterungs- und Neubaupotenziale und der Entwicklung eines stadtweiten Schulstandortentwicklungskonzeptes zur optimierten Deckung des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs im Bereich der Grundschulen die fußläufigen Wegebeziehungen und bei den weiterführenden Schulen deren Erreichbarkeit über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) berücksichtigt.